

# **Diplomová práce**

**2021**

**Štěpánka Solomková**

**Západočeská univerzita v Plzni**  
**Fakulta filozofická**

**Diplomová práce**

**Wirtschaftliche, akademische, politische Repräsentanzen:  
Konturen einer „bayerischen Außenpolitik“**

Štěpánka Solomková

Plzeň 2021

Západočeská univerzita v Plzni  
Fakulta filozofická  
Katedra germanistiky a slavistiky  
Studijní obor:  
Areálová studia: bavorská studia

**Diplomová práce**

**Wirtschaftliche, akademische, politische Repräsentanzen:  
Konturen einer „bayerischen Außenpolitik“**

Štěpánka Solomková

Vedoucí práce:

Dr. Phil. Boris Blahak, M.A.

Katedra germanistiky a slavistiky

Fakulta filozofická Západočeské univerzity v Plzni

Plzeň 2021

Prohlašuji, že svoji bakalářskou práci jsem vypracovala samostatně, pouze s použitím pramenů a literatury uvedených v seznamu citované literatury.

Prohlašuji, že v souladu s § 47b zákona č. 111/1998 Sb. v platném znění souhlasím se zveřejněním své bakalářské/diplomové práce, a to v nezkrácené podobě elektronickou cestou ve veřejně přístupné části databáze STAG provozované Jihočeskou univerzitou v Českých Budějovicích na jejích internetových stránkách, a to se zachováním autorského práva k odevzdanému textu této kvalifikační práce. Souhlasím dále s tím, aby toutéž elektronickou cestou byly v souladu s uvedeným ustanovením zákona č. 111/1998 Sb. zveřejněny posudky školitele a oponentů práce i záznam o průběhu a výsledky obhajoby kvalifikační práce. Rovněž souhlasím s porovnáním textu mé kvalifikační práce s databází kvalifikačních prací Theses.cz provozovanou Národním registrem vysokoškolských kvalifikačních prací a systémem na odhalování plagiátů.

Plzeň, duben 2021 .....

Danksagung:

Hiermit möchte ich mich bei Herrn Dr. Phil. Boris Blahak, M.A. für die fachliche Betreuung, Hinweise, Korrektur, wertvolle Ratschläge und vor allem für seine Geduld bedanken. Er leistet mir eine große Hilfe und Unterstützung beim Schreiben meiner Diplomarbeit.

Mein herzlicher Dank gehört auch den Respondenten für Ihre Mitarbeit, Bereitschaft und wertvolle Antworten, die für meine Arbeit eine wichtige Rolle darstellen.

# **Inhalt**

<b>EINLEITUNG</b>	<b>1</b>
<b>1. Föderalismus in Deutschland</b>	<b>2</b>
1.1 Kooperativer Föderalismus	2
1.2 Kompetenzverteilung	4
1.3 Die Außenpolitik als ausschließliche Kompetenz des Bundes	6
1.3.1 Der Auswärtige Dienst	7
1.3.2 Arten von Auslandsvertretungen	9
1.4 Bayern als Akteur des bundesdeutschen Föderalismus	10
1.5 Bayern im Bund	13
1.5.1 Bundesrat	14
1.5.2 Bayerische Vertretung in Berlin	15
1.6 Bayern in Europa	16
1.6.1 Staatsminister für Europaangelegenheiten	17
1.6.2 Vertretung des Freistaats Bayern bei der EU	17
1.6.3 Ausschuss der Regionen	18
<b>2. Konturen der bayerischen Außenpolitik</b>	<b>22</b>
2.1 Möglichkeiten Bayerns hinsichtlich einer eigenen Außenpolitik	27
2.2 Paradiplomatie	29
2.3 Bayerische Vertretungen in der Welt	32
2.3.1 Auslandsrepräsentanzen	33
2.3.2 Weitere Vertretungen	35
2.4 Bayerische Vertretungen in der Tschechischen Republik	36
2.4.1 Regierungskonsultationen	37
2.4.2 Die Repräsentanz des Freistaats Bayern in der Tschechischen Republik	41
2.4.3 Die Delegation der Bayerischen Wirtschaft in der Tschechischen Republik	44
2.4.4 Die Bayerisch-Tschechische Hochschulagentur	47
<b>3. Fazit</b>	<b>51</b>
<b>SCHLUSSWORT</b>	<b>56</b>
<b>RESÜMEE</b>	<b>57</b>
<b>RESUMÉ</b>	<b>58</b>
<b>Quellenverzeichnis</b>	<b>59</b>
<b>Anlagen:</b>	<b>68</b>

## **EINLEITUNG**

Bayern treibt die eigene Außenpolitik? Mit dieser Thematik setzt sich die vorliegende Diplomarbeit auseinander, die den Titel *Wirtschaftliche, akademische, politische Repräsentanzen: Konturen einer „bayerischen Außenpolitik“* trägt. Das Ziel dieser Arbeit ist es zu untersuchen, ob bzw. wie Bayern informell eine eigene Außenpolitik betreibt. Es wird vorausgesetzt, dass die außenpolitischen Aktivitäten durch verschiedene Einrichtungen oder Repräsentanzen verwirklicht werden.

Die Diplomarbeit ist in zwei Hauptteile gegliedert. In dem ersten Teil wird die Rolle Bayerns im Rahmen des deutschen Föderalismus und im Rahmen der Europäischen Union geklärt. Ein Unterkapitel widmet sich der Außenpolitik, als ausschließlichen Kompetenz des Bundes. Es wird beschrieben, was man unter dem Begriff „Außenpolitik“ versteht, worin sie besteht und wie wird Deutschland im Ausland vertreten. Darüber hinaus sollte festgestellt werden, welche Möglichkeiten Bayern hat, um die Bundesaußenpolitik zu beeinflussen.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit einem strittigen Bereich und zwar mit Außenpolitik, die von Seite Bayerns auf Landesebene getrieben werden soll. Hier sollte aufgrund der Rechtstexten herausgefunden werden, ob Bayern einen Freiraum zur Verfügung hat, um eine eigene Außenpolitik zu treiben, ohne in die Bundeskompetenzen einzugreifen. Zugleich wird es zusammengefasst, wie wird Bayern im Ausland vertreten und wie pflegt der Freistaat seine Außenbeziehungen. Die Verfasserin legt den Fokus an die Beziehungen zwischen Bayern und der Tschechischen Republik. Sie wählt drei Einrichtungen aus, die sich der Pflege der bilateralen Beziehungen zwischen den genannten Nachbarn widmen, und konzentriert sich auf ihre Aufgaben und Aktivitäten. Anhand den Interviews, die die Autorin der Arbeit mit den Vertretern der Einrichtungen durchführen soll, wird es analysiert, welchen Beitrag die Einrichtungen bezüglich der Pflege der Beziehungen zwischen Bayern und Tschechien leisten. Es handelt sich um folgende Institutionen: die *Repräsentanz des Freistaats Bayern in der Tschechischen Republik*, die *Delegation Bayerischer Wirtschaft bei der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer* und *Bayerisch-Tschechische Hochschulagentur*.

## **1. Föderalismus in Deutschland**

In der Politikwissenschaft versteht man unter dem Begriff Föderalismus ein „politisches Strukturprinzip, nach dem sich ein Gemeinwesen aus mehreren, ihre Entscheidungen abstimmen, aber ihre Eigenständigkeit bewahrenden Gemeinschaften zusammensetzen soll (,Einheit in der Vielfalt‘).“<sup>1</sup>

Wie beschrieben, gibt es zwei föderalistische Gestaltungsmöglichkeiten: den Staatenbund und den Bundesstaat. Als Staatenbund wird eine Vereinigung selbstständiger Staaten beschrieben, wogegen sich im Fall des Bundesstaates mehrere Gliedstaaten zusammenschließen, um einen neuen Staat zu bilden. Die Gliedstaaten verlieren damit ihre Souveränität nicht, sondern es bleibt ihnen die Möglichkeit, weiterhin eine eigene Regierung bzw. Landesverfassung zu haben, die aber dem Gesamtstaat untersteht.<sup>2</sup>

Das föderative Prinzip sollte die folgenden drei zentralen Funktionen erfüllen: Erstens werden im Rahmen des Föderalismus historisch, kulturell oder wirtschaftlich unterschiedliche Ethnien integriert. Zweitens werden regional unterschiedliche Präferenzen besser berücksichtigt. Und drittens wird die Macht im Staat aufgeteilt, um eine mögliche Diktatur zu vermeiden. Die Machtverteilung dient der Minderheiten- und Freiheitssicherung und ist eines der Grundprinzipien der Demokratie.<sup>3</sup>

In der Bundesverfassung muss bestimmt werden, wie sich die Kompetenzen zwischen Bund und Gliedstaaten verteilen, und gleichzeitig muss darin auch die Frage der Finanzierung der politischen Ebene oder Frage der Regelung von Streitigkeit beantwortet werden.<sup>4</sup>

### **1.1 Kooperativer Föderalismus**

Im Art 20 Abs. 1 GG wird die Bundesrepublik Deutschland als Bundesstaat definiert.<sup>5</sup> Bundesstaat bedeutet einen Zusammenschluss von mehreren Staaten, die im Gegensatz zum Staatenbund einer gemeinsamen Regierung unterstehen.<sup>6</sup> Synonym kann Deutschland auch als föderative Republik bezeichnet werden. Die 16 deutschen Bundesländer treten sogar als eine politische, rechtliche und wirtschaftliche Einheit auf, aber die Souveränität ist zwischen dem Bundesstaat und den Gliedstaaten geteilt.<sup>7</sup> Alle Bundesländer richten

---

<sup>1</sup> GW (2018).

<sup>2</sup> Vgl. Rudzio (2015: 321).

<sup>3</sup> Vgl. Ebd.

<sup>4</sup> Vgl. Rudzio (2015: 322).

<sup>5</sup> GG (2020). Art 20 Abs. 1 GG

<sup>6</sup> Vgl. BPB (2011).

<sup>7</sup> Vgl. Rudzio (2015: 321).

sich nach der gemeinsamen Bundesverfassung, die allgemeingültig ist. Als Beleg für die Autonomie der Länder dienen die Landesverfassungen, die aber der Bundesverfassung untergeordnet sind und zu dieser nicht in Widerspruch stehen dürfen.

Es gibt viele Kriterien, nach denen sich föderale Systeme unterscheiden lassen. Aber eines davon ist im Falle Deutschlands von besonderer Bedeutung, und zwar das Kriterium der Art und Weise, wie das innerstaatliche Zusammenwirken des Bundes und der Länder organisiert wird. Hier unterscheidet man zwischen dualem und kooperativem Föderalismus.<sup>8</sup> Beim dualen Föderalismus haben Bund und Gliedstaaten klar untereinander aufgeteilt, für welche Felder und Aufgaben sie jeweils zuständig sind. Die Erfüllung diese Aufgaben wird ohne Einmischung der jeweils anderen Ebene durchgeführt. Es gibt also parallele exekutive, legislative und judikative Institutionen auf beiden Ebenen. Ein solches System findet man z. B. in den USA oder in Kanada.<sup>9</sup>

Der kooperative Föderalismus ist dagegen ganz anders gestaltet. Wie schon die Bezeichnung andeutet, steht die Kooperation zwischen den einzelnen Ebenen im Mittelpunkt. Das Ziel ist, die Effektivität und die Wirksamkeit des staatlichen Handelns durch Absprachen und Verhandlungsprozesse zu erhöhen. Die Länder beteiligen sich an der Gesetzgebung und können mit anderen Bundesländern zusammenarbeiten.<sup>10</sup> Dieses Model ist für Deutschland oder für Österreich charakteristisch.

Das bundesdeutsche föderale System verfügt über zwei staatliche Ebenen: die Ebene des Bundes und die Ebene der Gliedstaaten, also der Bundesländer. In einigen Föderalstaaten stellen auch die Kommunen oder Regionen eine eigenständige Ebene dar, wie z. B. in der EU. Im Falle Deutschlands bilden die Städte und Gemeinden laut der Verfassung allerdings keine weitere bundesstaatliche Ebene.<sup>11</sup> Für solche Mehrebenensysteme ist charakteristisch, dass eindeutig geklärt werden muss, wie die Kompetenzen zwischen den einzelnen Ebenen verteilt werden sollen. In der politischen Praxis funktioniert dies folgendermaßen: Die Ebenen sind voneinander abhängig, was bedeutet, dass sie zusammenarbeiten müssen, damit sie ihre Interessen und Ziele tatsächlich erreichen können.<sup>12</sup> „Diese aufgrund der Kompetenzverteilung z. T. rechtlich notwendige oder aus politisch-praktischen Gründen erforderliche gegenseitige Abhängigkeit wird als Mehrebenen- oder Politikverflechtung bezeichnet.“<sup>13</sup>

---

<sup>8</sup> Vgl. BPB (2013a).

<sup>9</sup> Vgl. Ebd.

<sup>10</sup> Vgl. Ebd.

<sup>11</sup> Vgl. BPB (2020a).

<sup>12</sup> Vgl. Ebd.

<sup>13</sup> BPB (2020b).

## 1.2 Kompetenzverteilung

Im Rahmen von kooperativ-föderalistischen Systemen wird einerseits die Zusammenarbeit von Zentralstaat und Gliedstaaten und andererseits die Trennung ihrer jeweiligen Kompetenzen abgesichert. Beide genannten Aspekte bestimmen das Verhältnis zwischen dem Bund und den Bundesländern im legislativen, exekutiven und finanziellen Bereich. Allgemein gilt im kooperativen Föderalismus, dass das Gesetzgebungsrecht überwiegend die Sache des Bundes ist, wobei die Länder die Verantwortung für die Verwaltung, d. h. für die Umsetzung der Gesetze übernehmen.<sup>14</sup>

### *Föderalismusreform 2006*

Am Ende des Jahres 2006 trat die Föderalismusreform I in Kraft, deren Ziel v. a. die Entflechtung der Gesetzgebungszuständigkeiten zwischen Bund und Ländern war. Das föderalistische System hatte nämlich eine Anzahl von Veränderungen nötig, um den legislativen Prozess zu erleichtern und damit die Handlungsfähigkeit des Bundes zu verbessern. Das Zentrum für Europäische Sozialforschung an der Universität Mannheim bestätigte im Jahre 2016 anhand einer Studie die positive Wirkung der Reform.<sup>15</sup> Im Rahmen der Föderalismusreform wurden die Kompetenzen in der Legislative neu verteilt. Eine Reihe von Zuständigkeiten wurde den ausschließlichen Kompetenzen der Länder unterstellt, wie Regelungen in Bereichen der Altenpflege, der Beamtenbesoldung, der Gaststätten oder des Strafvollzugs.<sup>16</sup> Die ausschließlichen Kompetenzen des Bundes wurden beispielsweise um das Waffen- und Sprengstoffrecht oder die Kernenergie erweitert. Diese zwei Bereiche gehörten vor der Reform zu der konkurrierenden Gesetzgebung, die nun allgemein eher reduziert wurde, genauso wie die Gemeinschaftsaufgaben.

Als wichtig wurde erachtet, eine Regel zu bestimmen, welche Kompetenzen wohin verschoben werden sollten, damit sie auf der neuen Ebene sinnvoll zum Einsatz kämen. Diesbezüglich wurde immer nur das Subsidiaritätsprinzip erwähnt. Nach diesem Prinzip werden in Bundesstaaten allgemein die Aufgaben den beiden föderalen Ebenen zugeordnet. Genauer betrachtet wird die Zuordnung bundesstaatlicher Kompetenzen an die Mitgliedstaaten mit deren Fähigkeit verbunden, die zugeordneten Zuständigkeiten zu

---

<sup>14</sup> Vgl. BPB (2013a).

<sup>15</sup> Vgl. HA (2016).

<sup>16</sup> Vgl. Rudzio (2015: 321).

bewältigen. Anders gesagt, bleiben alle Kompetenzen bei der jeweils niedrigeren Einheit, welche diese am besten und wirkungsvollsten erledigen kann.<sup>17</sup>

Nicht zuletzt gehört zu den deutlichsten Veränderungen, die durch die Reform realisiert wurden, die Abschaffung der Rahmengesetzgebung.<sup>18</sup> Unter diesem Begriff ist die Zuständigkeit zu verstehen,

die dem Bund das Recht zum Erlass von Rahmenvorschriften gibt, soweit ein Bedürfnis nach bundesgesetzlicher Regelung besteht [...]. Rahmenvorschriften legen nur einen allgemeinen Rahmen fest; dessen Ausfüllung im einzelnen bleibt dem Landesgesetzgeber überlassen.<sup>19</sup>

Die Gesetzgebungskompetenzen sind nach der Föderalismusreform 2006 laut dem Grundgesetz in folgenden Kategorien eingeteilt:

- ausschließliche Bundesgesetzgebung
- konkurrierende Gesetzgebung
- Gemeinschaftsaufgaben
- ausschließliche Landesgesetzgebung

#### *Ausschließliche Bundesgesetzgebung*

Die Bereiche, in denen der Bund über ausschließliche Gesetzgebung verfügt, sind in Art. 73 Abs. 1 GG explizit genannt: die auswärtigen Angelegenheiten sowie die Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung; die Staatsangehörigkeit im Bunde; das Währungs-, Geld- und Münzwesen, Maße und Gewichte sowie die Zeitbestimmung; der Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung ins Ausland; der Luftverkehr; das Postwesen und die Telekommunikation; das Waffen- und Sprengstoffrecht.<sup>20</sup>

Selbst im Bereich der ausschließlichen Bundesgesetzgebung existiert eine Ausnahme zugunsten der Bundesländer, die durch Art. 71 GG festgelegt wird: Wenn und soweit die Länder in einem Bundesgesetz dazu ausdrücklich ermächtigt werden, haben sie in dem betreffenden Bereich die Befugnis zur Gesetzgebung.<sup>21</sup>

#### *Konkurrierende Gesetzgebung*

In diesem Bereich besitzen die Länder die Befugnisse, Gesetze zu verabschieden, soweit und solange der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit nicht durch Gesetz Gebrauch gemacht hat.<sup>22</sup> In Art 72 GG werden noch weitere Bedingungen und Einschränkungen genannt, die die Verteilung der Kompetenzen näher bestimmen. Art. 74

---

<sup>17</sup> Vgl. BPB (2015).

<sup>18</sup> Vgl. BPB (2019).

<sup>19</sup> RL (2014).

<sup>20</sup> Vgl. GG (2020) Art. 73 Abs. 1 GG.

<sup>21</sup> Vgl. GG (2020) Art. 71 GG.

<sup>22</sup> Vgl. GG (2020) Art. 72 Abs. 1 GG.

listet die Bereiche auf, die hierher gehören: das Aufenthalts- und Niederlassungsrecht von Ausländern; die Angelegenheiten von Flüchtlingen und Vertriebenen; Kriegsschäden und Wiedergutmachung; das Arbeitsrecht einschließlich der Betriebsverfassung, des Arbeitsschutzes und der Arbeitsvermittlung; die Regelung der Ausbildungsbeihilfen und die Förderung der wissenschaftlichen Forschung; die Verhütung des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung usw.<sup>23</sup>

#### *Gemeinschaftsaufgaben*

Diese Kategorie betrifft solche Gebiete, bei deren Erfüllung der Bund das Mitwirkungsrecht hat. Es handelt sich v. a. um Aufgaben, die für Gemeinschaft Bedeutung haben und für die eine Mitwirkung des Bundes zum Zweck der Verbesserung der Lebensverhältnisse erforderlich ist, wie die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur oder der Agrarstruktur und des Küstenschutzes.<sup>24</sup>

#### *Ausschließliche Landesgesetzgebung*

Für die Bestimmung der Bundesländerkompetenzen ist Art. 70 Abs. 1 GG ausschlaggebend. Denn hier ist verankert, dass die Länder das Gesetzgebungsrecht haben, soweit das Grundgesetz nicht dem Bunde die Befugnisse verleiht.<sup>25</sup> Die konkreten Bereiche der ausschließlichen Landesgesetzgebung sind die folgenden: der Strafvollzug; das Versammlungsrecht; Messen, Ausstellungen und Märkte; der landwirtschaftliche Grundstücksverkehr und das landwirtschaftliche Pachtwesen; Gaststättenrecht; Kulturhoheit usw.<sup>26</sup>

### **1.3 Die Außenpolitik als ausschließliche Kompetenz des Bundes**

Unter dem Begriff Außenpolitik ist laut Staatslexikon folgendes zu verstehen:

A. umfasst alle Aktivitäten staatlicher Organe (Staat), die die Beziehungen eines Landes mit anderen Ländern oder generell seine Position und seine Zukunft in seinem internationalen Umfeld betreffen. Sie zielt darauf ab, sich als eine politisch verfasste Gesellschaft in ihrem unmittelbaren (regionalen) und weiteren (globalen) Umfeld zu behaupten und ihre kollektiven Aspirationen, Werte, Interessen [...] und Ziele zu realisieren.<sup>27</sup>

Mit diesem Begriff sind demzufolge alle politischen Vorgänge zu bezeichnen, die sich auf das Verhältnis eines Staats zu einem oder mehreren anderen Staaten beziehen. Solche Aktivitäten betreffen die Schließung von Verträgen und Bündnisse, die Mitwirkung in

---

<sup>23</sup> Vgl. GG (2020) Art 74 Abs. 1 GG.

<sup>24</sup> Vgl. GG (2020) Art 91a Abs. 1 GG.

<sup>25</sup> Vgl. GG (2020) Art. 70 Abs. 1 GG.

<sup>26</sup> Vgl. BR (2021).

<sup>27</sup> SL (2019).

internationalen oder supranationalen Gremien oder die Diplomatie schlechthin.<sup>28</sup>

Das außenpolitische Agieren Deutschlands wird v. a. durch normative Vorgaben des Grundgesetzes, durch die Einbindung in die Europäische Union und in die NATO bestimmt. In diesem Zusammenhang hat auch die Notwendigkeit guter Verbindungen nach Osteuropa aufgrund der zentralen Lage Deutschlands in Mitteleuropa große Bedeutung. Eine wichtige Rolle spielt auch die außenwirtschaftliche Verflechtung Deutschlands und seine Integration in den Weltmarkt, seine Rohstoff- und Exportabhängigkeit und nicht zuletzt auch die jüngere deutsche Geschichte, insbesondere die Verantwortung für die Untaten des NS-Regimes.<sup>29</sup> Zu den zentralen auswärtigen Politikfeldern, an denen sich Deutschland orientiert, gehören die Europapolitik, die transatlantischen Verhältnisse, die Haltung zur Osteuropa und die Rolle Deutschlands im Rahmen der Weltpolitik.<sup>30</sup>

Gemäß Art 73 GG unterliegen die auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands genauso wie die Pflege der auswärtigen Beziehungen laut Art 32 GG den ausschließlichen Gesetzgebungskompetenzen des Bundes.<sup>31</sup> Direkt ist für das außenpolitische Handeln Deutschlands das Bundesaußenministerium zuständig, geleitet von Bundesaußenminister.

### 1.3.1 Der Auswärtige Dienst

Das deutsche Außenministerium wird offiziell als Auswärtiges Amt bezeichnet, das seinen zentralen Sitz in Berlin und zwei Dienststellen in Bonn und in Brandenburg an der Havel hat.<sup>32</sup> Seit 2018 steht ihm Außenminister Heiko Maas (SPD) vor<sup>33</sup> unterstützt durch drei Staatsminister und zwei Staatssekretäre.<sup>34</sup> Die rechtlichen Grundlagen für die weltweiten Aktivitäten des Auswärtigen Dienstes bilden folgende Urkunden: das Gesetz über den Auswärtigen Dienst (GAD), das Konsulargesetz (KonsG) sowie die Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen (WÜD) und über konsularische Beziehungen (WÜK).<sup>35</sup> Die wesentliche Aufgabe des Auswärtigen Amtes ist, die Beziehungen Deutschlands zu anderen Staaten sowie zu zwischen- und überstaatlichen Organisationen zu pflegen und deutsche Interessen in der Welt zu vertreten. Für die Erfüllung dieser Aufgaben steht ein breites Netz von Auslandsvertretungen zur Verfügung. Das Ziel des auswärtigen Dienstes ist nicht nur die Anknüpfung politischer Kontakte zu

---

<sup>28</sup> Vgl. BPB (2020c).

<sup>29</sup> Vgl. BPB (2013b).

<sup>30</sup> Vgl. Ebd.

<sup>31</sup> Vgl. GG (2020) Art 73 und 32 GG.

<sup>32</sup> Vgl. AA (2019a).

<sup>33</sup> Sozialdemokratische Partei Deutschlands

<sup>34</sup> Vgl. AA (2021a).

<sup>35</sup> Vgl. AA (2019b).

Regierungen und Parlamenten, sondern auch die Förderung des intensiven weltweiten Austausches in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Technologie, Umwelt, Entwicklungsfragen u. a.<sup>36</sup>

Deutschland setzt sich diplomatisch für die Gestaltung der Globalisierung in der Welt ein. Dabei leistet die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Partnern wie Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, humanitären oder Menschenrechtsorganisationen eine hilfreiche Unterstützung. Der Auswärtige Dienst ist davon überzeugt, dass man die meisten gegenwärtigen Herausforderungen nur gemeinsam mit vielen internationalen Partnern bewältigen kann. Zu diesen zählt man z. B. regionale Konflikte, terroristische Gefahren, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder die Verletzung der Menschenrechte. Aus diesem Grund ist es für Deutschland wichtig, die diplomatischen Beziehungen zu anderen Ländern zu pflegen.<sup>37</sup>

Der Auswärtige Dienst gliedert sich in mehrere Abteilungen, die sich einer konkreten Problematik widmen. Zu diesen gehören die Abteilung Asien und Pazifik, die Abteilung für Internationale Ordnung, Vereinte Nationen und Rüstungskontrolle, die Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung, Konfliktnachsorge und humanitäre Hilfe, Europaabteilung oder die Abteilung für Kultur und Kommunikation.<sup>38</sup> Die Mitarbeiter des Auswärtigen Dienstes stehen in weltweitem.

Was im staatlichen Binnenraum auf mehrere Ebenen verteilt (Bund, Länder, Kommunen) und in zahllose Behördenstränge gegliedert wahrgenommen wird, ist im Verhältnis zu fremden Staaten, Internationalen Organisationen und im Ausland Aufgabe des Auswärtigen Dienstes. Seine Angehörigen müssen daher von Verwendung zu Verwendung inhaltlich völlig unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen.<sup>39</sup>

Im Rahmen des Amtes sind dazu mehrere Koordinatoren und Beauftragte tätig, die für die wichtigsten auswärtigen Felder verantwortlich sind. Das erste Tätigkeitsgebiet widmet sich der deutsch-französischen Zusammenarbeit, dessen Beauftragter der Staatsminister für Europa Michael Roth ist. Er kümmert sich um die Koordinierung der politischen Beziehungen zu Frankreich und bemüht sich darum, einen umfassenden Austausch zwischen den Gesellschaften beider Ländern zu fördern.<sup>40</sup> Der zweite Bereich ist die deutsch-polnische Zusammenarbeit, der von Dietmar Woidke koordiniert wird. Er soll v. a. zur weiteren Annäherung beider Gesellschaften einen Beitrag leisten und gemeinsame

---

<sup>36</sup> Vgl. AA (2019b).

<sup>37</sup> Vgl. AA (2019b).

<sup>38</sup> Vgl. Ebd.

<sup>39</sup> Vgl. AA (2021b).

<sup>40</sup> Vgl. AA (2021c).

grenzüberschreitende Projekte voranbringen.<sup>41</sup> Schon seit 1981 gibt es im Auswärtigen Amt den Posten des Koordinators für die transatlantische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit, denn die Vereinigten Staaten und Kanada stellen die engsten Verbündeten Deutschlands außerhalb Europas dar. Diese Funktion hat seit 2018 Peter Beyer.<sup>42</sup> Eine weitere Koordinierungsstelle gibt es für die Pflege der Beziehungen zu Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft, die von Johann Saathoff geleitet wird. Seiner Aufgabe ist die Unterstützung der stabilen Entwicklung dieser Länder und Regionen im Rahmen von bilateralen Beziehungen.<sup>43</sup>

Das letzte Gebiet, das regional-geografisch orientiert ist, koordiniert das Engagement Deutschlands gegenüber Afghanistan und Pakistan. Der Sonderbeauftragte für diese Region ist Botschafter Markus Potzel. Die deutsche Bundesregierung hat im Rahmen des Auswärtigen Amtes noch eine Beauftragte für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, Susanne Baumann, und eine Beauftragte für die Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe, Bärbel Kofler.<sup>44</sup> Vom Auswärtigen Amt werden die Auslandsvertretungen geführt.

Die Vertretungen kann man als „Augen, Ohren und Stimme“ Deutschlands im Ausland bezeichnen. Aufgrund von Weisungen des Auswärtigen Amtes vertreten sie unseren Staat, wahren seine Interessen und schützen seine Bürgerinnen und Bürger im Gastland. Sie verhandeln mit der dortigen Regierung und fördern die politischen Beziehungen und die wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit.<sup>45</sup>

Zu den Hauptaufgaben der Vertretungen gehören die Beschaffung von Informationen, die Bereitstellung von Berichten über für Bund und Länder wichtige Angelegenheiten, Hilfeleistung für deutsche Staatsbürger, Ausstellung von Visa für Reisen nach Deutschland, Förderung des Kulturaustausches und nicht zuletzt die Vermittlung von Informationen über die deutsche Außenpolitik, Kultur und Gesellschaft an die Gesellschaft des jeweiligen Gastlandes. Deutschland unterhält 228 Auslandsvertretungen, im Einzelnen 153 Botschaften, 54 Generalkonsulate, 7 Konsulate, 12 Multilaterale Vertretungen, und ein Vertretungsbüro. Zusätzlich sind 337 Honorargeneralkonsuln und Honorarkonsuln ehrenamtlich tätig.<sup>46</sup>

---

<sup>41</sup> Vgl. Ebd.

<sup>42</sup> Vgl. AA (2021c).

<sup>43</sup> Vgl. Ebd.

<sup>44</sup> Vgl. Ebd.

<sup>45</sup> AA (2021d).

<sup>46</sup> Vgl. AA (2021d).

### 1.3.2 Arten von Auslandsvertretungen

Die Botschaften decken alle Tätigkeitsbereiche der Außenbeziehungen ab, fördern die bilateralen Beziehungen v. a. in der Politik und die deutschen Wirtschaftsinteressen. Sie leisten auch Unterstützung bei der Betreuung deutscher Staatsangehöriger sowie bei der internationalen Zusammenarbeit in Forschung und Technologie, Sozialpolitik, Landwirtschafts- und Entwicklungspolitik. Die Botschafterin oder der Botschafter vertreten den Bundespräsidenten Deutschlands, von dem sie ernannt werden, im jeweiligen Gastland. Es ist möglich, dass ein Botschafter in mehreren Ländern akkreditiert ist. Zugleich ist es nicht unabdingbar, in dem Empfängerland mit einem akkreditierten Botschafter eine deutsche Botschaft zu unterhalten. Daraus erfolgt der Umstand, dass Deutschland diplomatische Beziehungen zu 193 Staaten unterhält, sich aber nur in 153 davon tatsächlich eine deutsche Botschaft befindet.<sup>47</sup>

Die Generalkonsulate und Konsulate sind im Unterschied zu den Botschaften regional auf einen Amtsbezirk begrenzt und beschäftigen sich nicht mit den politischen Beziehungen. Zu den wesentlichen Aufgaben gehören v. a. Rechts- und Konsularwesen, Förderung der Außenwirtschaft, kulturelle Zusammenarbeit und die Öffentlichkeitsarbeit. Die Generalkonsulate und Konsulate stellen Beratung, Informationen und Hilfeleistung in Notsituationen für die deutschen Staatsbürger zur Verfügung. Die Konsularbeamten übernehmen in solchen Situationen die Aufgaben der Gerichte, Notare und Kommunalbehörden.<sup>48</sup>

Die sogenannten Ständigen Vertretungen befinden sich bei internationalen Organisationen. Sie wurden als Reaktion auf die wachsende Bedeutung und Wichtigkeit multilateraler Beziehungen gegründet. Deutschland ist beispielsweise bei der EU, NATO, OECD oder bei UNESCO vertreten.<sup>49</sup>

Gegenwärtig gibt es mehr als 300 ehrenamtlich tätige Personen, die als Honorarkonsuln tätig sind. Sie müssen nicht unbedingt die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Es handelt sich mehrheitlich um Staatsangehörige des Empfängerlandes, die vor Ort eine langjährige Berufserfahrung haben. Dazu verfügen sie meisten über ein breites Netz an Kontakten, kennen sich gut in den örtlichen Verhältnissen aus und können daher Deutschen im Notfall am besten helfen.<sup>50</sup>

---

<sup>47</sup> Vgl. AA (2019c).

<sup>48</sup> Vgl. AA (2019d).

<sup>49</sup> Vgl. AA (2019e).

<sup>50</sup> Vgl. AA (2019f).

#### **1.4 Bayern als Akteur des bundesdeutschen Föderalismus**

Im Rahmen des deutschen Föderalismus sind die Bundesländer dem Bund unterstellt, aber gleichzeitig besitzen sie eine eigene Souveränität. Die Länder erfüllen die Qualitäten eines Staates, denn sie haben das Recht, eigene politische Institutionen zu unterhalten. Als ein weiterer Beweis der Eigenständigkeit dient die Landesverfassung, die aber der Bundesverfassung nicht widersprechen darf.

Die Bayerische Verfassung definiert Bayern als Rechts-, Kultur- und Sozialstaat, der dem Gemeinwohl dient.<sup>51</sup> Dazu wird der Freistaat als ‚Volksstaat‘ bezeichnet, wobei das Volk der Träger der Staatsgewalt ist.<sup>52</sup> „Die Staatsgewalt wird ausgeübt durch die stimmberechtigten Staatsbürger selbst, durch die von ihnen gewählte Volksvertretung und durch die mittelbar oder unmittelbar von ihr bestellten Vollzugsbehörden und Richter.“<sup>53</sup>

##### *Bayerischer Landtag*

Der Bayerische Landtag ist als Volksvertretung eines der obersten Staatsorgane des Landes. Eine der vier wichtigsten Aufgaben des Parlamentes ist die Legislative. Die Gesetze können von den Abgeordneten des Landtages, von Fraktionen, der Staatsregierung oder vom Volk eingebracht werden. Beschlossen werden sie aber nur vom Landtag, außer im Falle eines Volksentscheides. Besonders wichtig ist, dass der Landtag über den Haushalt entscheidet, der die finanzielle Grundlage für die Tätigkeit der Staatsregierung und der Staatsverwaltung darstellt.<sup>54</sup> Die zweite große Aufgabe ist die Beteiligung an der Bildung der Staatsregierung. Denn der Landtag wählt die Ministerpräsidentin bzw. den Ministerpräsidenten, äußert die Zustimmung zu den von dem/der Ministerpräsidenten/in berufenen Mitgliedern der Regierung, und mit der Zustimmung des Parlamentes kann ein Mitglied der Staatsregierung auf Vorschlag des/der Ministerpräsidenten/in entlassen werden.<sup>55</sup> Damit ist auch eine weitere wesentliche Aufgabe verbunden, und zwar die Kontrolle der Tätigkeit der Staatsregierung. Darüber hinaus hat der Landtag noch andere Wahlfunktionen. Er besetzt z. B. weitere wichtige staatliche Organe und Institutionen. Dazu sind die Abgeordnete noch in vielen staatlichen bzw. öffentlichen Gremien tätig.<sup>56</sup>

##### *Bayerische Staatsregierung*

Die Bayerische Verfassung definiert die Staatsregierung in dem Art 43 als „die oberste

---

<sup>51</sup> Vgl. BV (2013). Art. 3 VdFB.

<sup>52</sup> Vgl. BV (2013) Art. 2 Abs. 1 VdBV.

<sup>53</sup> BV (2013) Art. 4 VdBV.

<sup>54</sup> Vgl. BL (2021).

<sup>55</sup> Vgl. Ebd.

<sup>56</sup> Vgl. Ebd.

leitende und vollziehende Behörde des Staates.<sup>57</sup> Sie wird durch den Ministerpräsidenten und bis zu 17 Staatsminister und Staatssekretäre gebildet.<sup>58</sup> Zu den Kompetenzbereichen der Staatsregierung zählt man v. a. Den Vollzug der Gesetze und Beschlüsse des Landtags, soweit nicht der einzelne Staatsminister die Zuständigkeit für seinen Bereich hat. Soweit nicht die einzelnen Ressorts dazu Befugnisse haben, gehört zu den Aufgaben der Erlass von Rechts-, Verwaltungs- und Ausführungsverordnungen. Zugleich ist die Regierung die oberste Leitung der Staatsverwaltung und ernennt die leitenden Beamte der Ministerien und den Behörden, die den Ministerien unmittelbar nachgeordnet sind.<sup>59</sup>

Seit 2018 hat die Bayerische Staatsregierung einschließlich des Ministerpräsidenten 18 Mitglieder, wobei jedes für ein klar abgegrenztes Ressort verantwortlich ist. In ihnen widerspiegelt sich ein breites Spektrum von politischen Themen, denn es gibt folgende bayerische Staatsministerien:<sup>60</sup>

- für Bundesangelegenheiten und Medien
- für Europaangelegenheiten und Internationales
- des Innern, für Sport und Integration
- für Wohnen, Bau und Verkehr
- der Justiz
- für Unterricht und Kultus
- für Wissenschaft und Kunst
- der Finanzen und für Heimat
- für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
- für Umwelt und Verbraucherschutz
- für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- für Familie, Arbeit und Soziales
- für Gesundheit und Pflege
- für Digitales<sup>61</sup>

### *Ministerpräsident*

Der Ministerpräsident leitet die Staatsregierung, deren Mitglieder er selbst mit Zustimmung des Landtages beruft bzw. entlässt. Er hat den Vorsitz bei den Kabinettsitzungen und führt die Geschäfte. Er ist für die politischen Richtlinien zuständig

---

<sup>57</sup> BV (2013) Art. 43 Abs. 1 VdFB.

<sup>58</sup> Vgl. BV (2013) Art. 43 Abs. 2 VdFB.

<sup>59</sup> Vgl. Roth (2008: 127).

<sup>60</sup> Vgl. BS (2021a).

<sup>61</sup> Vgl. BS (2021a).

und trägt dafür die Verantwortung. Er vertritt Bayern nach außen. Das bedeutet, dass er die formellen und repräsentativen Aufgaben erfüllt, die im Bund dem Bundespräsidenten zustehen.<sup>62</sup> In den deutschen Bundesländern gibt es keinen Staatspräsidenten. Der Vorschlag ein solches Amt einzurichten scheiterte bei den Beratungen zur Bayerischen Verfassung 1946. Die meisten Aufgaben, die der Staatspräsident nach dem Entwurf erfüllen sollte, wurden auf den Ministerpräsidenten überführt.<sup>63</sup>

Der gegenwärtige bayerische Ministerpräsident ist der in Nürnberg geborener Markus Söder, der seit 2018 amtiert. Er hat die Rechtswissenschaften in Erlangen studiert. Seit 2008 ist er Mitglied der Bayerischen Staatsregierung. Seitdem war er für drei verschiedene Ressorts zuständig. z. B. War er 2011-2018 Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat. Seit dem Jahr 2019 ist er zusätzlich Vorsitzender der CSU<sup>64</sup>.<sup>65</sup>

#### *Staatskanzlei*

Die Bayerische Staatskanzlei ist die oberste Landesbehörde und Sitz des Ministerpräsidenten als Staatsoberhaupt.<sup>66</sup> Gemäß Artikel 52 BV hat die Staatskanzlei die Aufgabe der Unterstützung des Ministerpräsidenten und der Staatsregierung in ihren verfassungsmäßigen Aufgaben.<sup>67</sup> Die rechtliche Grundlage für die Tätigkeit der Staatskanzlei ist die Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung.<sup>68</sup>

Zunächst ist sie für die Koordinationsaufgaben für die gesamte Regierungsarbeit zuständig. Dazu gehört u.a. die Bearbeitung von Anträgen, Erklärungen und Entscheidungen des Ministerpräsidenten und der Regierung oder die Vorbereitung von Ministerratssitzungen.<sup>69</sup> Für die vorliegende Diplomarbeit wichtigste Aufgabe der Staatskanzlei ist die Vertretung Bayerns nach außen. Die Staatskanzlei unterstützt die Staatsregierung bei der Pflege der Beziehungen Bayerns zu anderen deutschen Bundesländern, zum Bund, zur Europäischen Union und zu auswärtigen Staaten. Es handelt sich v. a. um den Umgang mit Staatsoberhäuptern, Regierungen und Regierungsmitglieder anderer Länder oder den Abschluss von Staatsverträgen und

---

<sup>62</sup> Vgl. Roth (2008: 125).

<sup>63</sup> Vgl. Ebd. (S. 124).

<sup>64</sup> Christlich-Soziale Union

<sup>65</sup> Vgl. BS (2021b).

<sup>66</sup> Vgl. BS (2021c).

<sup>67</sup> Vgl. BV (2013) Art. 52 VdFB.

<sup>68</sup> Vgl. BS (2021c).

<sup>69</sup> Vgl. BS (2021c).

Verwaltungsabkommen.<sup>70</sup> Die Unterstützung gilt auch für die Vertretungen des Freistaates beim Bund und bei der EU, genauso für die Koordinierung der Bundes- und Europapolitik der einzelnen Staatsministerien.<sup>71</sup> Sie kümmert sich dazu um die ausländischen Vertretungen in Bayern sowie um Staatsbesuche und Staatsempfänge.<sup>72</sup>

## **1.5 Bayern im Bund**

Das kooperative Föderalsystem Deutschlands ermöglicht es den Bundesländern, ihre Interessen in Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen an die Bundesebene heranzuführen. Allerdings ist die Mitwirkung eines Landes in der Bundespolitik von zahlreichen Faktoren abhängig beispielsweise von seiner Größe, von der das Stimmgewicht in Bundesrat abhängig ist, von seiner Ressourcenausstattung oder von seiner parteipolitischen Zusammensetzung sowohl im Land als auch im Bund.<sup>73</sup> Diesbezüglich hat Bayern viele Vorteile: Erstens ist Bayern mit seiner Fläche von 70.542 Quadratkilometern<sup>74</sup> das größte Bundesland Deutschlands und um 4,7 Mio Einwohner das zweitgrößte<sup>75</sup> nach der Bevölkerung. Eine weitere Erleichterung für Bayern bei der Vertretung seiner Interessen im Bund ist die in der Landespolitik dominante Rolle der CSU, die in der Regel stärkste politische Kraft in Bayern ist und die als einzige Landespartei<sup>76</sup> auf Bundesebene aktiv ist. Sie bildet nämlich eine Fraktion mit der bundesdeutschen Partei CDU<sup>77</sup>, und ist bei deren Regierungsführung oder -beteiligung auch immer durch Ministerämter in der Berliner Regierung vertreten.

### **1.5.1 Bundesrat**

Bayern nutzt mehrere Kanäle, durch die es auf der Bundesebene vertreten ist. Das wesentliche Instrument für die Wahrung und Durchsetzung der Interessen des Freistaates ist der Bundesrat. Durch diesen haben die Länder bzw. die Landesregierungen das Mitwirkungsrecht bei legislativen Prozessen, bei der Verwaltung des Bundes und bei Europaangelegenheiten.<sup>78</sup> Der Bundesrat besteht aus 69 Mitgliedern, die aus den Reihen

---

<sup>70</sup> Vgl. § 1 StrGVV.

<sup>71</sup> Vgl. Roth (2008: 129).

<sup>72</sup> Vgl. BS (2021c).

<sup>73</sup> Vgl. Budich (2013: 201)

<sup>74</sup> Vgl. ST (2019a).

<sup>75</sup> Vgl. ST (2019b).

<sup>76</sup> zu anderen Landesparteien, die an der Bundesebene nicht aktiv sind, gehören die Freien Wähler.

<sup>77</sup> Christlich Demokratische Union Deutschlands

<sup>78</sup> Vgl. Budich (2013: 203).

der Landesregierungen bestellt und abberufen werden.<sup>79</sup> Die Mandate werden nach der Einwohnerzahl des Landes verteilt. Die Länder können mindestens 3 und höchstens 6 Stimmen bekommen. Laut Art. 51 Abs. 3 dürfen die Stimme eines Landes nur einheitlich und nur durch anwesenden Mitglieder oder deren Vertreter abgegeben werden. Um in den Bundesrat zum Beschluss zu kommen, ist die Mehrheit der Stimmen (d. H. 35) notwendig. Die Sperrminorität zur Verhinderung einer Grundgesetzänderung liegt bei 24 Stimmen. Demzufolge sind Allianzen mit anderen Bundesländern unabdingbar, um im Bundesrat gestalterisch zu wirken.<sup>80</sup>

Das abgestufte Stimmgewicht ist ein Kompromiss zwischen der „föderativen“ Forderung nach Gleichbehandlung der Länder und dem demokratischen Ideal einer exakten Repräsentation der jeweiligen Einwohnerzahlen. Diese Lösung soll auch gewährleisten, dass die großen Länder die übrigen nicht übertrumpfen, aber auch die kleinen Länder die großen nicht majorisieren können.<sup>81</sup>

Die formalen Regeln führen dazu, dass die Stimmabgabe schon vor der Plenarsitzung des Bundesrates festgestellt wird. Zum einen entscheiden sich die Staatsregierungen über ihre jeweilige Position. Zum anderen sind vor den Bundesratssitzungen die Abstimmungssitzungen zwischen den Ländern organisiert, deren Regierungen zu der gleichen Partei(enfamilie) gehören.<sup>82</sup>

Was die Aufgaben des Bundesrates betrifft, geht es v. a. um die Gesetzgebung, denn der Bundesrat ist eines der fünf deutschen Verfassungsorgane. Wie schon geklärt wurde, gibt es Gesetzgebungskompetenzen die den Ländern und die dem Bunde zustehen (s. Kap. Kompetenzverteilung). Hier ist es aber wichtig zu betonen, dass der Bundesrat bei der Entscheidungen über die Gesetzgebungsmaterien des Bundes mitwirkt. „Kein Bundesgesetz kommt zustande, ohne dass der Bundesrat damit befasst war.“<sup>83</sup> Viele Gesetze benötigen sogar die ausdrückliche Zustimmung des Bundesrates, um in Kraft treten zu können. Dies sind die sogenannten Zustimmungsgesetze. Die anderen werden als Einspruchsgesetze bezeichnet. Bei solchen Gesetzen hat der Bundesrat das Recht, einen Einspruch gegen sie zu erheben; der Bundestag kann den Bundesrat allerdings überstimmen.<sup>84</sup>

Der Bundesrat verfügt genauso wie der Bundestag und die Bundesregierung über das Initiativrecht. Darunter versteht man das Recht, ein Gesetz zu entwerfen. Daneben ist

---

<sup>79</sup> Vgl. GG (2020) Art. 51 Abs.1 GG.

<sup>80</sup> Vgl. Budich (2013: 203).

<sup>81</sup> BRT (2021a).

<sup>82</sup> Vgl. Ebd.

<sup>83</sup> BRT (2021b).

<sup>84</sup> Vgl. BRT (2021b).

der Bundesrat dazu berechtigt, eine EntschlieÙung einzubringen. Das bedeutet, dass man auf Probleme aufmerksam macht, die eigene Auffassung zu einem bestimmten Thema darlegt oder Gesetzgebungsverfahren der Bundesregierung anstößt.<sup>85</sup>

Da die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union ständig an Bedeutung gewinnt, wächst damit auch die Bedeutung der Mitwirkung des Bundesrates an den Europaangelegenheiten. Die Rechte des Bundesrates umfassen ein breites Tätigkeitsspektrum von einem umfassenden Anspruch auf Informationen über die Möglichkeit, eine Stellungnahme zu allen EU-Vorlagen einzufordern, die mit den Interessen der Länder zusammenhängen, über die Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips in der EU bis zur Entsendung von Vertretern in die EU-Organen.<sup>86</sup>

Im Bundesrat wurde sogar eine Europakammer eingerichtet, die eine stellvertretende Funktion erfüllt, wenn ein Eilfall vorliegt. Dann kann die Europakammer die Beschlüsse für das Bundesratsplenum herbeiführen. Die Europakammer besteht aus von Bundesländer entsandten Mitgliedern, die in der Regel öffentlich verhandeln.<sup>87</sup>

### 1.5.2 Bayerische Vertretung in Berlin

Die Bayerische Staatsregierung unterhält eine Vertretung in der Bundeshauptstadt, die v. a. als Unterstützung bei der Durchsetzung der bayerischen Interessen in der Bundespolitik dienen soll. Sie wurde im Jahr 1949 als Vertretung des Freistaats Bayern beim Bund gegründet. Als das Amt des Bayerischen Staatsministers für Bundesangelegenheiten 1962 geschaffen wurde, wurde die Vertretung in der Bayerischen Staatskanzlei angesiedelt.<sup>88</sup>

Die Außenstelle der Bayerischen Staatskanzlei vertritt die Interessen des Freistaats in der Bundeshauptstadt, sammelt umfassende Informationen über die Gesetzgebungsarbeit, informiert die Staatsregierung in München und ist als Forum des Freistaates Treffpunkt für politische Gespräche.<sup>89</sup>

Die Leitung der Vertretung hat momentan Staatsrätin Karolina Gernbauer inne, deren Funktion die Bevollmächtigte des Freistaates Bayerns beim Bund ist. Die Bevollmächtigten aller 16 deutschen Bundesländer treffen sich in der Regel einmal pro Woche im Ständigen Beirat des Bundesrates. Das Gremium erfüllt mit seinen Informations- und Koordinierungsaufgaben eine wichtige Verbindungsrolle zwischen dem Bundesrat und der Bundesregierung. Als Vertreter des Freistaats in Berlin und Stimmführer Bayerns im Bundesrat ist der Staatsminister Dr. Florian Herrmann tätig, der

---

<sup>85</sup> Vgl. Ebd.

<sup>86</sup> Vgl. BRT (2021c).

<sup>87</sup> Vgl. BRT (2021d).

<sup>88</sup> Vgl. Budich (2013: 204).

<sup>89</sup> BS (2021e).

zugleich Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien ist. Seine Aufgabe ist, für die bayerischen Anliegen zu werben und das Gewicht Bayerns in bundespolitische Entscheidungen einzubringen. Er erläutert die politischen Positionen des Freistaates bei den Gesprächen mit Vertretern der Presse, Wirtschaft und Verbände.<sup>90</sup>

## **1.6 Bayern in Europa**

Für Bayern scheint es wichtig, sowohl ein Teil von Deutschland als auch ein Teil der EU zu sein. Heutzutage reicht es nicht mehr aus, bayerische oder nationale Lösungen zu finden, um den globalen Herausforderungen zu begegnen.<sup>91</sup> Die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen und Strukturen ist immer bedeutender, da es neue wirtschaftlichen oder z. B. kulturpolitischen Möglichkeiten anbietet. Dies gilt auch umgekehrt, denn Bayern stellt einen sicheren und starken Partner für die europäischen und auch für anderen Staaten dar.<sup>92</sup>

Einer der wichtigsten Mitgliedschaften ist für Bayern als Teil Deutschlands die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Die Integration in diese Struktur hat das deutsche politische System auf der supranationalen Ebene hervorgebracht. Die Eingliederung in das europäische Mehrebenensystem führte zur Verteilung der Kompetenzen. Schrittweise wurden immer mehr Befugnisse, die ursprünglich sowohl dem Bund als auch den Ländern zustanden, den europäischen Organen übertragen. Als Kompensation für die verlorenen Zuständigkeiten wurden den Bundesländern institutionelle Beteiligungsmöglichkeiten auf der europäischen Ebene bzw. im Rahmen des Bundes in Bezug auf die Europaangelegenheiten garantiert.<sup>93</sup>

Der Freistaat kann hierbei mehrere Möglichkeiten nutzen, um seine Interessen auf der Europaebene durchzusetzen. Zunächst darf nicht übersehen werden, dass im Grundgesetz sowie in der Bayerischen Verfassung verankert ist, dass die Bayerische Staatsregierung an der politischen Willensbildung innerhalb der EU mitwirken soll.<sup>94</sup>

Wie schon erwähnt wurde, vertreten die Bundesländer ihre Positionen in der Europapolitik v.a. durch den Bundesrat in Kooperation mit der Bundesregierung. Auf diese Weise besitzen die Länder das wesentliche Mitwirkungsrecht im Rahmen der EU. Die

---

<sup>90</sup> Vgl. BS (2021e).

<sup>91</sup> Vgl. BS (2021f).

<sup>92</sup> Vgl. BS (2021f).

<sup>93</sup> Vgl. Budich (2013: 207).

<sup>94</sup> Vgl. BS (2021f).

Bayerische Regierung selbst hat einen Abgeordneten, der für die Angelegenheiten in diesem Bereich zuständig ist. Zu weiteren Einflussmöglichkeiten gehören noch der Ausschuss der Regionen und die Bayerische Vertretung in Brüssel.<sup>95</sup>

#### 1.6.1 Staatsminister für Europaangelegenheiten

Ein eigenes bayerisches Staatsministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten wurde 1988 gegründet. Am Anfang war es eher als „Chefsache“ zu bezeichnen. Denn der damalige Ministerpräsident behielt sich alle wichtigen europapolitischen Termine selbst vor. Erst nach der Landtagswahl im Herbst 1994 verankerte der damalige Ministerpräsident Edmund Stoiber die Europaangelegenheiten wieder in der Staatskanzlei, genauso wie die Bundesangelegenheiten im Jahr 2003.<sup>96</sup>

Innerhalb der Staatsregierung gilt das Ressortprinzip. Es ist Aufgabe jedes einzelnen Ministeriums, die europäische Dimension der jeweiligen Politikfelder im Blick zu haben, eigene politische Aktivitäten zu entwickeln und gegenüber dem Landtag und im Bund zu vertreten.<sup>97</sup>

Durch die Person des Staatsministers für Europaangelegenheiten werden die bayerischen Interesse in Brüssel eingebracht und enge internationale Beziehungen gepflegt. Seit Anfang des Jahres 2021 amtiert Melanie Huml als Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales. Sie ist u. a. für die Koordination der Europapolitik, die Pflege der auswärtigen Beziehungen Bayerns und die Beobachtung von wichtigen politischen Vorgängen bei der EU verantwortlich. Ihren Dienstsitz hat sie nicht nur in München, sondern auch in der Vertretung des Freistaats Bayern bei der EU in Brüssel.<sup>98</sup>

#### 1.6.2 Vertretung des Freistaats Bayern bei der EU

Bis in die 1980er Jahre hatten die Bundesländer sehr begrenzten Zugang zu Informationen über europapolitische Vorgänge. Die Vermittlung erfolgte entweder über die Bundesregierung oder über den Länderbeobachter in der deutschen Delegation. Informationen kamen in den Staatskanzleien mit deutlicher Verzögerung an, demzufolge blieb den Ländern nicht genug Zeit, um ihre Stellungnahme zu einer bestimmten Problematik zu äußern. Die Länder kamen auch zu der Überzeugung, dass der Bund ihre Interessen nicht angemessen berücksichtigen kann. Bayern war mit dieser Situation nicht

---

<sup>95</sup> Vgl. Ebd.

<sup>96</sup> Vgl. Budich (2013: 208).

<sup>97</sup> BS (2021f).

<sup>98</sup> Vgl. BS (2021g).

zufrieden und entschied sich, diese zu verändern.<sup>99</sup>

Bayern wollte nun selbst „vor Ort“ sein, weshalb der Freistaat im Dezember 1987 nach dem „Hanse Office“, das von Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen getragen wurde, das zweite Verbindungsbüro eines deutschen Bundeslandes in Brüssel eröffnete.<sup>100</sup>

Zunächst war das Informationsbüro, was das Personal und die Finanzen betraf, sehr bescheiden ausgestattet. In kurzer Zeit wurde aber daraus die in dem repräsentativen Institut Pasteur angesiedelte Vertretung des Freistaats Bayerns bei der EU. Sie befindet sich zwischen dem Europäischen Parlament und dem Ausschuss der Regionen in Brüssel.<sup>101</sup>

Die Vertretung in Brüssel ist genauso wichtig wie die Vertretung Bayerns in Berlin, denn das europäische Recht bestimmt mehr als 50 % der deutschen Innenpolitik. In einigen politischen Bereichen wie Wirtschaft, Landwirtschaft oder Umwelt sind es sogar fast 80 %. Mithilfe des Europaberichts, der alle 14 Tage verfasst wird, informiert die Vertretung in Brüssel die Staatsregierung, den Landtag, die Staatsverwaltung, aber auch die bayerischen Unternehmer und Bürger über die Vorgänge in der EU. Mit ihre Aktivitäten beeinflusst sie die europapolitische Willensbildung, leistet Beratung und Unterstützung bei der Kontaktaufnahme mit EU-Stellen und präsentiert Bayern durch verschieden landestypische, politische und kulturelle Veranstaltungen. Es handelt sich u. a. um Facharbeitskreise, Tagungen, Diskussionsrunden oder auch großen Kulturevents. Es ist schon eine Tradition geworden, dass alle zwei Jahre ein „Oktoberfest“ in Brüssel nach traditionellem bayerischem Vorbild veranstaltet wird.<sup>102</sup>

Die Bayerische Vertretung ist in Brüssel eine wichtige Anlaufstelle für Politiker, Bürger, Verwaltungen, Unternehmen, Hochschulen und für alle mit einem europäischen Anliegen. Zahlreiche Besucher informieren sich jedes Jahr vor Ort über die Arbeit der Vertretung und über aktuelle europapolitische Themen.<sup>103</sup>

### 1.6.3 Ausschuss der Regionen

Die organisatorische Stärkung der bayerischen Europapolitik ist mit einer Sensibilisierung der Staatsregierung für Belange der Europäischen Gemeinschaft und mit dem Wandel von einer wirtschaftlich (EG) zu einer politisch orientierten Gemeinschaft (EU) verbunden. Deswegen wurde es für Bayern immer bedeutender, nicht nur in der Position des Zuschauers zu sein, sondern auch selbst die Entwicklung der Europapolitik zu

---

<sup>99</sup> Vgl. Budich (2013: 210).

<sup>100</sup> Ebd.

<sup>101</sup> Vgl. Ebd.

<sup>102</sup> Vgl. Budich (2013: 210).

<sup>103</sup> BS (2021h).

beeinflussen. Aus diesem Grund setzte sich die Bayerische Staatsregierung für die Gründung des Ausschusses der Regionen (AdR) ein, der 1994 erfolgreich eingerichtet wurde.<sup>104</sup>

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) ist eine beratende Einrichtung der EU, die sich aus lokal und regional gewählten Vertretern aller 27 Mitgliedsländer zusammensetzt. Diese können über den Ausschuss Stellungnahmen zu EU-Rechtsvorschriften abgeben, die sich direkt auf ihre Regionen und Städte auswirken.<sup>105</sup>

Durch den Ausschuss haben die Regionen und die Städte in der EU das förmliche Recht, bei der Gesetzgebung in Europa ein Wort mitzureden. Der Ausschuss kann eine Stellungnahme abgeben, die dem Europäischen Parlament, dem Rat der EU oder der Europäischen Kommission vorgelegt wird. Die europäischen Organe sind in der Regel verpflichtet, den AdR anzuhören, wenn sie die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften betreffende Rechtsvorschriften formulieren. Dies bezieht sich auf bestimmte Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, Sozialpolitik, wirtschaftlicher oder sozialer Zusammenhalt, Verkehr, Energie und Klimawandel.<sup>106</sup>

Unterschieden wird dabei zwischen obligatorischen und fakultativen Stellungnahmen – je nachdem, ob eine Anhörung vertraglich vorgesehen ist oder von den anderen Organen als zweckdienlich erachtet und deshalb „freiwillig“ angefordert wird. Darüber hinaus kann der AdR auch so genannte Initiativstellungnahme abgeben.<sup>107</sup>

Der AdR besteht aus Vertretern regionaler und lokaler Behörden, die in jedem Mitgliedstaat gewählt und vom Rat der EU für fünf Jahre ernannt werden. Es ist aber auch möglich, das Mandat zu verlängern. Die Zahl der Mitglieder aus einem Land wird nach der Bevölkerungszahl des Landes bestimmt. Im Ausschuss werden die nationalen Delegationen aus allen Vertretern des jeweiligen Landes gebildet.<sup>108</sup> Diese widerspiegeln die politische, geografische, regionale und lokale Realität des Landes. Jedes Mitglied hat daneben die Möglichkeit, sich einer politischen Fraktion anzuschließen. Heutzutage gibt es sechs verschiedene politische Fraktionen: die Europäische Volkspartei (EVP), die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE), Renew Europe, die Fraktion der Europäischen Allianz (EA), die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) und Die Grünen.<sup>109</sup>

---

<sup>104</sup> Vgl. Budich (2013: 208).

<sup>105</sup> EU (2021).

<sup>106</sup> Vgl. Ebd.

<sup>107</sup> EU (2021).

<sup>108</sup> Vgl. Ebd.

<sup>109</sup> Vgl. Ebd.

Anfänglich setzte die Bayerische Staatsregierung in den AdR große Hoffnungen. Der damalige Ministerpräsident Edmund Stoiber übernahm sogar selbst einen Sitz in diesem Gremium. Aber die Bedeutung, die dem AdR angeschrieben wurde, wurde nicht erfüllt, denn die Einflussmöglichkeiten auf den europäischen Politikprozess waren eher bescheiden.<sup>110</sup>

Durch den AdR sollen die Regionen der Mitgliedstaaten bei politischen Prozessen auf europäischer Ebene mitwirken können. Jedoch ist der Ausschuss bis heute eher ein beratendes Organ, das seine Stellungnahme zu bestimmten Themen äußert.<sup>111</sup> Die Tatsache, dass der AdR lediglich über eine beratende Funktion verfügt, ist so zu verstehen, dass der Ausschuss und seiner Stellungnahme angehört wird, aber dies muss nicht unbedingt zu einer Änderung des Rechtstextes führen. Die Durchsetzung von Belangen der Regionen ist dadurch erschwert, dass die Zusammensetzung des AdR und damit auch die Interessenlage der Mitglieder sehr heterogen ist.<sup>112</sup>

In diesem Kapitel wird zusammengefasst, wie Bayern im föderalistischen System Deutschlands und in der EU integriert ist. Diese Darstellung ist gewissermaßen für alle deutschen Bundesländer gültig. Denn der kooperative Föderalismus setzt die Zusammenarbeit des Bundes und der Ländern voraus. Der Bundesrat als Ländervertretung kooperiert mit der Bundesregierung bei der Gesetzgebung. Die Mitwirkung der Länder sowohl auf der Bundesebene als auch auf der europäischen Ebene ist im Grundgesetz verankert. Die Eingliederung in solche Strukturen bietet den Ländern in fast allen Bereichen eine starke Grundlage für die Präsentation und Durchsetzung ihren Landesinteressen.

Die Arbeit konzentriert sich auf ein konkretes Gebiet und zwar die auswärtige Politik, deren Bedeutung in ihrer Eigenschaft besteht, andere für den Staat wesentlichen Bereiche wie Wirtschaft und Handel zu beeinflussen. Deshalb gehört die Außenpolitik im Rahmen des föderalistischen Systems zu den ausschließlichen Kompetenzen des Bundes. Dieses System ermöglicht, dass sich die Bundesländer an der Willensbildung und an der Gesetzgebung innerhalb des Bundes und der EU beteiligen. Und gerade diese Möglichkeit verschafft den Länder einen gewissen Freiraum, die Bundesaußenpolitik nach ihren Vorstellungen mitzubestimmen.

---

<sup>110</sup> Vgl. Budich (2013: 208-209).

<sup>111</sup> Vgl. Budich (2013: 209).

<sup>112</sup> Vgl. Ebd.

Während im einleitenden Kapitel eher allgemein beschrieben wurde, welchen Platz der Freistaat Bayern im Rahmen des Bundes und der Europäischen Union hat, konzentrieren sich die folgenden Teile der Arbeit auf einen konkreten und strittigen Bereich, und zwar die ‚Außenpolitik‘ Bayerns. Es ist nämlich offensichtlich, dass Bayern die Einflussmöglichkeiten, die ihm durch das politische System Deutschlands eingeräumt werden, erfolgreich zu nutzen versteht. Gleichzeitig scheint es so, dass gerade im Bereich der auswärtigen Politik Bayern aktiver als andere Bundesländer ist – wahrscheinlich sogar mehr als verfassungsmäßig gestattet, denn die Außenpolitik gehört zur ausschließlichen Kompetenzen des Bundes. Diese Feststellung kann durch verschiedene Medienberichte gestützt werden, in denen Bayern bzw. Vertreter der bayerischen Regierung für ihre außenpolitischen Aktivitäten kritisiert werden. Alle drei Medienberichte tragen in der Titel die Bezeichnung „*Bayerische Außenpolitik*“ oder „*Außenpolitik auf bayerisch*“ .

Im Jahre 2016 wurde etwa in einem Artikel des *Handelsblattes* der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer für seine Reise nach Russland kritisiert. Konkret wurde gegen Seehofer die Kritik daran geäußert, dass er unter ungünstigen Bedingungen den russischen Präsidenten Wladimir Putin traf. Dem Ministerpräsidenten wurde vorgeworfen, dass er sich von dem Präsident Russlands instrumentalisieren lasse und gegen deutsche Interessen handle, um sich an Moskau anzubiedern.<sup>113</sup>

Im selben Jahr wurde von *taz.de* ein weiterer Artikel veröffentlicht, der sich mit der Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán im bayerischen Landtag und seinem Treffen mit Horst Seehofer auseinandersetzte. Die beiden Politiker hätten freundliche Gespräche geführt und die wichtige Rolle Ungarns und Bayerns im Rahmen Europas hervorgehoben. Nach dem Vorwurf der mangelnden Distanz zum ungarischen Regierungschef, betonte Seehofer, dass es wichtig sei, mit allen Regierungen in Gespräch zu bleiben.<sup>114</sup>

Wegen der vergangenen Auslandsreisen der früheren CSU-Ministerpräsidenten, die immer wieder für Kritik gesorgt haben, musste auch Markus Söder 2020 seine Reise nach Russland verteidigen. Denn dem CSU-Chef wird seit Jahren nachgesagt, „gerne eigenmächtig Außenpolitik zu betreiben und gegenüber Russland nicht die gebotene Distanz zu wahren.“<sup>115</sup> Obwohl sich der gegenwärtige bayerische Ministerpräsident bemühte, zu erklären, das es sich um keine ‚Nebenaußenpolitik‘ handle, deutet die

---

<sup>113</sup> Vgl. HB (2016).

<sup>114</sup> Vgl. TAZ (2016).

<sup>115</sup> SDZ (2020).

Formulierung der Artikelüberschrift „*Bayerische Außenpolitik*“ erneut eine kritische Stellung gegenüber einem derartigen Verhalten Bayerns in diesem Bereich an.

Die Frage ist, ob Bayern faktisch eine eigene Außenpolitik betreibt. Deswegen wird im folgenden Kapitel noch einmal kurz zusammengefasst, was Außenpolitik allgemein bedeutet und wie sie in der Praxis betrieben wird. Weiter wird ausführlicher darauf gezielt, welche Möglichkeiten Bayern hat, um die auswärtige Aktivitäten zu unternehmen, ohne in die ausschließlichen Kompetenzen des Bundes einzugreifen. Daneben wird auch ein Überblick über die auswärtigen Betätigungsfelder des Freistaats gegeben, wobei der Fokus auf die politischen, wirtschaftlichen und akademischen Einrichtungen gelegt wird.

## **2. Konturen der bayerischen Außenpolitik**

Unter dem Begriff *Außenpolitik* sind, wie schon in Kap. 1.3 näher erklärt wurde, alle Aktivitäten des Staates zu verstehen, die seine Verhältnisse zu anderen Staaten betreffen. Die Instrumente der auswärtigen Politik sollen dem Staat bei der Interessendurchsetzung im Rahmen der internationalen Beziehungen helfen.

Damit der Staat bei Verhandlungen mit anderen Staaten seine Vorstellungen durchsetzen kann, stehen ihm verschiedene Mittel zur Verfügung. Zumeist handelt es sich um wirtschaftliche und militärische Machtmittel. Im Falle der wirtschaftlichen Instrumenten ist es möglich, einem anderen Staat Anreize zu bieten oder ihn unter Druck zu setzen. Als Anreiz werden oft die Bereitstellung von Finanzmitteln oder verschiedene Arten von Vergünstigung verwendet. Auf der anderen Seite hat der Staat auch die Möglichkeit, Sanktionen in Form eines Boykotts oder Embargos zu verhängen.<sup>116</sup>

Bei den militärischen Mittel handelt es sich v. a. um die Garantie von Sicherheit und Verteidigung, die Partnern gegen Bedrohungen von Außen gewährleistet werden können.

Militärische Machtmittel verfügen zwar über gewaltige Zerstörungspotenziale. Sie lassen sich aber nur mit großen Schwierigkeiten und vermutlich nur unter sehr spezifischen Bedingungen konstruktiv – etwa im Sinne gelungenen Staatsaufbaus oder nachhaltiger Konfliktbefriedung – einsetzen.<sup>117</sup>

Den Kern des außenpolitischen Handelns stellt – als wichtigstes Instrument – die Diplomatie dar. Der Begriff umfasst die internationale Kommunikation mit allen

---

<sup>116</sup> Vgl. SL (2019).

<sup>117</sup> Ebd.

Aspekten, die zur Erhaltung und Verbesserung der Beziehungen zwischen bestimmten Staaten bzw. nicht staatlichen Akteuren führen. Die Diplomatie eines Staates besteht einerseits in der Sammlung von Informationen über sein auswärtiges Umfeld, damit man Chancen oder Gefahren rechtzeitig erkennt und auf sie angemessen reagieren kann. Andererseits versuchen die Staaten durch das diplomatische Handeln, Unterstützung im Ausland zu finden und zwar mittels stringenter Argumentation, Überzeugungsarbeit, der Gewährung von Anreizen oder Tauschgeschäften bzw. durch die Androhung negativer Konsequenzen.<sup>118</sup> Der Sinn der Diplomatie lässt sich wie folgt beschreiben:

In der Diplomatie werden die Räder der internationalen Beziehungen geschmiert, gewartet und gedreht, die dafür sorgen, dass sich die Beziehungen zwischen Staaten bewegen, Konflikte bearbeitet, Problemlösungen gefunden, Regeln entwickelt und befolgt werden; zugleich steht die Diplomatie stets vor der Herausforderung, trotz vielfältiger Handlungsgrenzen brauchbare Ergebnisse zu erzielen.<sup>119</sup>

Das 21. Jahrhundert kann mit folgenden Schlagwörtern bezeichnet werden: Multiethnizität, Multikulturalität, Globalisation, Mehrsprachigkeit usw. Hieraus ergibt sich deutlich die große Bedeutung der internationalen Beziehungen. In der Gegenwart gehört die Pflege der Beziehungen zu anderen Staaten zu den obersten Prioritäten der staatlichen Politik. Eine gut durchdachte Außenpolitik gewährleistet dem Staat Sicherheit, einen stabilen Außenhandel aber auch einen internationalen kulturpolitischen Austausch. Alle Staaten sind sich der Wichtigkeit der Außenpolitik bewusst. Dies beweist auch die Selbstverständlichkeit, ein eigenständiges Ministerium für auswärtigen Angelegenheiten einzurichten.

Auch der Freistaat Bayern sieht und hat immer gesehen, welche Bedeutung die Außenbeziehungen haben. Das selbstbewusste bayerische Volk zeigte im Laufe der Geschichte häufig die Bemühungen um seine Eigenständigkeit. Schon der Herzog Tassilo III., der letzte Agilolfinger, wollte die Eigenständigkeit des Stammeshertzogtum Bayerns erzielen oder mindestens das Einfluss des Frankenreichs abzuschwächen. Die gleichen Tendenzen sind auch am Anfang des 10. Jahrhundert beim Herzog Arnulf I. zu beobachten.<sup>120</sup> Ludwig I., König von Bayern (1825 - 1848), zielte grundsätzlich gegen der Vereinigung deutscher Nationen, weil er seine Macht nicht verlieren wollte.<sup>121</sup> Auch in der Zeit der Weimarer Republik strebte v. a. die Bayerische Volkspartei (BVP) nach Verstärkung der bayerischen Eigenstaatlichkeit. Denn Bayern gehörte damals zu den

---

<sup>118</sup> Vgl. Ebd.

<sup>119</sup> BPB (2016).

<sup>120</sup> Vgl. Novotný (2012; 24,27).

<sup>121</sup> Vgl. Novotný (2012; 70).

Teilen Deutschland, die am wenigsten bereit waren, der deutschen Nationalversammlung zu gehorchen.<sup>122</sup>

Bayern konnte allerdings ohne Bündnisse mit anderen Staaten nur schwer bestehen und seine Ziele verwirklichen. Als anschauliches Beispiel bietet sich die Regierungszeit König Ludwigs I. und seine Außenpolitik in den Jahren 1825 bis 1848 an. Im Rahmen des politischen Systems des Königreichs Bayern war für die auswärtige Politik der König zuständig. Nach dem Wiener Kongress (1815) verlief seine Außenpolitik relativ konfliktfrei. Das wesentliche Ziel des Königs war, die Eigenständigkeit Bayerns zu bewahren. Deswegen beauftragte er eine Reihe von Personen, die in seinem Namen das Königreich sowohl in der Deutschen Bundesversammlung zu Frankfurt am Main als auch bei anderen Staaten des Deutschen Bundes und in anderen europäischen Ländern vertraten.<sup>123</sup> Eine bayerische Gesandtschaft befand sich damals beispielsweise im Großherzogtum Baden, im Kaiserreich Österreich, im Königreich Preußen oder im Königreich Sachsen.<sup>124</sup> Außerhalb des Deutschen Bundes hatte Bayern seine diplomatische Vertretung in Frankreich, Griechenland, Russland oder Spanien.<sup>125</sup> Diese auswärtige Vernetzung Bayerns, die schon vor 200 Jahren ausgesprochen breit war, belegt, dass die Pflege der diplomatischen Beziehungen eine lange in Bayern verankerte Tradition darstellt.

Diese Tendenzen sind auch bei den bayerischen Ministerpräsidenten zu beobachten. Sie haben stets Bemühungen gezeigt, eigene diplomatische Kontakte Bayerns zu anderen Staaten und deren Regierungen anzuknüpfen und sie zu erhalten. Am stärksten hat sich die Pflege auswärtiger Beziehungen unter Franz Josef Strauß entwickelt. Das bestätigte auch Edmund Stoiber während des *Akademiegesprächs* 2014 mit folgenden Worten: „Das bayerische ‚mia san mia‘, die internationale Vernetzung ist spätestens seit Franz Josef Strauß ein Markenzeichen bayerischer Politik.“<sup>126</sup> Franz Josef Strauß amtierte in den Jahren 1978 bis 1988 als Bayerischer Ministerpräsident und war nicht nur als begabter Redner, sondern auch für sein außenpolitisches Engagement bekannt. Er unterhielt persönliche Kontakte zu ausländischen Politikern und Staatsmännern, was eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung des intensiven Gedankenaustauschs und bei den Vermittlungsversuchen in den Konfliktherden im Nahen Osten oder im südlichen Afrika

---

<sup>122</sup> Vgl. Novotný (2012; 92-93).

<sup>123</sup> Vgl. HDBG (2021a).

<sup>124</sup> Vgl. HDBG (2021b).

<sup>125</sup> Vgl. HDBG (2021c).

<sup>126</sup> APB (2014).

spielte.<sup>127</sup> Strauß setzte sich für „eine pragmatische Außenpolitik auf realistischer und damit machtmäßiger und nicht nur vertragsmäßiger Basis“<sup>128</sup> ein.

Franz Josef Strauss unterstützte aufgrund seines strategischen Denkens auch die europäische Integration. In von seiner bekanntesten Aussagen werden seine für zu Europa deutlich: „Bayern als Heimat, Deutschland als Vaterland, Europa als (Gegenwart und) Zukunft.“<sup>129</sup> Diese Überzeugung teilte mit ihm auch sein Nachfolger als Ministerpräsident, Edmund Stoiber, in den Jahren 1993 bis 2007. Genauso wie Strauß betonte Stoiber die Notwendigkeit, Bündnispartnern zu suchen und die bayerische Politik im internationalen System zu verankern. Stoiber war nämlich davon überzeugt, dass die bayerische Außen(wirtschafts)politik das notwendige Mittel sei, das Bestehen Bayerns in der Zeit der Globalisierung zu sichern.<sup>130</sup>

Als Edmund Stoiber 2002 seine Kanzlerkandidatur betrieb, waren seine außenpolitische Erfahrungen sehr wichtig. Der Deutschland-Experte Jackson Janes hat den Sieg Stoibers vorausgesetzt, weil nach seiner Meinung Stoiber über stärkere internationale Präsenz als seine Gegnerin Angela Merkel verfügte und war davon überzeugt, dass Stoiber derzeit sehr wohl über die Wichtigkeit und Ergiebigkeit der Beziehungen zu Brüssel informiert wurde. Janes war damals zugleich der Ansicht, dass Stoiber ein schlauer Beobachter der Beziehungen zwischen Deutschland, München und Brüssel war und dass er diese sehr gut einzuschätzen und auszunutzen verstand, im Gegensatz zu Frau Merkel, die nach Janes Meinung bisher auf der politischen Bühne nicht sehr aktiv war.<sup>131</sup> Obwohl Stoiber als Kanzlerkandidat nicht erfolgreich war, erhielt die CSU unter ihm das beste Ergebnis bei einer Bundestagswahl (2002) und bei einer Landtagswahl (2003) – in letzterer sogar die Zwei-Drittel-Mehrheit der Mandate.<sup>132</sup> Auch nach seiner Amtszeit als bayerischer Ministerpräsident unterstützte er Auslandsreisen von CSU-Politikern, wie z. B. die Reise von Horst Seehofer nach Russland 2016. Solche Reisen, die für ihn immer eine Neben-Außenpolitik darstellten, pflegte er selbst sehr intensiv.<sup>133</sup>

Zu den wichtigen Phasen des außenpolitischen Agierens Bayerns gehört auch die Erweiterung der Europäischen Union. Die beiden genannten CSU-Politiker gehören, wie bereits erwähnt, zu den Unterstützern der europäischen Integration. Eine große

---

<sup>127</sup> Vgl. FJS (2021).

<sup>128</sup> Ebd.

<sup>129</sup> ABD (2014).

<sup>130</sup> Vgl. Ebd.

<sup>131</sup> Vgl. DW (2002).

<sup>132</sup> Vgl. CSU (2021).

<sup>133</sup> Vgl. BR (2016).

Herausforderung für die EU und auch für Bayern selbst war die so genannte ‚Osterweiterung‘ (2004). Es handelte sich um die größte Erweiterung der Europäischen Union, bei der zehn Länder als Mitglieder aufgenommen wurden. Damit die EU-15 eine solche umfangreiche Erweiterung überhaupt bestehen konnte, war es nötig, einige Veränderungen der europäischen Struktur durchzuführen. Und gerade diese Idee wurde v. a. aus der Seite der bayerischen und der deutschen Regierung intensiv durchgesetzt.

Bayern wurde von der Osterweiterung besonders tangiert, denn zuvor war seine Grenze zur Tschechischen Republik und zur Schweiz gleichzeitig die Außengrenze der EU. Das bedeutet, dass Bayern plötzlich nicht mehr am Rande sondern in der Mitte der EU liegen würde.<sup>134</sup> Dies eröffnete für Bayern große Chancen; die erfolgreiche Gestaltung der östlichen Erweiterung lag daher in Bayerns eigenen Landesinteressen. Bayern bzw. Edmund Stoiber übernahm im Jahre 1994 den Vorsitz in der Europaministerkonferenz der deutschen Bundesländer und nutzte diese Position, um die Interessen der anderen Länder auf eine Linie zu bringen, um deren Durchsetzungspotential zu vergrößern. Unter den bayerischen Reformvorschlägen, welche die Osterweiterung optimieren sollten, findet man u. a. die Vertiefung der föderalistischen Struktur der EU und dazu die klare Kompetenzverteilung der EU gegenüber der Mitgliedstaaten, die Stärkung der Rolle der Regionen und die Reform des Finanzierungssystems.<sup>135</sup>

Obwohl die Vorstellungen Bayerns nicht vollständig realisiert wurden, erwies sich die gelungene Osterweiterung trotz anfänglicher Befürchtungen als insgesamt vorteilhaft für Bayern. Durch die Eingliederung der mittel- und osteuropäischen Länder in die EU-Strukturen gewannen die diplomatischen Beziehungen Bayerns zu diesen Ländern an Bedeutung, besonders im Bezug auf die Außenwirtschaft.

Die Außenbeziehungen Bayerns werden auch unter dem gegenwärtig amtierenden bayerischen Ministerpräsidenten, Markus Söder, aktiv gepflegt, allerdings nicht im gleichen Umfang wie unter seinen Vorgängern. Markus Söder äußerte sich 2020 in einem Interview für die Unternehmerzeitung *Wirtschaftskurier* zu den Außenbeziehungen Bayerns mit ausgewählten Staaten. Zunächst wurde über die Stellung gegenüber Großbritannien gesprochen, das für Bayern laut Söder einer der wichtigsten Exportpartner sei. Söder bemühte sich nämlich unmittelbar nach der Entscheidung zugunsten des Brexit darum, ein Vertretungsbüro in London einzurichten und begründet es mit folgenden

---

<sup>134</sup> Vgl. Hübler S. 13

<sup>135</sup> Vgl. Hübler. S.124,125.

Worten:<sup>136</sup> „Und gerade weil es unabsehbar ist, wie die Anbindung Großbritanniens an Europa auf Dauer aussehen soll, ist es wichtig, dass Bayern in London präsent ist. Wir wollen ein Büro als Brückenkopf für unsere bayerische Wirtschaft.“<sup>137</sup>

Was die transatlantischen Beziehungen Bayerns betrifft, plante Söder eine Reise in die USA, die wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden musste.<sup>138</sup> Der letzte bayerische Ministerpräsident, der die Vereinigten Staaten besuchte, war Edmund Stoiber. Franz Josef Strauß war während seine Amtszeit sogar neunmal in den USA. Söder räumte ein, dass unter Strauß das Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten größer war und die transatlantische Gemeinschaft stärker.<sup>139</sup> Dies hängt u. a. mit der Stellung Bayerns zu China zusammen, besonders was die Spionage-Vorwürfe gegenüber dem Telekommunikationsunternehmen Huawei betrifft. Der bayerische Ministerpräsident vertritt nämlich der Meinung, dass aufgrund der intensiven bayerisch-chinesischen und deutsch-chinesischen Beziehungen nicht auch angesichts solcher Vorwürfe nicht ausgegrenzt werden dürfe. Diesbezüglich hatten die USA andere Vorstellungen.<sup>140</sup>

Der gegenwärtige bayerische Ministerpräsident hat in letzter Zeit außenpolitisch und außenwirtschaftlich bedeutende Schritte in den Beziehungen zu Frankreich unternommen. Nach dem Gespräch mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, in es sich u. a. um Luftfahrtprojekte ging, verständigten sich die beiden Politiker in mehreren Angelegenheiten. Da sich im Freistaat wichtige Unternehmen befinden, die in der Branche Militär- und Zivilluftfahrt tätig sind, wird Bayern davon zweifellos profitieren.<sup>141</sup>

Söder betonte weiter, dass es ein unübersehbares Problem sei, dass Deutschland international immer abhängiger sei und dass endlich definiert werden sollte, wie die europäischen Interessen und Ziele konkret aussähen. In diesem Zusammenhang sollte Bayern der Söders Meinung die Rolle eines Brückenbauers spielen und so die Politik des Bundes unterstützen.<sup>142</sup> „Das bedeutet, klassische Diplomatie zu beleben, anstatt nur große Politikshow zu machen. Im Gespräch zu bleiben, anstatt nur zu belehren.“<sup>143</sup>

Aufgrund der in diesem Kapitel angeführten Fakten wird offensichtlich, dass Bayern diplomatische Kontakte sogar auf höchster politischer Ebene unterhält, und zwar

---

<sup>136</sup> Vgl. WK (2020).

<sup>137</sup> WK (2020).

<sup>138</sup> Vgl. SDZ (2020).

<sup>139</sup> Vgl. WK (2020).

<sup>140</sup> Vgl. Ebd.

<sup>141</sup> Vgl. DW (2021).

<sup>142</sup> Vgl. WK (2020).

<sup>143</sup> Ebd.

nicht nur innerhalb sondern auch außerhalb Europas. Auf dieses Thema wird im nächsten Kapitel noch genauer eingegangen. Da es sich um die Pflege der Beziehungen Bayerns zu anderen Staaten handelt, kann man doch von einer ‚Außenpolitik‘ sprechen. Und weil die auswärtige Politik zu den ausschließlichen Kompetenzen des Bundes gehört, ist es im Folgenden nötig, die verfassungsrechtliche Basis gründlicher zu überprüfen, auf der sich Bayerns Außenkontakte abspielen. Dies bedeutet, dass herausgefunden werden muss, was den Ländern laut Grundgesetz in Punkto Außenpolitik erlaubt ist (und was nicht).

## **2.1 Möglichkeiten Bayerns hinsichtlich einer eigenen Außenpolitik**

Dieser Kapitel konzentriert sich auf die (verfassungsmäßig gedeckten) Möglichkeiten, über die Bayern verfügt, die Außenpolitik zu beeinflussen oder sie selbst zu betreiben. Wie in Kap. 1.3 angegeben, unterliegen laut Grundgesetz sowohl die auswärtigen Angelegenheiten als auch die Pflege der auswärtigen Beziehungen den ausschließlichen Kompetenzen des Bundes.<sup>144</sup> In GG Art 32 Abs. 2 wird den Ländern allerdings vor dem Abschluss eines Vertrages mit einem anderen Staat das Anhörungsrecht garantiert, falls dieser die besonderen Verhältnisse eines Bundeslandes berührt. Im Abs. 3 dieses Artikels ist sogar festgehalten, dass die Länder im Rahmen ihrer Gesetzgebungskompetenzen Verträge mit auswärtigen Staaten abschließen dürfen, wenn die Bundesregierung dem zustimmt. Diese Möglichkeit kommentierte der Völker- und Europarechtler Bardo Fassbender bei der Tagung der Akademie für politische Bildung Tutzing wie folgt:

Die Bundesrepublik ist also ein offener Bundesstaat, jedoch nutzen die Länder diese Option relativ wenig; sie veröffentlichen stattdessen gemeinsame Erklärungen mit anderen Staaten, die nicht rechtlich bindend sind. So vermeiden sie eine rechtliche Kollision mit dem außenpolitischen Alleinvertretungsanspruch des Bundes.<sup>145</sup>

Daneben verfügt der Ministerpräsident Bayerns über die repräsentative Funktion und vertritt Bayern zum einen nach Außen gegenüber dem Bund, zum anderen aber auch gegenüber anderen Bundesländern und internationalen Partnern.<sup>146</sup> Dazu gibt es in der Bayerischen Staatsregierung das Amt des Ministers/der Ministerin für Europaangelegenheiten und Internationales. Die jeweilige ist u. a. für die Pflege der Beziehungen Bayerns nach außen zuständig, wie es auf den offiziellen Webseiten der Bayerischen Staatsregierung beschrieben wird.<sup>147</sup>

---

<sup>144</sup> Vgl. GG (2020) Art 73 und Art 32 GG.

<sup>145</sup> APB (2014).

<sup>146</sup> Vgl. BS (2021b).

<sup>147</sup> Vgl. BS (2021g).

Hier sind also einige Reibungsflächen zu erkennen. Obwohl die Pflege der Beziehungen laut GG dem Bunde zusteht, gibt es trotzdem Lücken, die es den Ländern gestatten, sich in diesem Bereich zu engagieren. Die Bayerische Staatskanzlei nimmt hierzu klar Stellung:

Die Attraktivität und der Status des Freistaats Bayern überall auf der Welt sind zwei unverzichtbare Gründe für die bayerische Erfolgsgeschichte. Das Engagement Bayerns versteht sich dabei als Ergänzung und Bereicherung zur Außenpolitik des Bundes.<sup>148</sup>

Was bisher beinahe konfliktfrei blieb, sind Formen der Außenpolitik auf regionaler bzw. kommunaler Ebene, die nicht verfassungswidrig sind und in der modernen Gesellschaft an Beliebtheit gewinnen. Die Regionen und Kommunen sind dazu berechtigt, grenzübergreifende Formen der Zusammenarbeit zu betreiben, die Kontakte zu ausländischen Regionen zu pflegen oder Partnerschaften zu schließen. Auf diese Weise, die man als ‚Paradiplomatie‘ oder ‚subnationale Außenpolitik‘ bezeichnet, wird in die Bundeskompetenzen vonseiten Bayerns nicht eingegriffen.

Ein Problem entsteht allerdings in der Definition des Begriffes *Region*. Laut Duden bezeichnet die Region allgemein ein in bestimmter Weise geprägtes, größeres Gebiet oder einen durch bestimmte Merkmale gekennzeichneten räumlichen Bereich.<sup>149</sup> Dieser Definition zufolge wäre es möglich, den ganzen Freistaat Bayern als Region zu verstehen. Aber das *Lexikon der Geographie* etwa beschreibt die Region im Kontext von Wissenschaft und Planung als zielorientierte Abstraktion mittlerer Ebene, deren räumliche Abgrenzung nach definierten Zielen bestimmt wird. Darunter werden z. B. Strukturregionen, funktionale oder normative Regionen verstanden.<sup>150</sup> Gemäß dem deutschen Planungssystem liegt die Regionalplanung zwischen der staatlichen Landesplanung und der kommunalen Bauleitplanung. Hieraus lässt sich ableiten, dass die Region kleiner als ein Bundesland aber größer als eine Gemeinde oder Stadt ist.<sup>151</sup> Innerhalb Bayerns können z. B. die einzelnen Regierungsbezirke oder eine Gruppe von ihnen als Region betrachtet werden.

Aus europäischer Sicht werden die Regionen in drei Hierarchiestufen klassifiziert, die NUTS-1, NUTS-2 oder NUTS-3 genannt sind. Dieses System wurde zur Ermöglichung des grenzüberschreitenden statistischen Vergleiches der EU-Regionen gebildet. In Deutschland entsprechen der ersten Stufe, also der NUTS-1, die Bundesländer.

---

<sup>148</sup> BS (2021i).

<sup>149</sup> Vgl. DUD (2021).

<sup>150</sup> Vgl. SLG (2001a).

<sup>151</sup> Vgl. SLG (2001b).

NUTS-2 sind in der Regel die Regierungsbezirke, und als NUTS-3 sind die Kreise und kreisfreie Städte zu bezeichnen.<sup>152</sup> Daraus folgt, dass in einem bestimmten Sinne Bayern doch als Region betrachtet werden kann.

## 2.2 Paradiplomatie

Seit der Entstehung der modernen Staaten gehörte die auswärtige Politik zu den Zuständigkeiten der nationalen Regierungen. Die dominante Position der Regierungen in der internationalen Politik wird allerdings immer schwächer. Im Gegensatz dazu wächst die Rolle anderer Akteure, wie nationale Wirtschaftskörperschaften oder transnationale Nichtregierungsorganisationen (Greenpeace, Amnesty International u. a.), sowie internationale Organisationen (OSN, NATO u. a.). Eine der Tendenzen der modernen Welt ist die Globalisierung, die u. a. zur Verdichtung internationaler Interdependenzen und zur Verschiebung von wirtschaftlichen Aktivitäten über Grenze hinweg führt. Deswegen werden diese Körperschaften und Organisationen immer wichtiger, auf der anderen Seite verlieren die nationalen Grenzen an Bedeutung.<sup>153</sup>

Mit der Globalisierung wird auch die Rolle der subnationalen Ebenen gestärkt. Besonders aktiv sind in erster Linie die Gliedstaaten in föderalen Systemen und dann die Regionen. Neben den Aktivitäten gegenüber der Staatsregierungen konzentrieren sich die Regionen auf die Zusammenarbeit mit anderen ausländischen Regionen, die mit gleichen Problemen wie sie selbst konfrontiert werden. Für solche Aktivitäten der Regionen wird seit den 1990er Jahren der Begriff *parallele Diplomatie* oder auch *Paradiplomatie* verwendet. In diesem Zusammenhang erscheinen auch Termini wie *Nebenaußenpolitik* oder *Mehrebenendiplomatie*, die darauf hinweisen, dass die Nationalstaaten im Rahmen der internationalen Politik nicht mehr allein aktiv sind, sondern dass sich die anderen Ebenen auch daran beteiligen.<sup>154</sup>

Die Paradiplomatie, die auch als subnationale Außenpolitik bezeichnet werden kann, ist ein modernes Phänomen, das mit aktuellen Tendenzen und besonders mit der Globalisierung verbunden ist. Die zunehmenden internationalen Abhängigkeiten der Staaten, führen zur Verstärkung des Einflusses internationaler Entwicklungen auf lokales Handeln, und gleichzeitig bringt das lokale Handeln immer stärkere internationale

---

<sup>152</sup> Vgl. DESTATIS (2021).

<sup>153</sup> Vgl. Řehák (2013: 69,70).

<sup>154</sup> Vgl. Řehák (2013: 69,70).

Konsequenzen mit sich.<sup>155</sup> Aus diesem Grund wird die Rolle der subnationalen Akteure immer bedeutender.

Sogar im Rahmen der Europäischen Union ist zu beobachten, wie die Rolle der Regionen wächst, besonders innerhalb des politischen Konzepts „Europa der Regionen“. Dieses Konzept richtet sich auf verschiedene Aktivitäten und Programme, die auf unterschiedliche Art der Unterstützung und Förderung der Regionen dienen. Gezielt wird dabei auf die grenzüberschreitende Vernetzung der Regionen und Unterstützung des Austausches in einem breitem Spektrum gesellschaftlicher Bereiche.<sup>156</sup>

Die Gründe, wieso auswärtige Politik auch auf der regionale Ebene betrieben wird, sind unterschiedlich. In der Diplomarbeit von Jan Thiele, die sich mit dem Thema subnationale Außenpolitik auseinandersetzt, werden die Gründe anhand der thematischen Literatur in drei Gruppen differenziert: Es wird zwischen internen Gründen sowohl auf der subnationalen als auch auf der nationalstaatlichen Ebene einerseits und externen Gründen andererseits unterschieden.<sup>157</sup>

#### *Interne Gründe auf subnationaler Ebene*

Im Rahmen dieser Theorie werden asymmetrische föderale Systeme behandelt, wobei subnationale Einheiten nach einer eigenständigen Problemlösung suchen. Besonders werden davon die kulturellen Bedürfnisse betroffen, die aber durch eigenständige außenpolitische Aktivitäten befriedigt werden. Zu den deutlichen Beweggründen gehören auch die erfolgreichen auswärtigen Aktivitäten der Regionen, die als Motivation oder Vorbild für andere subnationale Akteure dienen können.<sup>158</sup>

#### *Interne Gründe auf nationalstaatlicher Ebene*

Die Bemühungen der regionalen Regierungen, die Außenpolitik zu betreiben, wird oft mit dem Willen verbunden, die konfliktreichen Beziehungen zum Zentralstaat zu überwinden. Den mit der wachsenden internationalen Vernetzung der Region sinkt die Abhängigkeit vom Zentralstaat. Oft hängt solche konfliktreichen Beziehungen mit einer gewisse Unzufriedenheit damit zusammen, wie die nationalstaatliche Außenpolitik orientiert ist. Die Regionen verweisen z. B. auf mögliche Fehler, Ineffizienz oder mangelnde Berücksichtigung regionaler Interessen.<sup>159</sup>

#### *Externe Gründe*

---

<sup>155</sup> Vgl. Thiele (2003: 9).

<sup>156</sup> Vgl. BPB (2020d).

<sup>157</sup> Vgl. Thiele (2003: 13,14).

<sup>158</sup> Vgl. Ebd.

<sup>159</sup> Vgl. Thiele (2003: 15).

Die externe Motivation, auswärtige Aktivitäten zu betreiben, liegt überwiegend in den wirtschaftlichen Interessen der Region. Dies hängt mit dem regionalen Bedürfnis zusammen, ein Teil des globalen Marktes zu sein, auf ihm zu bestehen und seine Vorteile nutzen zu können. Sie „setzt das Vorhandensein von wirtschaftlichen Netzwerken voraus, in denen durch den Austausch von Kapital, Güter, Dienstleistungen, Informationen und Know-how gegenseitige Abhängigkeiten begründet werden.“<sup>160</sup>

In ausländischen Regionen wird v. a. nach neuen Investitionsmöglichkeiten gesucht, den Markt für die heimische Wirtschaft zu erweitern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu gehört das Wachstum des Tourismus und der Wirtschaft allgemein. Ein überzeugendes Argument für die internationale Zusammenarbeit scheinen die gemeinsamen Interessen der Partnerregionen zu sein und zwar in unterschiedlichen Bereichen wie z. B. Umweltschutz, Kultur oder Infrastruktur.<sup>161</sup> Als deutlichste Motivation für die interregionale Zusammenarbeit über Grenzen hinweg scheint die finanzielle Förderung aus den Mitteln der EU zu wirken. „Das Ziel des paradiplomatischen Strebens der europäischen Regionen ist also unumstritten finanzieller Natur, sei es in kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Angelegenheiten.“<sup>162</sup>

Paradiplomatie ist einer der lohnenswerten Instrumente, das die substaatlichen Einheiten nutzen können, um ihre Interesse zu verwirklichen, Bedürfnisse zu erfüllen und auch beispielsweise ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Markt zu verstärken. Die Pflege der Beziehungen mit ausländischen Regionen ist in diesem Zusammenhang vorwiegend aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen wichtig.

Gleichzeitig wurde festgehalten, dass Bayern in bestimmtem Sinne als Region betrachtet werden kann, was aber im Falle der Paradiplomatie keine Rolle spielen kann. In diesem Bereich werden als Regione eher die einzelnen Regierungsbezirke oder eine Gruppe von ihnen verstanden.

Im nächsten Kapitel werden die auswärtigen Aktivitäten Bayerns behandelt, die nicht an auf der regionalen sondern auf der Landesebene betrieben werden. Zunächst beschäftigt sich das Kapitel mit der bayerischen Vernetzung in Europa und der Welt; folgend wird die Aufmerksamkeit einem Nachbarland gewidmet, mit dem Bayern die längste Grenze gemeinsam hat: der Tschechischen Republik.

---

<sup>160</sup> Thiele (2003: 16).

<sup>161</sup> Vgl. Thiele (2003: 16).

<sup>162</sup> CB (2004).

### 2.3 Bayerische Vertretungen in der Welt

Wie bereits mehrmals in der vorliegenden Arbeit betont wurde, sind Außenbeziehungen, die einen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen oder einen anderen Charakter haben, für Staaten von hoher Bedeutung, um in der modernen Welt zu bestehen. Infolge der Globalisierung verwischt die Grenze zwischen der Außen- und Innenpolitik zusehends, und aus diesem Grund gewinnt die Außenpolitik immer mehr an Bedeutung.<sup>163</sup> Zugleich sind neben den Staatsregierungen, die früher ausschließlich zuständig waren, neue Akteure im außenpolitischen Spiel erschienen. Es handelt sich dabei um verschiedene Organisationen, Körperschaften aber auch um substaatlichen Einheiten.

Bayern zeigt sein Agieren im Feld der auswärtigen Angelegenheiten und Pflege internationaler Beziehungen schon seit Langem, und zwar nicht nur auf der regionalen und kommunalen sondern auch auf der Landesebene. Der heutige Freistaat geht weiter auf den Spuren der ehemaligen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, der sich für den ‚zweiten Außenminister Deutschlands‘ hielt, Edmund Stoiber, der das Ziel verfolgte, aus Bayern einen Global-Player zu machen, oder auch Horst Seehofer, der einen großen Schritt besonders in puncto der Intensivierung der bayerisch-tschechischen Beziehungen machte.<sup>164</sup> Bayern bemüht sich erfolgreich, ein breites Netz von eigenständiger Beziehungen zu anderen Ländern und Regionen innerhalb und außerhalb Europas zu bilden und zu unterhalten.<sup>165</sup>

Es entspricht dem staatlichen und politischen Selbstverständnis Bayerns, die Interessen des Freistaats überall dort eigenständig zu vertreten, wo diese berührt sind. Die Welt wird zunehmend kleiner. Der Konkurrenzdruck nimmt zu. Der Freistaat will diesen Wandel aktiv mitgestalten und bayerische Interessen einbringen.<sup>166</sup>

Wenn wir sagen, dass die außenpolitische Aktivitäten auf der Landesebene verlaufen, ist damit gemeint, dass die Landesorgane daran beteiligt sind und zwar v. a. die Staatsregierung. Die Mitglieder aller Ressorts der Staatsregierung pflegen intensiv die Beziehungen zu anderen Regierungen, und dank ihres persönlichen Engagements entstehen dann Impulse für eine Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen. Die Ministerien werden bei ihrer Arbeit von der Staatskanzlei koordiniert und unterstützt. Die Gesamtkoordinierung ist jedoch die Aufgabe des Ministeriums für Europaangelegenheiten und Internationales. In solcher Zusammensetzung werden Strukturen für Kontaktpflege

---

<sup>163</sup> Vgl. Messner (2000: 123-125)

<sup>164</sup> Vgl. WELT (2014).

<sup>165</sup> Vgl. BS (2021i).

<sup>166</sup> BS (2021i).

und internationale Kooperation geschaffen, ausgewählte Projekte finanziell gefördert oder herausgehobene Themen weiter verfolgt.<sup>167</sup>

### 2.3.1 Auslandsrepräsentanzen

Bayern unterhält so genannte Repräsentanzen in ausgewählten anderen Ländern. Die Repräsentanzen sind ressortübergreifende Interessenvertretungen Bayerns, die direkt der Staatskanzlei untergestellt sind.<sup>168</sup> Durch die Repräsentanzen wird Bayern in den jeweiligen Ländern vertreten. Zu den Hauptaufgaben, die den Repräsentanzen von der Staatskanzlei zugewiesen werden, gehören die Kontaktpflege, die Unterstützung der bilateralen Zusammenarbeit oder die Vermittlung von Informationen – entweder (gegenüber der bayerischen Staatsregierung) zur politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Entwicklung im betreffenden Land oder (gegenüber Interessierten im jeweiligen Land) über Bayern.<sup>169</sup>

Bayerische Repräsentanzen sind momentan in Tschechien, Israel, in Kanada, der Ukraine und in Äthiopien angesiedelt. Mit der Repräsentanz in Prag werden sich die folgenden Kapitel näher beschäftigen. Über die kanadische Repräsentanz in Quebec und die israelische Repräsentanz in Tel Aviv sind auf den offiziellen Webseiten der Bayerischen Staatsregierung keine ausführlichen Informationen zu finden. In Kanada<sup>170</sup> - genauso wie in Israel<sup>171</sup> – gibt es aber so genannte Bayerische Büros, die wirtschaftlich orientiert sind, also dem Wirtschaftsministerium unterstehen.

#### *Ukraine*

Die Zusammenarbeit zwischen Bayern und der Ukraine begann im Jahre 1990 mit der Gründung der Ständigen Bayerisch-Ukrainischen Arbeitskommission. Beide Seiten haben von Anfang in den Bereichen Wirtschaft, Polizei, Justiz, allgemeine innere Verwaltung, Energie, Land- und Forstwirtschaft sowie Gesundheitswesen zusammengearbeitet. Als eine Fortsetzung dieser bilateralen Beziehungen gilt die Eröffnung des Büros des Freistaats Bayern in Kiew im März 2018. Zu den Aufgaben des Büros gehört v. a. die Pflege der ukraineweiten Kontakte und die Unterstützung der Beziehungen zwischen bayerischen und ukrainischen Partnerstädten und Partnerregionen.<sup>172</sup>

Die Repräsentanz hat sich in der Ukraine an gesamtdeutsche Institutionen

---

<sup>167</sup> Vgl. BS (2021i).

<sup>168</sup> BS (2021i).

<sup>169</sup> Vgl. (2021c).

<sup>170</sup> Die Webseiten sind zur Zeit nicht aufrufbar [Stand: 26.7.2021].

<sup>171</sup> Vgl. BWW (2021).

<sup>172</sup> Vgl. BS (2021j).

angeschlossen z. B. an die dort ansässige deutsche Botschaft, die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer, den Deutschen Akademischen Austauschdienst in Kiew oder das Goethe Institut Kiew.<sup>173</sup>

An der 56. Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2020 hat sich Ministerpräsident Dr. Markus Söder mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj getroffen. Sie einigten sich darauf, die interregionale Zusammenarbeit auszubauen sowie die wirtschaftlichen Beziehungen weiter zu stärken.<sup>174</sup>

Im Rahmen der bayerisch-ukrainischen Zusammenarbeit wurden in letzter Zeit verschiedene Veranstaltungen organisiert. Zurzeit wird z. B. ein an die aktuellen Reisebedingungen angepasstes Projekt der bayerischen Repräsentanzen namens „Vom Sofa nach Bayern“ in der Kooperation mit *Bayern Tourismus Marketing*<sup>175</sup> durchgeführt. Es handelt sich dabei um ein Internetserien über Bayern, bzw. um eine virtuelle Rundreise durch Bayern, die im Juni 2021 begann. Es bietet den Zuschauern die Gelegenheit an, Bayern von zu Hause erleben. Was aber noch wichtiger für den Kontext der vorliegenden Arbeit ist, war die virtuelle Tagung der Ständigen Bayerisch-Ukrainischen Arbeitskommission, die im September 2020 stattfand. Das Ziel dieser Regierungszusammenarbeit war, den Plan des gemeinsamen Arbeitsprogramms für 2020-2021 umzusetzen. Die Konferenz widmete sich den Themen Wirtschaft, innere Sicherheit und polizeiliche Zusammenarbeit, Bildung und Wissenschaft.<sup>176</sup>

### *Äthiopien*

Im Jahre 2019 wurde das bayerische Afrik-Büro in Addis Abeba eröffnet. Die Wahl des Standortes kann als ein strategisches Schritt betrachtet werden, denn in Addis Abeba befindet sich der Hauptsitz der Afrikanischen Union<sup>177</sup>. Dies ermöglicht Bayern die Intensivierung der Beziehungen nicht nur zu Äthiopien, sondern auch zur anderen afrikanischen Staaten, wie Tunesien oder Senegal.<sup>178</sup> „Das Bayerische Afrikabüro [...] setzt ein Zeichen für bleibendes Engagement, verstärkte Zusammenarbeit sowie Zuversicht in den Beziehungen zum afrikanischen Nachbarkontinent.“<sup>179</sup> Die Funktion der Repräsentanz besteht in der Entwicklung und Intensivierung der bestehenden Kontakte zu afrikanischen Staaten und im Ausbau von grenzübergreifenden Projekten. Darüber hinaus sollte das

---

<sup>173</sup> Vgl. BS (2021j).

<sup>174</sup> BS (2021j).

<sup>175</sup> Die BAYERN TOURISMUS Marketing GmbH (BayTM) ist die offizielle Landesmarketing-Organisation der bayerischen Tourismus- und Freizeitwirtschaft. BTM (2021).

<sup>176</sup> Vgl. BS (2021j).

<sup>177</sup> Die Afrikanische Union (AU) ist der Zusammenschluss aller 55 afrikanischen Staaten. Vgl. GIZ (2021).

<sup>178</sup> Vgl. BS (2021k).

<sup>179</sup> BS (2021k).

Büro die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Afrikanischen Union beobachten. Die Kooperation sollte sich auf die Zukunft orientieren und Bereiche wie Wirtschaft und berufliche Bildung, schulische Bildung und Wissenschaft, Landwirtschaft und Umwelt sowie die öffentliche Verwaltung abdecken.<sup>180</sup>

### 2.3.2 Weitere Vertretungen

Daneben gibt es weitere bayerische Büros im Ausland, die aber im Auftrag des Bayerischen Wirtschaftsministeriums tätig sind. Diese Büros richten sich auf die Förderung des Außenhandels, von Investitionen und wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Die wirtschaftlichen Repräsentanzen sind Ansprechpartner für bayerische Unternehmen im Ausland. Zu ihren wichtigsten Aufgaben gehören die Vermittlung von Kontakten, Unterstützung bei der Erschließung neuer Exportmärkte und allgemeine Hilfeleistungen im Außenhandel. Bayern unterhält wirtschaftliche Repräsentanzen in etwa 27 Ländern, z. B. in Argentinien, Brasilien, China, Japan, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, der Schweiz, der Türkei, Ungarn, den USA oder Vietnam.<sup>181</sup>

Bei der Verwirklichung des Ziels der Staatsregierung, Bayern zu internationalisieren, helfen auch viele weitere Organisationen wie Stiftungen, Behörden, Verbände, Schulen und Hochschulen oder Unternehmer und Ehrenamtliche Akteure.<sup>182</sup>

Die Internationalisierung Bayerns ist im Übrigen nicht nur einseitig geprägt, denn Bayern ist mit 120 Vertretungen ausländischer Staaten der größte konsularische Standort Deutschlands.<sup>183</sup> In Bayern haben Staaten aus der ganzen Welt ihre Vertretungen: Afghanistan, Armenien, Barbados, Belarus, Ecuador, Ghana, Iran, Jamaika, Mongolei, Oman, Singapur oder Thailand.<sup>184</sup> Die konsularischen Vertretungen erfüllen verschiedene Aufgaben:

- Betreuung der Staatsangehörigen aus den Entsendestaaten, zum Beispiel bei der Ausstellung und Verlängerung von Pässen
- Ausstellung von Visa für Bürgerinnen und Bürger, die ins Ausland reisen möchten
- Betreuung von Staatsbesuchen, Gästen und Delegationen aus den Entsendestaaten
- Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Herstellung und Pflege von Handelsbeziehungen [...]
- Zusammenarbeit mit Ministerien, Behörden und öffentlichen Institutionen
- Förderung von Gemeinde- und Städtepartnerschaften<sup>185</sup>

---

<sup>180</sup> Vgl. BS (2021k).

<sup>181</sup> Vgl. BSWLE (2021).

<sup>182</sup> Vgl. BS (2021i).

<sup>183</sup> Vgl. BS (2021i).

<sup>184</sup> Vgl. BS (2021l).

<sup>185</sup> BS (2021l).

Es sollte auch nicht übersehen werden, wie sich Bayern im Ausland durch seine Vertretungen engagiert. Die Unterhaltung von Repräsentanzen oder Wirtschaftsbüros im Ausland gehört zu den Formen außenpolitischen Agierens, die Bayern parallel zur Bundespolitik betreibt. Deswegen könnte dieses Handeln als ‚Neben-Außenpolitik‘ bezeichnet werden. Verglichen mit den deutschen Botschaften, die als offizielle diplomatische Vertretungen Deutschlands im Ausland fungieren, erfüllen die Repräsentanzen allerdings fast die gleichen Aufgaben wie diese, oder eben einen Teil davon, besonders auf der politischen Ebene. Dies betrifft v. a. die Pflege und Intensivierung der Kontakte und Beziehungen zu anderen Ländern, die Funktion der Informations- und Anlaufstelle sowie die Unterstützung der bilateralen Kooperation.

Um die wirtschaftlichen Außenbeziehungen kümmern sich dann die Büros, die im Auftrag des bayerischen Wirtschaftsministeriums tätig sind. Und weitere Bereiche wie Kultur oder Bildung übernehmen andere Organisationen, Stiftungen u. Ä. Obwohl die Pflege der Außenbeziehungen Bayerns auf mehrere Akteure aufgeteilt ist, könnte diese Verflechtung theoretisch als informelle Außenpolitik Bayerns verstanden werden. Damit ist gemeint, dass es Bayern gelungen ist, mit einem derartigen Netz an Einrichtungen und Organisationen, die eigene auswärtigen Beziehungen zu gestalten, die mit der bundesdeutschen Pflege von Außenbeziehungen vergleichbar sind.

Im folgenden Kapitel soll die Praxis des außenpolitischen Handelns Bayerns an einem konkreten Beispiel demonstriert werden. Dabei soll beschrieben werden, wie sich die bayerische Außenpolitik in den Beziehungen zur Tschechischen Republik manifestiert.

#### **2.4 Bayerische Vertretungen in der Tschechischen Republik**

Bevor wir uns mit den bayerischen Vertretungen in der Tschechischen Republik beschäftigen, sollen die Beziehungen zwischen den beiden Ländern kurz charakterisiert werden. Bayern und Tschechien sind direkte Nachbarländer, die eine gemeinsame Grenze mit einer Länge von 357 km haben.<sup>186</sup> Die Beziehungen werden durch die gemeinsame politische, kulturelle und soziale Geschichte geprägt. Besonders die Ereignisse des 20. Jahrhunderts haben den Charakter der Nachbarschaft lange Zeit negativ beeinflusst. Erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem politischen Wandel in 1990er Jahren kam es zu einer Annäherung zwischen beiden Ländern. Damals begannen die Völker auf beiden Seiten der Grenze wieder zusammenzuarbeiten und alte Freundschaften wiederzubeleben. Immer mehr wurden die Gemeinsamkeiten beider Seiten anstatt der Unterschiede betont.

---

<sup>186</sup> Vgl. STMIB (2021).

Seit dem Beitritt der Tschechischen Republik zur EU (2004) und zur Schengen-Zone (2007) wurden die Beziehungen v. a. auf wirtschaftlichem Feld verbessert und weiterentwickelt.<sup>187</sup>

Heute sind Bayern und Tschechien wichtige Wirtschaftspartner, die ihre bilaterale Beziehungen immer stärker intensivieren. Sehr entwickelt ist auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, v. a. im Bereich der Kultur. Im bayerisch-tschechischen Grenzraum sind ferner zwei Euroregionen eingerichtet: Die *Euregio Egrensis* und die *Euroregion Bayerischer Wald – Šumava – Unterer Inn*. Daneben bestehen zwischen bayerischen und tschechischen Städten und Gemeinden etwa 90 Partnerschaften.<sup>188</sup>

#### 2.4.1 Regierungskonsultationen

Die Politiker und sogar die höchsten Vertreter der Ländern sind sich der Wichtigkeit von guten bayerisch-tschechischen Beziehungen bewusst. Seit dem Jahr 2010 wurden mehrere Regierungskonsultationen organisiert, um über die aktuelle politische Situation zu diskutieren, den Fortschritt der beiderseitigen Kooperation zu bewerten und die gegenseitigen Vorstellungen von der zukünftigen Zusammenarbeit zu besprechen. Solche Konsultationen finden nicht regelmäßig statt, aber in letzten 10 Jahren fanden zwischen Bayern und Tschechien acht derartige politische Verhandlungen auf Regierungsebene statt.

Zum historischen ersten Besuch eines bayerischen Ministerpräsidenten in Tschechien kam es 2010, als sich Horst Seehofer mit dem damaligen tschechischen Premierminister Petr Nečas traf. Beide äußerten sich positiv zur Vertiefung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und stimmten darin überein, dass die Beziehungen sich auf die Zukunft orientieren sollten. Der bayerische Ministerpräsident hat dieses Treffen damals als ersten Schritt in der neuen Etappe der gegenseitigen Beziehungen bezeichnet. Zu den während des Treffens behandelten Themen gehörten v. a. die deutschen Grenzkontrollen gegenüber tschechischen Autofahrern. Der tschechische Premierminister wurde von Horst Seehofer zu einem Besuch nach Bayern eingeladen, als Bestätigung der freundschaftlichen Beziehungen.<sup>189</sup>

Ein Jahr später trafen sich die beiden genannten Politiker wieder in Prag. Auf der Pressekonferenz kommentierten die beiden Seiten den Fortschritt der Zusammenarbeit

---

<sup>187</sup> Vgl. Brandes (2018).

<sup>188</sup> Vgl. BSPD (2021).

<sup>189</sup> Vgl. ICV (2010).

kommentiert. Der tschechische Premierminister hob dabei den Fortschritt in den folgenden Bereichen hervor, die beim letzten Treffen als Prioritäten der Kooperation festgelegt worden waren. Es handelte sich um die Entwicklung der Infrastruktur, Energetik, Europapolitik, Bildung sowie Wissenschaft und Forschung. Der bayerische Ministerpräsident wiederum betonte, dass neben der Zusammenarbeit der Regierungen auch die Kooperation der Regionen und Städte einen Beitrag zur Pflege der Beziehungen leiste.<sup>190</sup>

Zum letzten Mal trafen sich Petr Nečas und Horst Seehofer im Jahre 2013, diesmal in München. Die Diskussion konzentrierte sich auf die weitere Entwicklung der Beziehungen, Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Wissenschaft, Forschung und bei Innovationen aber auch auf die gemeinsame Vergangenheit und das bayerisch-tschechische Kulturerbe, die nach Meinung des tschechischen Premierministers nicht vergessen werden sollte.<sup>191</sup>

Die neue Tradition dieser Staatsbesuche wurde auch nicht unterbrochen, als Bohuslav Sobotka 2014 zum tschechischen Premierminister gewählt wurde. In diesem Jahr traf sich der neue Regierungschef mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer. Der Besuch wurde von der bayerischen Presse eher positiv bewertet, weil sich die beiden Politiker entschieden, sich nicht der Vergangenheit zu widmen und die Zusammenarbeit stattdessen pragmatisch anzugehen.<sup>192</sup>

Im gleichen Jahr eröffnete Horst Seehofer in Anwesenheit des tschechischen Premierministers auch die Bayerische Repräsentanz in Prag. Bayern war somit das zweite deutsche Bundesland nach Sachsen, das eine Vertretung in Tschechien eingerichtet hat.<sup>193</sup> Von der Eröffnung der Repräsentanz versprachen sich beide Seiten einen großen Beitrag zur weiteren Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen. Aufgrund des wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Potenzials der bayerisch-tschechischen Nachbarschaft hielt Sobotka die Gründung der Repräsentanz für ein bedeutsames Ereignis.<sup>194</sup>

Zum einem weiteren Treffen kam es 2016, als Sobotka nach Bayern reiste. Während der Verhandlungen betonten beide Regierungschefs die hervorragenden bayerisch-tschechischen Beziehungen und verabredeten, dass es nötig sei, die

---

<sup>190</sup> Vgl. VČR (2011).

<sup>191</sup> Vgl. VČR (2013).

<sup>192</sup> Vgl. DENIK (2014a).

<sup>193</sup> Vgl. DENIK (2014b).

<sup>194</sup> Vgl. MZV (2014).

Verkehrsinfrastruktur zwischen beiden Ländern zu verbessern und zwar v. a. den Eisenbahnverbindung zwischen Prag und München sowie zwischen Prag und Nürnberg zu modernisieren.<sup>195</sup> Gleichzeitig besprachen sie die Vorbereitung einer gemeinsamen bayerisch-tschechischen Landesausstellung besprochen, die Karl IV. gewidmet werden sollte. Die Ausstellung fand 2016/17 in Prag und in Nürnberg anlässlich des 700. Geburtstages Karls IV. statt. Der tschechische Regierungschef betonte die historische Bedeutung dieser Persönlichkeit, die ein guter Beleg dafür sei, was Tschechien und Bayern in der Geschichte verband.<sup>196</sup> Anlässlich der Eröffnung der bayerisch-tschechischen Ausstellung im Herbst 2016 trafen sich die beiden Politiker noch einmal, und zu einer letzten offiziellen Begegnung kam ein Jahr darauf.<sup>197</sup>

Die Häufigkeit der gegenseitigen Besuche weist darauf hin, wie wichtig die gemeinsamen Beziehungen für beide Seiten sind. Unter der Regierung Seehofer, haben die beiden Länder in der Annäherung ein großes Schritt nach vorne gemacht. Nach vierzig Jahren wurde die angespannte Atmosphäre zwischen Bayern und Tschechien, die besonders von der sudetendeutschen Frage geprägt wurde, entspannt. Denn bis zur Ära Seehofer konnte sich keine bayerischer Ministerpräsident entschließen, die Tschechische Republik zu besuchen.<sup>198</sup>

Das gute Niveau der gegenseitigen Beziehungen haben auch die neu gewählten Regierungschefs beider Länder, Andrej Babiš und Markus Söder, bei ihrem ersten Treffen im Jahre 2018 bestätigt. Beide Seiten erklärten, die gute Freundschaft weiterzuentwickeln, die Partnerschaft zu stärken und sich auf die Zukunft zu orientieren. Während des Gesprächs beschäftigten sie sich mit der Migrationsthematik, Wirtschaftsbeziehungen, Bahnverbindungen und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Polizei und im Bereich der Wissenschaft und Forschung.<sup>199</sup>

Der nächste Besuch wurde für Dezember 2019 geplant, wurde aber nicht verwirklicht. Die tschechische Seite sagte den Besuch aus Gründen der Arbeitsbelastung des tschechischen Premierminister ab. Für Markus Söder sollte dies der erste offizielle Besuch eines tschechischen Regierungschefs in seiner Funktion als Ministerpräsident Bayerns sein.<sup>200</sup>

---

<sup>195</sup> Vgl. PL (2016).

<sup>196</sup> Vgl. PL (2016).

<sup>197</sup> Vgl. PD (2017).

<sup>198</sup> Vgl. iROZHLAS (2019).

<sup>199</sup> Vgl. VČR (2018).

<sup>200</sup> Vgl. iROZHLAS (2019).

Ein neuer Termin für ein Treffen wurde auf den 10. März 2020 festgelegt.<sup>201</sup> Dieser wurde aber auch nicht verwirklicht und zwar wegen der Corona-Pandemie, die seit Anfang des Jahres 2020 bis heute das Weltgeschehen beeinflusst. Auch trotz solcher negativen Umstände bemühen sich die Regierungschefs beider Länder, in Kontakt zu bleiben. Mittels der Nutzung digitaler Technologien konsultieren sie sich bezüglich der aktuellen Situation und versuchen Lösungen für die durch die Pandemie entstandenen Probleme zu finden. Am Ende des Jahres 2020 war es die Priorität, die Grenzen offen zu lassen und die grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Aktivitäten zwischen Bayern und Tschechien aufrechtzuerhalten.<sup>202</sup> Die Verschlechterung der Infektionslage Anfang des Jahres 2021 brachte die Verschärfung der Maßnahmen und auch die unerwünschte Schließung der bayerisch-tschechischen Grenze mit sich. Die Beziehungen zwischen den Nachbarländern gerieten damit in eine Krise. Zurzeit (Juli 2021) sind die Grenzen wieder geöffnet, weitere Schritte sind jedoch von der Entwicklung der Pandemie abhängig.

Außer den Regierungschefs nehmen auch andere Politiker beider Länder diese Situation sehr ernst. A priori sollte man aus der Krise lernen. Nach der Meinung einiger Politiker sei nun die perfekte Zeit gekommen, um wieder neu zu starten und die Beziehungen zwischen Bayern und Tschechien auf eine neue Basis zu stellen und sie noch zu intensivieren.<sup>203</sup> Dieses Ziel verfolgen u. a. CSU-Politiker aus der Oberpfalz, da die Grenzregionen von der Corona-Pandemie besonders hart getroffen wurden, und haben ein Positionspapier mit Lösungsvorschlägen vorgelegt.

Die Krise könne nur gemeinsam bewältigt werden, heißt es darin. Durch die Corona-Pandemie sei die bayerisch-tschechische Beziehung auf eine harte Probe gestellt worden. Es hätten sich gegenseitiges Misstrauen und Abstimmungsdefizite zwischen den Ländern herauskristallisiert.<sup>204</sup>

Sie fordern gleichzeitig einen bayerisch-tschechischen Koordinator, der als Bindeglied zwischen München, den Grenzregionen und Prag fungiert und die Interessen der Grenzregionen effektiver vertritt. „Der Koordinator solle europäische Verbände für territoriale Zusammenarbeit im Grenzraum fördern, die sich um Zukunftsthemen wie Gesundheit, Sicherheit, Digitalisierung oder auch Verkehr, Arbeit und Bildung drehen.“<sup>205</sup>

Ähnlicher Meinung sind auch bayerische SPD-Politiker. Obwohl sich die Vorstellungen der jeweiligen Seite, wie die Praxis aussehen soll, unterscheiden, fordert die SPD sowie CSU eine bessere Koordination für die grenzüberschreitende

---

<sup>201</sup> Vgl. VČR (2020a).

<sup>202</sup> Vgl. VČR (2020b).

<sup>203</sup> Vgl. Ringer (2021).

<sup>204</sup> Ringer (2021).

<sup>205</sup> Ringer (2021).

Zusammenarbeit.<sup>206</sup> Darüber hinaus fordert die SPD auch einen neuen bayerisch-tschechischen Bürgerfonds, der die zivilgesellschaftlichen Initiativen, Vereine und Städtepartnerschaften beider Länder finanziell und strukturell unterstützt. Auch zugunsten eines starken Europa sollen ihre Meinung nach die kommunalen Partnerschaften ausgeweitet und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vertieft werden.<sup>207</sup>

In diesem Kapitel wird belegt, dass zwischen Bayern und Tschechien sehr intensive Kontakte auf höchster politischer Ebene verlaufen und dass nicht einmal die gegenwärtige Krise die Kontakte unterbrechen konnte – ganz im Gegenteil: Die Corona-Pandemie hat sogar neue Freiräume für die weitere Entwicklung der Beziehungen und der Zusammenarbeit geschaffen. Bayern pflegt die Kontakte zu Tschechien konsequent, und man kann behaupten, dass die positive Entwicklung dieser bilateralen Beziehungen einer der Prioritäten der Bayerischen Staatsregierung ist.

Auf der Bundesebene kam es in den letzten 10 Jahren auch zu mehreren offiziellen Staatsbesuchen zwischen den höchsten Vertretern Deutschlands und der Tschechischen Republik. Im Jahre 2017 beispielsweise besuchte Bundespräsident Frank Walter Steinmeier die Tschechische Republik und traf dabei den tschechischen Präsidenten Miloš Zeman. Die beiden Staatsoberhäupter haben betont, dass die deutsch-tschechischen Beziehungen gut seien. Das Hauptthema war die damals aktuelle Migrationsproblematik. Außerdem haben sie nach Themen gesucht, die noch engeres Zusammenwachsen der Nachbarn ermöglichen.<sup>208</sup>

Dabei haben wir uns in erster Linie auf gemeinsame Infrastrukturprojekte konzentriert. Als wichtig erachten wir dabei die Hochgeschwindigkeitstrassen der Bahn, die einmal Prag mit Berlin und Prag mit München verbinden sollen. Außerdem sollten unsere Länder besser in der Wissenschaft zusammenarbeiten und natürlich auch in Industrie und Wirtschaft.<sup>209</sup>

Außer der Staatsoberhäuptern treffen sich auch die Regierungschefs. Bei seinem ersten offiziellen Besuch Deutschlands hat der tschechische Premierminister Andrej Babiš mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel Verhandlungen zu europäischen Fragen, den Beziehungen zwischen der EU und den USA, zur Migration und zu den bilateralen Beziehungen.<sup>210</sup>

Solche deutsch-tschechischen Besuche, die zum Zweck der Vertiefung der auswärtigen Beziehungen realisiert werden, haben einen vergleichbaren Ablauf und

---

<sup>206</sup> Vgl. Grosser. (2021).

<sup>207</sup> Vgl. BSPD (2021).

<sup>208</sup> Vgl. RPI (2017).

<sup>209</sup> RPI (2017).

<sup>210</sup> Vgl. RPI (2018).

verfolgen vergleichbare Ziele wie die Regierungskonsultationen, die zwischen Bayern und Tschechien unterhalten werden. Demzufolge kann behauptet werden, dass gerade die gegenseitigen Besuche der Regierungschefs Bayerns und Tschechiens den ähnlichen außenpolitischen Charakter wie die Staatsbesuche von Staatsoberhäuptern, bzw. von Regierungschefs Deutschlands und Tschechiens haben. Dies weist darauf hin, dass Bayern eine eigene Außenpolitik auf der Landesebene betreibt.

Zugleich sind in der Tschechischen Republik auch viele Institutionen zu finden, die sich ebenfalls der Pflege der Beziehungen zwischen Bayern und Tschechien widmen. Aus der Gruppe dieser Institutionen wurden drei ausgewählt, die im nächsten Teilkapitel vorgestellt werden.

#### 2.4.2 Die Repräsentanz des Freistaats Bayern in der Tschechischen Republik

Aufgrund der Annäherung der Nachbarn und der Pflege der guten Beziehungen wurde im Jahr 2014 die Repräsentanz des Freistaats Bayern in Prag gegründet. Bei der feierlichen Eröffnung waren der damalige bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer, der tschechische Premierminister Bohuslav Sobotka und weitere Persönlichkeiten aus dem Politikbereich anwesend. Die Repräsentanz hat ihren Sitz im Palais Chotek im Zentrum der Prager Altstadt.<sup>211</sup> Die Leitidee dieser Vertretung ist auf der offiziellen Webseite veröffentlicht:

Die Repräsentanz des Freistaats Bayern in der Tschechischen Republik intensiviert die Beziehungen Bayerns zur tschechischen Regierung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft – über gemeinsame Projekte und Veranstaltungen und als Schaufenster Bayerns.<sup>212</sup>

Beide Länder wollen ihre freundschaftliche Beziehungen im Geiste guter Nachbarschaft und Partnerschaft weiter stärken und sie zukunftsgerichtet gestalten.<sup>213</sup>

Im Rahmen der Pflege der Freundschaft zwischen Bayern und Tschechien fanden auf Regierungsbene mehrere Gegenbesuche zwischen den damaligen Ministerpräsidenten Horst Seehofer und Premierminister Petr Nečas und Bohuslav Sobotka statt und zwar schon vor dem Jahr 2014.<sup>214</sup> Nach der Eröffnung der Repräsentanz wollen auch der heutige bayerische Ministerpräsident Markus Söder und der gegenwärtige tschechische Premierminister Andrej Babiš die grenzüberschreitenden Beziehungen pflegen und

---

<sup>211</sup> Vgl. MZV (2014).

<sup>212</sup> BS (2021).

<sup>213</sup> Vgl. Ebd.

<sup>214</sup> Vgl. Kap. 2.4.1

weiterentwickeln.<sup>215</sup> Um diese kümmert sich auf bayerischer Seite sogar die gegenwärtige Ministerin für Europaangelegenheiten und Internationales, Melanie Huml, denn zu ihren Kompetenzbereich gehört auch die Repräsentanz in Prag. Melanie Huml selbst schätzt die bayerisch-tschechischen Beziehungen hoch, denn sie hat für das Ziel ihrer ersten Auslandsreise nach ihrem Amtsantritt die Tschechische Republik gewählt. Während ihres Besuchs in Prag, der im Juli 2021 stattfand, hat sie viele Vertreter der tschechischen Regierung und des Parlaments getroffen, um zu beratschlagen, wie die bayerisch-tschechischen Beziehungen weiterentwickelt und intensiviert werden können.<sup>216</sup>

Im folgenden Teil wird über die Bayerische Repräsentanz in der Tschechischen Republik genauer berichtet. Der Fokus wird auf die Struktur, die Aufgaben und den alltäglichen Betrieb in der Repräsentanz gelegt, weiter auf die konkreten Ereignisse und die Kompetenzen, über die die Repräsentanz verfügt. Als Informationsquelle für dieses Kapitel dient überwiegend ein Interview, geführt am 4.5.2021, zwischen der Autorin dieser Arbeit und einem Mitarbeiter der Repräsentanz, der aber anonym bleiben will.

Organisatorisch betrachtet ist die Repräsentanz des Freistaats Bayern in der Tschechischen Republik eine Dienststelle der Bayerischen Staatskanzlei.<sup>217</sup> „Sie gehört dort in den Zuständigkeitsbereich von Melanie Huml, MdL, Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales und ist als Teil des Referats für mittel- und osteuropäische Länder in die Europaabteilung eingebunden.“<sup>218</sup> Das Spektrum der Aufgaben, die die Repräsentanz übernimmt, ist sehr breit und vielfältig. Eine der wichtigsten Aufgaben, die die Repräsentanz im Auftrag der Bayerischen Staatsregierung erfüllt, ist die Intensivierung der Beziehungen zwischen Bayern und Tschechien.<sup>219</sup>

Über gemeinsame Projekte und Veranstaltungen bringt sie Menschen aus Bayern und Tschechien zusammen und bietet Unterstützung für den grenzüberschreitenden Austausch. Dazu gehören die Vermittlung und Vorbereitung politischer Kontakte ebenso wie die Vernetzung kultureller, wirtschaftlicher und bürgerschaftlicher Akteure und Initiativen.

Die Bayerische Repräsentanz organisiert verschiedene Informations-, Begegnungs- und Diskussionsveranstaltungen, die sich Themen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Bildung, Kultur oder Umwelt widmen. Auf diese Weise informiert die Repräsentanz die tschechische Öffentlichkeit über Bayern. Im September 2021 plant die Repräsentanz beispielsweise eine Konferenz zum Thema nachhaltigen Technologien zu organisieren.

---

<sup>215</sup> Vgl. MZV (2018).

<sup>216</sup> Vgl. BS (2021m).

<sup>217</sup> Vgl. SI RFB (2021).

<sup>218</sup> Ebd.

<sup>219</sup> Ebd.

Um Nachhaltigkeit im Lichte der Europapolitik und der aktuellen Pandemie ging es z. B. im letzten Herbst bei einer Online-Podiumsdiskussion zum Thema Europäischer Grüner Deal. Davor fanden ähnliche Veranstaltungen z. B. zu 30 Jahren offene bayerisch-tschechische Grenzen, zur regionalen Zusammenarbeit im vereinten Europa oder zu den Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten beiderseits der Grenze in Präsenzform in den Räumlichkeiten der Bayerischen Repräsentanz in der Prager Altstadt statt.<sup>220</sup>

Eine weitere Aufgabe, die die Repräsentanz gemeinsam mit anderen Partnern zu erfüllen hat, ist die Werbung für den Hochschul- und Wissenschaftsstandort Bayern gegenüber tschechischen Interessierten. Daneben stellt sie auch Informationen über Studienmöglichkeiten in Bayern bereit, z. B. über einen Hochschulinformationstag für tschechische Schulen. In der Bayerischen Repräsentanz finden auch Informations- oder Ausstellungsprojekte bezüglich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich Naturschutz statt. Dies betrifft z. B. die Zusammenarbeit im Bayerischen bzw. im Böhmerwald. Die Repräsentanz ist auch im kulturellen Bereich tätig. Sie organisiert Lesungen bayerischer Autoren, Ausstellungen bayerischer Künstler und Persönlichkeiten oder Konzerte verschiedener Genres, dargeboten von bayerischen Musikern.<sup>221</sup>

Die Repräsentanz leistet ferner eine große Unterstützung für die bayerische Staatsregierung, indem sie eine fachliche Expertise ausarbeitet und Sachinformationen zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Tschechien weitergibt. Zur alltäglichen Arbeit der Repräsentanz gehören neben der Organisation von Veranstaltungen die Erstellung von Berichten, Recherchen und Analysen zu grenzübergreifenden Beziehungen und verschiedene Verwaltungstätigkeiten.<sup>222</sup>

Zugleich ist die Bayerische Repräsentanz die erste Anlaufstelle für Institutionen sowie tschechische und bayerische Bürgerinnen und Bürger. Diese Funktion wurde in den letzten Monaten häufig genutzt, denn die Repräsentanz beantwortet Fragen zur COVID-19-Pandemie.<sup>223</sup>

Derzeit beeinflusst die COVID-19-Pandemie auch in der Repräsentanz den Alltag, ein Großteil der Arbeit findet im Home Office statt. Ein Thema sind die geltenden Regeln bei grenzüberschreitenden Reisen, auf die viele Menschen aus beruflichen, gesundheitlichen oder sozialen Gründen angewiesen sind. Der Informationsbedarf hierzu ist auf beiden Seiten groß und die Repräsentanz kann dabei als Schnittstelle fungieren.<sup>224</sup>

Die Repräsentanz musste sich an die aktuelle für öffentlich zugängliche Veranstaltungen ungünstige Situation anpassen, deswegen versucht sie den „virtuellen Weg“ zu gehen und bietet Veranstaltungen online an, „z. B. in der Adventszeit mit einem

---

<sup>220</sup> SI RFB (2021).

<sup>221</sup> Vgl. SI RFB (2021).

<sup>222</sup> Vgl. Ebd.

<sup>223</sup> Vgl. Ebd.

<sup>224</sup> Ebd.

Online-Weihnachtsprogramm für Kinder und Familien, der Beteiligung an einem Online-Filmfestival deutschsprachiger Filme in Tschechien oder einer virtuellen Rundreise zu interessanten Orten in Bayern.“<sup>225</sup>

Insgesamt trägt die Repräsentanz dazu bei, die Vernetzung zwischen Bayern und Tschechien auf der politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Ebene zu stärken, und dadurch pflegt und verbessert sie die Außenbeziehungen Bayerns zu Tschechien. Auf die Frage, ob die Tätigkeit der Repräsentanz theoretisch als Teil einer (informellen) ‚Außenpolitik Bayerns‘ verstanden werden kann, hat der Respondent seine Antwort folgendermaßen formuliert: „Die Repräsentanz ist eine Dienststelle der Bayerischen Staatskanzlei und unterstützt deren Zusammenarbeit mit Tschechien vor Ort (auf eine politische Einschätzung wird verzichtet).“<sup>226</sup>

#### 2.4.3 Die Delegation der Bayerischen Wirtschaft in der Tschechischen Republik

Bezüglich der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bayern und der Tschechischen Republik ist die Delegation der Bayerischen Wirtschaft bei der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer von entscheidender Bedeutung.

Die Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer (DTIHK) ist eine der bilateralen Auslandshandelskammern Deutschlands, die weltweit vernetzt sind. Die Deutsche AHKs sind in 92 Ländern vertreten, die für Deutschland ein besonderes wirtschaftliches Interesse darstellen. Die Hauptaufgabe der DTIHK besteht darin, den wirtschaftlichen Austausch zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik aktiv zu unterstützen.<sup>227</sup> Seit 1993 berät sie deutschen Unternehmen und hilft ihnen vor Ort mit zahlreichen Dienstleistungen, auf dem tschechischen Markt tätig zu werden, und umgekehrt.<sup>228</sup> „Im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums bietet sie für deutsche und tschechische Unternehmen ein breites Netzwerk vor Ort und vertritt deren Interessen vor Politik und Öffentlichkeit.“<sup>229</sup>

Was den Wirtschaftsstandort Tschechien betrifft, gibt es einige ausgewählte Bereiche, in denen laut Umfragen der größte Handlungsbedarf erkannt wird. Es handelt sich um praxisorientierte Berufsausbildung, Stärkung der Rechtssicherheit, gute

---

<sup>225</sup> SI RFB (2021).

<sup>226</sup> Ebd.

<sup>227</sup> Vgl. DTIHK (2021a).

<sup>228</sup> Vgl. DTIHK (2021a).

<sup>229</sup> DTIHK (2021b).

Bedingungen für Forschung und Entwicklung, Transparenz, fairer Wettbewerb und Integrität.<sup>230</sup>

Konkret für die bayerischen Unternehmern, die sich in den tschechischen Markt integrieren wollen, steht seit 2007 die *Delegation der Bayerischen Wirtschaft* als Beratungsstelle zur Verfügung. „Bayern ist für Tschechien wirtschaftlich mit Abstand das wichtigste aller Bundesländer. Für bayerische Firmen wiederum ist Tschechien mittlerweile ein hochinteressanter Standort für die eigene Forschungs- und Entwicklungstätigkeit.“<sup>231</sup> Die Delegation hilft sowohl bei der Suche nach Partnerunternehmen als auch bei der Übermittlung von Informationen über konkreten Investitionsmöglichkeiten und -projekte.<sup>232</sup> Die Delegation arbeitet mit vielen Partnern zusammen, wie z. B. *Invest in Bavaria*<sup>233</sup>, *Bayern International*<sup>234</sup> oder *Bayern Innovativ*<sup>235</sup>. Sehr eng ist die Delegation der Bayerischen Wirtschaft mit dem Bayerischen Wirtschaftsministerium verbunden.

In folgenden Teil werden anhand des virtuellen am 20.4.2021 geführten Gesprächs mit Bernard Bauer dem Wirtschaftsdelegierten des Freistaats Bayern, die Struktur und Zuständigkeiten der Delegation beschrieben: Strukturell gesehen ist die Delegation, wie an vielen Standorten weltweit, an welchen die Bayerische Wirtschaft ebenfalls Vertretungen unterhält, in der bilateralen Handelskammer angesiedelt, d. h. in der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer. Der Delegation steht dabei die ganze Struktur der Kammer zur Verfügung. Vertreten wird sie im Prinzip durch eine Person: durch Bernard Bauer, der zugleich der Geschäftsführer der DTIHK ist.<sup>236</sup> „Wir haben hier 42 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier in Prag im Büro, alles Experten aus den verschiedenen Branchen, die für die deutsch-bayerisch-tschechische Zusammenarbeit wichtig sind.“<sup>237</sup> Die Delegation ist an das Bayerische Wirtschaftsministerium angebunden.

---

<sup>230</sup> Vgl. Ebd.

<sup>231</sup> BWV (2021).

<sup>232</sup> Vgl. DTIHK (2021c).

<sup>233</sup> „Als Ansiedlungsagentur des Freistaats Bayern unterstützt Invest in Bavaria Unternehmen aus dem In- wie aus dem Ausland sowie aus unterschiedlichsten Branchen dabei, den optimalen Standort in Bayern zu finden, um nach einer Ansiedlung von Anfang an erfolgreich zu handeln.“ IIB (2021).

<sup>234</sup> „Bayern International fördert und unterstützt aktiv bayerische Unternehmen bei ihren Exportgeschäften. In Kooperation mit dem Bayerischen Wirtschaftsministerium bieten wir mittelständischen Unternehmen gezielte Unterstützung bei der Internationalisierung und umfangreichen Service.“ BI (2021).

<sup>235</sup> Bayern Innovativ ist eine Gesellschaft für Innovationen und Wissenstransfer und ein wichtiger Bestandteil der Innovationspolitik Bayerns. Sie ermöglicht u. a. den kleinen und mittleren Unternehmen mit Innovationsdienstleistungen, ihre Ideen schneller erfolgreich umzusetzen. Vgl. BIn (2021).

<sup>236</sup> Vgl. OG DBW (2021).

<sup>237</sup> Ebd.

Mit den Verantwortlichen im Ministerium wird die Jahresarbeit abgesprochen, wobei auch genau abgestimmt wird, welche Themen als Hauptthemen betrachtet werden.<sup>238</sup>

Der Grundgedanke eines solchen Büros ist, eine Person oder eine Struktur im Gastland zu haben, die den bayerischen Unternehmen hilft auf dem Markt zu kommen. Das Büro unterstützt durch Beratungen, Gespräche, Informationen zur Lage des Landes oder auch zu den Möglichkeiten der Kooperationen mit tschechischen Unternehmen.<sup>239</sup>

„Also, wir helfen bayerischen Firmen, wenn sie hier (in Tschechien) Geschäfte machen möchten oder hier investieren möchten und einen Standort suchen, Informationen brauchen zu Rechtsfragen oder zu Personalbeschaffung, aber auch zu lokalen Lieferanten.“<sup>240</sup> Da viele bayerische Investoren, die das Büro betreut, in Westböhmen angesiedelt sind, wurde 2011 in Kooperation mit der IHK Regensburg als Zweigstelle der Kammer ein Büro in Pilsen gegründet.<sup>241</sup>

Eine weitere Aufgabe des Wirtschaftsdelegierten ist Teilnahme an der Bearbeitung der grenzüberschreitende Projekte, die für Bayern und Tschechien interessant sind. Es betrifft alle Zukunftsthemen, die für die Zusammenarbeit zwischen Bayern und Tschechien wichtig sind und gefördert werden sollten. Es geht um Projekte im Bereich Digitalisierung, Forschung und Entwicklung oder z. B. im Bereich *Industrie 4.0*.<sup>242, 243</sup>

Auch Herr Bauer wurde befragt, wie die Tätigkeit der Delegation von der Corona-Pandemie beeinflusst wurde. Herr Bauer teilte mit, dass die Pandemien die Lieferketten Richtung Deutschland nicht unterbrochen hat. Eine große Herausforderung war allerdings die Grenzproblematik, und zwar nicht nur bezüglich des Warentransportes, sondern auch hinsichtlich der Pendler. Es gibt nämlich etwa 35.000 tschechischen Bürger, die jeden Tag zur Arbeit nach Bayern und wieder nach Hause fahren; und die verschärften Restriktionen der Grenzüberschreitung haben einen enormen Informationsbedarf verursacht. Die Delegation erhielt täglich 180 bis 200 telefonische Anfragen von Unternehmen in Bayern aber auch von Privatpersonen. Aus diesem Grund hat die

---

<sup>238</sup> Vgl. Ebd.

<sup>239</sup> Vgl. Ebd.

<sup>240</sup> OG DBW (2021).

<sup>241</sup> Vgl. Ebd.

<sup>242</sup> bezeichnet die sog. vierte industrielle Revolution auf der Basis cyber-physischer Systeme [...]. [...] In der Hightech-Strategie „Innovationen für Deutschland“ der Bundesregierung von September 2014 werden sechs prioritäre Zukunftsaufgaben für Wohlstand und Lebensqualität formuliert, wobei bereits an erster Stelle „Digitale Wirtschaft und Gesellschaft“ [...] steht.“ Eines der zentralen Aktionsfeldern ist Industrie 4.0. DB (2016).

<sup>243</sup> Vgl. OG DBW (2021).

Delegation eine Hotline eingerichtet, die den Unternehmen rund um die Uhr zur Verfügung steht, um die zahlreichen Fragen zu beantworten.<sup>244</sup>

Die Delegation hilft also Bayern dabei, seine wirtschaftlichen Beziehungen zu Tschechien zu realisieren und ein grenzübergreifendes Wirtschaftsnetz zu unterstützen und zu verdichten. Bezüglich der Aktivitäten der Delegation stellte Herr Bauer klar, dass die Delegation nicht politisch sondern rein wirtschaftlich aktiv ist,

d. h. wir fördern die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern, zwischen Bayern und Tschechien, auf wirtschaftliche Ebene. Wir identifizieren die aktuellen Themen, die aktuellen Zukunftsthemen, die wichtig sind in der Zusammenarbeit, um diesen Austausch zwischen Bayern und Tschechien zu fördern und weiter auszubauen. Das ist unsere Aufgabe. Wir sind kein Teil einer Außenpolitik, sondern rein wirtschaftlich bezogen.<sup>245</sup>

#### 2.4.4 Die Bayerisch-Tschechische Hochschulagentur

Wie im politischen und wirtschaftlichen Bereich ist es auch im akademischen Bereich wichtig, die bayerisch-tschechischen Beziehungen zu pflegen. Die zentrale Organisation für die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Bayern und Tschechien im Bereich Hochschulwesen und Wissenschaft ist das *Bayerische Hochschulzentrum für Mittel-, Ost- und Südosteuropa* (BAYHOST).

BAYHOST unterstützt den wissenschaftlichen Austausch und die institutionelle Zusammenarbeit zwischen Bayern und den mittel-, ost- und südeuropäischen Ländern. Die Institution setzt sich für die Gewinnung hochqualifizierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem östlichen Europa zu Gastaufenthalten in Bayern ein und versucht auch Fachkräfte aus dem wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Sektor anzuwerben. BAYHOST hilft dabei, Kontakte zwischen den genannten Länder und Bayern zu knüpfen und zu pflegen. Zu den weiteren Aufgaben gehört die Förderung der Studierendenmobilität, die Vermittlung von Praktika im Rahmen des bayerisch-tschechischen Areals und die Informationsfunktion.<sup>246</sup>

Die Mitarbeiter des *Bayerischen Hochschulzentrum für Mittel-, Ost- und Südosteuropa* kennen sich gut im Bereich Hochschulwesen aus. Sie verfügen über landeskundliche Kenntnisse, sprachlichen Kompetenzen und dank der Partnerschaften mit verschiedenen Hochschulen haben sie Zugang zu aktuellen Informationen in der jeweiligen Hochschullandschaft.<sup>247</sup> BAYHOST orientiert sich in den Hochschulsystemen

---

<sup>244</sup> Vgl. Ebd.

<sup>245</sup> Ebd.

<sup>246</sup> Vgl. UR (2019).

<sup>247</sup> Vgl. Ebd.

der Partnerländern und sammelt Informationen über Fachkompetenzen und wissenschaftliche Profile der kooperierenden Institutionen. Das Bayerische Hochschulzentrum ist gut über politische und wirtschaftliche Aktualitäten informiert und kennt sich in den gesellschaftlichen und kulturellen Besonderheiten der Partnerländer aus.<sup>248</sup> Diese Kompetenz ermöglicht es, Missverständnisse bei der Kommunikation zwischen den Ländern zu vermeiden. Dabei hilft auch die umfangreiche Sprachkompetenz der Mitarbeiter von BAYHOST. Diese beherrschen schriftlich und mündlich folgende Sprachen: Bosnisch/Kroatisch/Serbisch, Polnisch, Rumänisch, Russisch und Tschechisch.<sup>249</sup>

Konkret auf die Zusammenarbeit Bayerns mit der Tschechischen Republik spezialisiert sich ein relativ neues Projekt, das im Rahmen der grenzüberschreitenden Aktivitäten von BAYHOST entstanden ist.<sup>250</sup>

Die Bayerisch-Tschechische Hochschulagentur wurde auf der Grundlage des Entwicklungsgutachtens für den bayerisch-tschechischen Grenzraum aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat ins Leben gerufen und wird ab 2021 vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst getragen, in dessen fachlicher Zuständigkeit die BTHA aufgebaut wurde. Die BTHA arbeitet im Auftrag des StMWK und übernimmt auf der Arbeitsebene auch einige Aufgaben, die mit bilateral abgeschlossenen Vereinbarungen dem StMWK zufallen.<sup>251</sup>

Die Projektmanagerin, Radka Bonacková, teilte in einem schriftlichen Interview, geführt am 23.6.2021, Informationen zur Struktur der BTHA, ihren Aufgaben und Tätigkeitsbereichen mit. Zugleich beantwortete sie auch die ganz aktuelle Frage, wie die Arbeit der BTHA von der gegenwärtigen Corona-Pandemie beeinflusst wurde.

Strukturell betrachtet ist die Bayerisch-Tschechische Hochschulagentur in BAYHOST eingegliedert und erfüllt die Funktion des zentralen Ansprechpartners für alle Belange in der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Bayern und Tschechien im Bereich Hochschulwesen und Wissenschaft. Als Informations- und Kontaktstelle steht sie Lehrenden, Forschenden, Vertretern des Hochschulmanagements sowie Studierenden als Ansprechpartner zur Verfügung.<sup>252</sup>

Außer der Projektmanagerin bilden das Team der BTHA noch eine Referentin für Studienprogramme, eine Sekretärin und in der Regel zwei wissenschaftlichen Hilfskräfte.

---

<sup>248</sup> Vgl. Ebd.

<sup>249</sup> Vgl. Ebd.

<sup>250</sup> Vgl. BTHA (2021).

<sup>251</sup> SI BTHA (2021).

<sup>252</sup> Vgl. Ebd.

Damit das Team auch grenzüberschreitend agieren kann, ist es fähig auf Deutsch, Tschechisch und Englisch zu kommunizieren.<sup>253</sup>

Alle wesentlichen Entscheidungen werden von zwei Gremien getroffen bzw. genehmigt, die für BAYHOST und die BTHA zuständig sind und durch Vertreter von Universitäten, Hochschulen, Kunstakademien und wissenschaftlichen Einrichtungen, des StMWK, des Studentenwerks Niederbayern/Oberpfalz, des DAAD und weiterer (über)regionalen Organisationen besetzt werden.<sup>254</sup>

Die Bayerisch-Tschechische Hochschulagentur erfüllt in ihrem Tätigkeitsbereich zahlreiche Aufgaben.: „Die BTHA unterstützt die Internationalisierung der bayerischen Hochschulen in Bezug auf Tschechien. Sie berät die bayerischen Hochschulen zur tschechischen Hochschul- und Forschungslandschaft und stellt ihnen geeignete Informationen über sie zur Verfügung.“<sup>255</sup> Dazu gehört auch die Herstellung der Kontakte zu geeigneten Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Tschechien, die Begleitung neuer Kooperationen und die Beratung bei der Entwicklung gemeinsamer Programme.<sup>256</sup>

„Sie berät die bayerischen Hochschulen über ihre eigenen Förderprogramme und führt diese an Förderprogramme anderer Einrichtungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene heran sowie an Förderprogramme, die von der tschechischen Seite angeboten werden.“<sup>257</sup>

Diesbezüglich steht die BTHA im Kontakt mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport der Tschechischen Republik und der Bayerischen Forschungsallianz sowie geeigneten Beratungsstellen, wenn es sich um die Hinführung an EU-Förderprogramme handelt.<sup>258</sup>

Die BTHA pflegt Kontakte zu 25 öffentlichen sowie einigen privaten Hochschulen in Tschechien, angeführt durch die Karls-Universität und die Masaryk-Universität, aber auch zu zahlreichen Forschungsinstituten der renommierten Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik und zu den modernen, praxisorientierten Forschungseinrichtungen an den Universitäten in Prag, Brünn, Ostrau, Pilsen und Budweis. Die Kontaktpflege dient dazu, Kooperationsvorschläge von tschechischer Seite zu generieren und Informationen zu Projekten zu erschließen, die in Tschechien initiiert werden und an denen sich bayerische Hochschulen als Partner, z.B. in Konsortien für EU-Projekte, beteiligen können.<sup>259</sup>

Darüber hinaus verfügt die BTHA über eigene Stipendien- und Förderprogramme, die sie zur Unterstützung verschiedener grenzüberschreitender Projekte in Forschung und Lehre sowie Mobilitäten und studentischer Aufenthalte an bayerischen und tschechischen Hochschulen verwendet.<sup>260</sup>

---

<sup>253</sup> Vgl. Ebd.

<sup>254</sup> Ebd.

<sup>255</sup> Ebd.

<sup>256</sup> Vgl. Ebd.

<sup>257</sup> Ebd.

<sup>258</sup> Vgl. SI BTHA (2021).

<sup>259</sup> Ebd.

<sup>260</sup> Vgl. Ebd.

In den Jahren 2016–2020 vergab die Agentur über 260 Stipendien für Studienaufenthalte, Sommerschulen und Praktika in beiden Ländern. An den seit 2016 von der BTHA geförderten 221 Projekten nahmen fast 7.700 Studierende, Lehrende und Forschende teil.<sup>261</sup>

In dieser Periode organisierte die BTHA zahlreiche grenzüberschreitende Veranstaltungen. Dazu gehören z. B. große Hochschulforen, regelmäßige Vernetzungstreffen von Hochschulrektoren, zielgruppenorientierte Infoveranstaltungen oder Messestände, Präsentationen und Arbeitstreffen an Hochschulen und bei Kooperationspartnern in Bayern und Tschechien. Die Corona-Pandemie, die seit Februar 2020 die Welt prägt, und die damit verbundenen Maßnahmen und Verordnungen beeinflussten die bayerisch-tschechische Kooperation auch im Hochschulbereich.<sup>262</sup> Auch die BTHA musste sich an diese Situation anpassen.

Die BTHA wirkte diesem gleich im Sommer 2020 mit zwei Sonderabschreibungen zu digitalen Projekten in Forschung und Lehre sowie zu bayerisch-tschechischen Forschungsprojekten zur Covid-19-Pandemie und deren Folgen entgegen. Die Stipendien- und Förderprogramme wurden zudem weitmöglichst flexibilisiert, sodass beispielsweise Stipendien für die Teilnahme an Online-Sommerschulen (ohne reale Mobilität) erteilt werden konnten.<sup>263</sup>

Auf ihren Webseiten verlinkte die Agentur auch zu aktuellen Informationen der deutschen und tschechischen Ministerien, Gesundheitsämter und Landesvertretungen. Dazu informierte sie über Online-Veranstaltungen im Hochschulbereich, die auf beider Seiten der Grenze angeboten wurden. Wegen der Pandemie musste auch die größte für das Jahr 2020 geplante Veranstaltung abgesagt werden, und zwar das 5. Bayerisch-Tschechische Hochschulforum. Die Agentur nutzte aber diese Zeit und entwickelte und veröffentlichte für die zweisprachigen Internetseiten der BTHA neue öffentlichkeitswirksame Formate zur Vernetzung und Information im Hochschulbereich.<sup>264</sup>

- animierte Numbercloud mit Ergebnissen der BTHA aus den Jahren 2016–2020 (GIF-Image, Deutsch/Tschechisch)
- Online-Interviews mit vier bayerischen Projektleitern der von BTHA geförderten Projekte und ihren tschechischen Partnern zur Entstehung der Zusammenarbeit, zu Vorteilen und Hürden der grenzüberschreitenden Kooperation und zu weiteren gemeinsamen Planungen (MP4-Format, OmU, Deutsch/Tschechisch)
- 25 Projektposter mit allgemein verständlichen zweisprachigen Informationen zum geförderten Projekt, den beteiligten Projektpartnern und den bisherigen Projektergebnissen (PDF, Deutsch/Tschechisch bzw. Deutsch/Englisch)<sup>265</sup>

Einer der Ziele der BTHA ist auch, die Lücken in den Kenntnissen der Bewohner Bayerns über sein Nachbarland zu schließen, denn viele bayerische Studierende, aber auch

---

<sup>261</sup> Ebd.

<sup>262</sup> Vgl. Ebd.

<sup>263</sup> Ebd.

<sup>264</sup> Vgl. SI BTHA (2021).

<sup>265</sup> Ebd.

Wissenschaftler wissen nur wenig über Tschechien und über die Möglichkeiten im Bereich Hochschulwesen oder Wissenschaft, die Tschechien anbietet. Sonst betonte Radka Bonacková, dass sich Tschechien und Bayern aufgrund der rund 120 Hochschulpartnerschaften und einer Vielzahl gemeinsamer Forschungsprojekte in allen Fachrichtungen im wissenschaftlichen Bereich sehr gut ergänzen, besonders auf den Feldern der Nanotechnologie und Neuen Materialien, der Medizin und der Gesundheitswissenschaften, der Energietechnik und IT. Weiter teilte sie mit, dass Tschechien und Bayern als Nachbarländer gemeinsame Herausforderungen bevorstehen:<sup>266</sup>

Die tschechischen und bayerischen Hochschulen, die komplementäre Kompetenzen und technische Ausstattung besitzen, können zur Lösung der gemeinsamen Herausforderung beitragen und die ausgeprägte wirtschaftliche Zusammenarbeit durch die Ergebnisse ihrer Forschung und die Ausbildung von Fachkräften weiter befördern.<sup>267</sup>

Es ist offensichtlich, dass die Bayerisch-Tschechische Hochschulagentur einen großen Beitrag zu den Beziehungen zwischen Bayern und Tschechien leistet. Die Vertiefung der grenzübergreifenden Vernetzung in der akademischen und wissenschaftlichen Landschaft entspricht auch den Zielen der EU. Die BTHA bereichert und pflegt mit ihrer Arbeit die Außenbeziehung Bayerns zur Tschechischen Republik, aber da das Feld des Hochschulwesens und der Wissenschaft zu den Kompetenzen der Bundesländer gehört, greift Bayern über diese Institution nicht in Bundeskompetenzen ein.<sup>268</sup> Dies bestätigte auch Radka Bonacková:

Damit überschneidet sich die Arbeit der BTHA nicht mit den Kernthemen der bundesdeutschen Außenpolitik [...]. Vielmehr unterstützt die Bayerisch-Tschechische Hochschulagentur durch ihre Arbeit im Auftrag des StMWK die „dritte Säule der deutschen Außenpolitik“ im Bereich der Wissenschaft, der Hochschulbildung und des akademischen Austausches [...] auf der Landesebene im Hinblick auf die lange gemeinsame Grenze zum Nachbarland Tschechien mit ihren grenzregionalen Schwerpunkten. In der Bundesrepublik Deutschland ist Bildung bekanntlich Ländersache, die Hochschulbildung und die Wissenschaft tragen jedoch zugleich mitentscheidend zur internationalen und europäischen Zusammenarbeit bei.<sup>269</sup>

### **3. Fazit**

Aufgrund der Fakten, die in der vorliegenden Diplomarbeit beschrieben wurden, lässt sich Folgendes feststellen: Die Anknüpfung von Kontakten zu anderen Staaten, der Abschluss internationaler Verträge, die Pflege transnationaler Handelsbeziehungen, die

---

<sup>266</sup> Vgl. Ebd.

<sup>267</sup> Ebd.

<sup>268</sup> Vgl. Ebd.

<sup>269</sup> SI BTHA (2021).

grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Regionen, grenzübergreifende Gemeinde- und Städtepartnerschaften oder Partnerschaften zwischen Bildungs- und Forschungsinstitutionen – all diese Maßnahmen können als auswärtige Aktivitäten betrachtet werden. Und gerade diese tragen dazu bei, gute diplomatische Außenbeziehungen zwischen Ländern zu erhalten, die für die Stabilität eines Staates in der globalisierten Welt unverzichtbar sind, denn sie haben maßgeblichen Einfluss auf die Sicherheit, die wirtschaftliche Entwicklung oder die Entwicklung von Wissenschaft, Forschung u. a. Die große Bedeutung der Außenpolitik kann demzufolge nicht in Frage gestellt werden. Sie gehörte und gehört immer noch offiziell zu den ausschließlichen Zuständigkeiten der obersten staatlichen Regierungsebenen, im Falle Deutschlands zum Kompetenzbereich des Bundes. Diesbezüglich kam es allerdings infolge globaler Entwicklungstrends zu gewissen Verschiebungen. Die Globalisierung, die Integration der Bundesrepublik in die Strukturen der EU und weiterer Organisationen haben die Entstehung neuer bzw. andersartiger internationaler Interdependenzen verursacht, und zwar nicht nur auf der Ebene des Bundes, sondern auch auf der Ebene der Regionen und Kommunen. Das bedeutet, dass das innenpolitische Handeln auf allen Ebenen auch die Außenpolitik beeinflusst. Da sich diese Abhängigkeiten nicht von der staatlichen Politik trennen lassen, ist die Außenpolitik nicht mehr so klar von der Innenpolitik geschieden wie früher. Dies ändert nichts an der Tatsache, dass die Außenpolitik zu den ausschließlichen Bundeskompetenzen gehört, die Bundesländer bzw. andere substaatliche Akteure sind allerdings daran beteiligt.

Im Rahmen des deutschen Föderalismus und auch im Rahmen der EU haben die Bundesländer das Recht, an der Europapolitik (für die Bundesländer handelt es sich dabei um Außenpolitik) mitzuwirken. Sie können hierfür mehrere Kanäle nutzen. Zu den einflussreichsten zählt man den Bundesrat (in Kooperation mit der Bundesregierung), die Ländervertretungen bei der EU oder den Ausschuss der Regionen. Gleichzeitig bietet auch das deutsche Rechtssystem Deutschlands den Bundesländern bestimmte Möglichkeiten, die deutsche auswärtige Politik zu beeinflussen sowie eine eigene Außenpolitik auf Landesebene zu betreiben, wie in der vorliegenden Diplomarbeit festgestellt werden konnte.

Der Freistaat Bayern demonstriert besonders anschaulich, wie die Bundesländer diese Möglichkeiten zu ihren Gunsten nutzen können, besonders was die eigene Außenpolitik betrifft. Zum einen ist der bayerische Ministerpräsident dazu berechtigt, Bayern nach

Außen zu vertreten (Art 47 Abs. 3 BV)<sup>270</sup>. Und da er zum anderen über das Recht verfügt, die Richtlinien der Politik in Bayern zu bestimmen (Art 47 Abs. 2 BV)<sup>271</sup> und jedem Staatsminister seinen Geschäftsbereich oder Sonderaufgabe zuzuweisen (Art 50 BV),<sup>272</sup> lässt sich ein bayerisches Staatsministerium für Europaangelegenheiten und Internationales, dem die Pflege der Beziehungen Bayerns nach Außen obliegt, begründen. So lässt sich feststellen, dass es eine rechtliche Grundlage dafür gibt, dass Bayern seine eigenen Außenbeziehungen pflegen und seine Interessen im Ausland vertreten darf.

Wie in der vorliegenden Arbeit gezeigt wurde, unterhält Bayern verschiedene Büros im Ausland, um seine Interessen in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Bildung, Kultur und Wissenschaft vertreten zu können und um die Beziehungen zu bestimmten Ländern zu intensivieren. Es handelt sich um ressortübergreifende Repräsentanzen, Wirtschaftsbüros und weitere Organisationen bzw. Stiftungen. Alle diese Einrichtungen werden von der bayerischen Staatsregierung bzw. der Staatskanzlei koordiniert, deren Hauptziel die Internationalisierung Bayerns ist.

Die Art und Weise, wie Bayern seine Außenbeziehungen pflegt, ähnelt teilweise der auswärtigen Politik des Bundes. Aber sie erfüllt nicht alle formalen Kriterien der bundesstaatlichen Außenpolitik: Bayern darf etwa keine internationalen Verträge ohne Zustimmung der Bundesregierung abschließen oder Pässe bzw. Visa ausstellen. Aufgrund der gesichteten Fakten kann man nicht behaupten, dass Bayern bezüglich der Außenpolitik in die Bundeskompetenzen eingreifen würde. In der vorliegenden Arbeit konnte sogar belegt werden, dass das deutsche föderale und das europäische System dem Freistaat ermöglichen, ein Netz von Kontakten zu anderen Staaten zu knüpfen und diese Beziehungen auf der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder akademischen Ebene zu vertiefen. Dies steht auch durchaus im Einklang mit einigen Zielen der EU, und zwar mit der Integration der Staaten, der gegenseitigen territorialen Kooperation und der Überwindung der Bedeutung von Grenzen trennende Demarkationslinien. Die subnationale Außenpolitik, die auch als Paradiplomatie bezeichnet wird, ist ebenfalls verfassungsmäßig gestattet.

Die Außenpolitik Bayerns besteht in der Pflege der Beziehungen zu anderen Ländern. Das auswärtige Engagement des Bundeslandes dient a priori den eigenen Landesinteressen. Zugleich repräsentiert Bayern im Ausland vorwiegend sich selbst und

---

<sup>270</sup> Vgl. Art 47 BV.

<sup>271</sup> Vgl. Ebd.

<sup>272</sup> Vgl. Art 50 BV.

nicht unbedingt die ganze Bundesrepublik. Trotzdem beeinflusst Bayern mit seinem Agieren im Ausland auch das Wahrnehmen Deutschlands von anderen Ländern, denn Bayern ist ein Teil Deutschlands. Aus diesem Grund, würde ich sagen, stellt die bayerische Staatskanzlei auf ihren Internetseiten klar, dass Bayern mit seinem Agieren im Ausland die bundesdeutsche Außenpolitik bereichert und ergänzt. Es bleibt nur die Frage offen, warum es die Bundesaußenpolitik nötig habe, bereichert oder ergänzt zu werden. Wird hier angedeutet, dass sie Defizite aufweise, dass ihr etwas ‚fehle‘? Vielleicht ist Bayern bzw. die bayerische Staatsregierung davon überzeugt, dass die auswärtige Politik des Bundes die Landesinteressen Bayerns nicht ausreichend berücksichtigen könne, weshalb sich Bayern selbst engagieren müsse. Auf der anderen Seite wird in der Arbeit darauf hingewiesen, dass die Pflege der Außenbeziehungen in Bayern eine lange Tradition hat und spätestens seit der Ära Strauß einen wichtigen Teil der bayerischen Landespolitik bildet. Diese lässt sich auf die ausgeprägte bayerische Identität und die Eigenständigkeitsbestrebungen, die seit der Regierung der Agilolfinger im 8. Jahrhundert belegt ist, zurückführen. Das Bedürfnis, als ‚Eigenständiger Staat‘ aufzutreten, und zugleich über die Rechte eines souveränen Staates zu verfügen, zu welchen auch das Recht auf eine eigene Außenpolitik gehört, ist in den bayerischen Bürgern und in ihre Geschichte tief verwurzelt.

Das auswärtige Agieren Bayerns vollzieht sich nicht im Geheimen. In Medienberichten etwa kommt der Begriff ‚Außenpolitik Bayerns‘ häufig vor, diese wird allerdings oft kritisiert. Ich bin demgegenüber der Meinung, dass Bayern anschaulich demonstriert, wie und unter welchen Bedingungen die deutschen Bundesländer ihre eigene auswärtige Politik betreiben dürfen, ohne in die Bundeskompetenzen einzugreifen. Für andere Bundesländer kann Bayern insofern gewissermaßen als Vorbild oder Inspiration dienen, gesetzt dem Fall, dass auch sie ihre Interessen im Ausland vertreten wollten. Nicht zuletzt muss auch darauf hingewiesen werden, dass Bayern im Rahmen Deutschlands über bestimmten Vorteile verfügt, die ihm das Betreiben einer eigenen Außenpolitik erleichtern. Eine besondere Rolle spielen hierbei z. B. seine territoriale Größe, geographische Lage, lange staatliche Geschichte, sein Selbstbewusstsein und die damit verbundene bayerische Identität, seine exklusive politische Partei CSU und nicht in zuletzt auch die außergewöhnlichen prägnanten politischen Persönlichkeiten, die an der Spitze des Bundeslandes standen oder stehen.

Was die Beziehungen zwischen Bayern und der Tschechischen Republik betrifft, auf die im letzten Teil der Arbeit der Fokus gelegt wurde, kann auf Grundlage der

gewonnenen Erkenntnisse bestätigen, dass sie sich auf einem sehr guten Niveau befinden. Gleichzeitig ist unverkennbar, dass beide Seiten den gemeinsamen nachbarschaftlichen Beziehungen ein großes Wert zuschreiben. Daneben stellt das bayerisch-tschechische zwischenstaatliche Verhältnis ein gutes Beispiel dafür dar, wie die Pflege der Außenbeziehungen Bayerns in der Praxis aussehen kann: Schon seit 10 Jahren finden Konsultationen statt, bei denen sich die Regierungschefs beider Länder treffen, um die aktuelle Situation, den Zustand der gegenseitigen Beziehungen und der Kooperation zu bewerten und die Vorstellungen über die weitere Entwicklung und der Erreichung gemeinsamer Ziele zu besprechen. Die Eröffnung der Bayerischen Repräsentanz in der Tschechischen Republik im Jahre 2014 hat die Beziehungen einen weiteren großen Schritt nach voran gebracht. Die Repräsentanz kümmert sich um die Organisation verschiedener Veranstaltungen, pflegt die politischen Kontakte, vermittelt tschechischen Bürgern und Bürgerinnen Informationen über Bayern und informiert genauso die Bayerische Staatsregierung über die politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Entwicklungen in der Tschechischen Republik. Speziell die Wirtschaftsbeziehungen pflegt hingegen die Delegation der Bayerischen Wirtschaft, die in der DTIHK angesiedelt ist. Sie fungiert vorwiegend als Vermittlungsinstanz, die bayerischen Unternehmen vor Ort beim Eintritt in den tschechischen Markt hilft. Zugleich informiert sie die Unternehmer, Investoren und weitere über die wirtschaftliche Situation, Investitionsmöglichkeiten und hilft bei der Anbahnung neuer Kooperationen. Die letzte Institution, die in der Arbeit beschrieben wurde, ist die Bayerisch-Tschechische Hochschulagentur, die sich, als Projekt von BayHost, um die Verflechtung Bayerns und Tschechiens auf dem Feld der Wissenschaft und des Hochschulwesens bemüht. Sie berät über Studien- und Stipendienangebote sowie über wissenschaftliche Möglichkeiten auf beiden Seiten, hilft bei der Einrichtung von Partnerschaften zwischen den Hochschulen und fördert u. a. studentische Aufenthalte im jeweiligen Nachbarland, z. B. Im Rahmen des Besuchs von Sommerschulen. Es ist offensichtlich, dass Bayern an seinen Beziehungen zur Tschechischen Republik sehr gelegen ist. Bayern und Tschechien sind v. a. im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und akademischen Bereich eng verflochten und die beschriebenen Einrichtungen, aber auch andere, die in der Arbeit nicht erwähnt werden konnten, zeigen ein großes Bemühen, diese Verbindung in der Zukunft noch zu vertiefen, denn die gegenwärtige Corona-Pandemie hat auch ein Verbesserungspotenzial der bilateralen Beziehungen aufgedeckt.



## **SCHLUSSWORT**

Die Autorin der vorliegenden Diplomarbeit beschäftigte sich mit der Frage, ob Bayern seine eigene Außenpolitik betreibt. Sie hat die Position Bayerns im Rahmen des föderalistischen System Deutschlands und im Rahmen der Struktur der Europäischen Union beschrieben und stellte fest, dass die Eingliederung in diese Systeme Bayern gewisse Möglichkeiten gewährleistet, um die bundesdeutsche Außenpolitik und Europapolitik zu beeinflussen. Darüber hinaus wird Bayern durch das deutsche Rechtssystem ein bestimmter Freiraum zur Verfügung gestellt, um seine Interessen im Ausland zu Vertreten und seine Außenbeziehungen zu pflegen. Bayern nutzt diese Möglichkeiten aus und treibt seine eigene Außenpolitik auf der Landesebene mit Hilfe von Auslandsrepräsentanzen, Wirtschaftsbüros oder weiteren Organisationen und Stiftungen usw.

Die Außenbeziehungen Bayerns zur Tschechischen Republik sind für beide Seiten von besonderem Wert. Daneben stellt das bilaterale Verhältnis ein gutes Beispiel dafür dar, wie die Pflege der zwischenstaatlichen Beziehungen in der Praxis aussehen kann, wie in der Arbeit herausgefunden wurde. Sowohl die bayerische und tschechische Regierung als auch die in der Arbeit erwähnten Einrichtungen tragen dazu bei, um die schon sehr guten Beziehungen zwischen Bayern und Tschechien insbesondere im politischen, wirtschaftlichen und akademischen Bereich noch zu intensivieren und weiterzuentwickeln.

## RESÜMEE

Die vorliegende Diplomarbeit, die den Titel *Wirtschaftliche, akademische und politische Repräsentanzen: Konturen der bayerischen „Außenpolitik“* trägt, beschäftigt sich mit der Frage, ob Bayern seine eigene Außenpolitik betreibt. Es wird vorausgesetzt, dass die außenpolitische Aktivitäten durch verschiedene Einrichtungen oder Repräsentanzen verwirklicht werden.

Die Arbeit ist in zwei Hauptteilen gegliedert. Zunächst konzentriert sich die Autorin auf das Spezifizieren der Position des Bundeslandes Bayern im Rahmen des deutschen Föderalismus und im Rahmen der Europäischen Union. Zugleich widmet sie sich da allgemein der Außenpolitik, als ausschließlicher Kompetenz des Bundes.

Außerdem, dass Bayern die Möglichkeiten, die ihm die Eingliederung in den erwähnten Strukturen gewährleistet, um die deutsche Außenpolitik sowie die Europapolitik beeinflussen zu können, ist der Freistaat auch auf der Landesebene außenpolitisch aktiv. In der Diplomarbeit stellt allerdings die Autorin fest, dass das deutsche Rechtssystem stellt Bayern gewissen Freiraum zur Verfügung, um seine eigenen Interessen im Ausland zu vertreten und die Beziehungen zu anderen Staaten zu pflegen, ohne die Bundeskompetenzen einzugreifen.

Anhand der Beziehungen zwischen Bayern und der Tschechischen Republik wird in der letzten Teil der Arbeit die Praxis des außenpolitischen Handelns Bayern beschrieben. Die Aufmerksamkeit wird auf drei ausgewählten Einrichtungen, die sich dieser Aufgabe widmen, und auf ihre Tätigkeit gerichtet. Es handelt sich um *Bayerische Repräsentanz in Prag*, *Delegation Bayerischer Wirtschaft* und *Bayerisch-Tschechische Hochschulagentur*. Als Informationsquellen zur einzelnen Einrichtungen wurden ihre offiziellen Internetseiten sowie die Interviews, die die Verfasserin der Arbeit mit den Vertretern der Einrichtungen durchgeführt hat.

## RESUMÉ

Předkládaná diplomová práce, která nese název *Hospodářská, akademická a politická zastoupení: Kontury bavorské „zahraniční politiky“*, se zabývá otázkou, zda Bavorsko provozuje vlastní zahraniční politiku. Předpokladem je, že tak činí pomocí různých institucí či zastoupení.

Práce je rozdělena do dvou hlavních částí. Nejprve se autorka zaměřuje na upřesnění pozice spolkové země Bavorsko v rámci federálního systému Spolkové republiky Německo a v rámci struktury Evropské unie. Zároveň se v této části věnuje obecně zahraniční politice, jakožto výlučné kompetenci náležící spolkům.

Kromě toho, že Bavorsko účelně využívá možností ovlivnit německou zahraniční politiku a také evropskou politiku, které mu poskytuje začlenění do jmenovaných struktur, je zároveň aktivní v zahraniční politice na zemské úrovni. V diplomové práci autorka ovšem došla k závěru, že právní systém Německa Bavorsku poskytuje určitý prostor na zastupování vlastních zájmů v zahraničí a udržování vztahů se zahraničními zeměmi, aniž by zasahovalo do kompetencí spolků.

Na příkladě vztahů mezi Českou republikou a Bavorskem je v závěrečné části popsáno, v čem spočívá udržování a rozvíjení zahraničních vztahů v praxi. Pozornost je zaměřena na tři vybrané instituce, které se tomuto účelu věnují, a jejich činnost. Jedná se o *Bavorské zastoupení v Praze, Delegaci bavorského hospodářství a Česko-bavorskou vysokoškolskou agenturu*. Jako zdroje informací o činnosti institucí byly kromě oficiálních webových stránek využity také rozhovory, které autorka provedla s představiteli jednotlivých institucí.

## Quellenverzeichnis

### - Gedruckte Quellen

Budich, Katja: (2013). Lordsiegelbewahrer des Föderalismus: Bayern im Bund und in Europa. - In: Glaab, Manuela; Weigl, Michael (Hrsg.): *Politik und Regieren in Bayern*. Springer VS Wiesbaden, 201-217.

Novotný, Lukáš: (2012). *Stručná historie států: Bavorsko*. Libri, Praha.

Roth, Rainer: (2008). *Politische Landeskunde. Freistaat Bayern*. Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. München.

Rudzio, Wolfgang: (2015). *Das politische system der Bundesrepublik Deutschland*. Springer Fachmedien Wiesbaden.

### - Internetquellen

AA (2019a): Auswärtiges Amt. Anschrift und Erreichbarkeit. URL <<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aamt/zugastimaa/erreichbarkeit-node>> [Stand: 15.6.2021]

AA (2019b): Auswärtiges Amt. Der Auswärtige Dienst: Aufgaben. URL <<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aamt/auswdienst/aufgaben-node?openAccordionId=item-214924-0-panel>> [Stand: 16.6.2021]

AA (2019c): Auswärtiges Amt. Botschaften. URL <<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aamt/auslandsvertretungen-node/botschaften/217690>> [Stand: 16.6.2021]

AA (2019d): Auswärtiges Amt. Generalkonsulate und Konsulate. URL <<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aamt/auslandsvertretungen-node/konsulate/217692>> [Stand: 16.6.2021]

AA (2019e): Auswärtiges Amt. Ständige Vertretung. URL <<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aamt/auslandsvertretungen-node/staendige-vertretungen/217694>> [Stand: 16.6.2021]

AA (2019f): Auswärtiges Amt. Honorarkonsuln. URL <<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aamt/auslandsvertretungen-node/honorarkonsuln/217698>> [Stand: 16.6.2021]

AA (2021a): Auswärtiges Amt. Die Leitung. URL <<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aamt/leitung>> [Stand: 15.6.2021]

AA (2021b): Auswärtiges Amt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. URL <<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aamt/leitung>> [Stand: 15.6.2021]

AA (2021c): Auswärtiges Amt. Koordinatoren und Beauftragte. URL <<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aamt/koordinatoren>> [Stand: 15.6.2021]

AA (2021d): Auswärtiges Amt. Auslandsvertretungen. URL  
<<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aamt/auslandsvertretungen-node>> [Stand: 15.6.2021]

APB (2014): Akademie für politische Bildung Tutzing. Bayerische Außen-Politik. URL  
<[https://www.apb-tutzing.de/news/2014/bayerische-aussenpolitik.php?fbclid=IwAR1PFcRtbCUJvn5odS772Q2CFspBXoWS5\\_4Wp6g0EAiZ1YiziXRM675lX-E](https://www.apb-tutzing.de/news/2014/bayerische-aussenpolitik.php?fbclid=IwAR1PFcRtbCUJvn5odS772Q2CFspBXoWS5_4Wp6g0EAiZ1YiziXRM675lX-E)> [Stand: 10.7.2021]

BI (2021): Bayern International. Über uns. URL  
<<https://www.bayern-international.de/wir-ueber-uns>> [Stand: 10.8.2021]

BIn (2021): Bayern Innovativ. Über uns. URL  
<<https://www.bayern-innovativ.de/ueber-uns/ueber-bayern-innovativ>> [Stand: 10.8.2021]

BL (2021): Bayerischer Landtag. Aufgaben des Landtags. URL  
<<https://www.bayern.landtag.de/parlament/aufgaben-des-landtags/>> [Stand: 18.6.2021]

BPB (2011): Bundeszentrale für politische Bildung. Bundesstaat. URL  
<<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16355/bundesstaat>> [Stand: 20.2.2021]

BPB (2013a): Bundeszentrale für politische Bildung. Zusammenarbeit im deutschen Föderalismus. URL  
<<https://www.bpb.de/izpb/159339/zusammenarbeit-im-deutschen-foederalismus>> [Stand: 20.2.2021]

BPB (2013b): Bundeszentrale für politische Bildung. Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Außenpolitik. URL  
<<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/201984/aussenpolitik>> [Stand: 15.6.2021]

BPB (2015): Bundeszentrale für politische Bildung. Subsidiarität als Kompetenzregel im deutschen Föderalismus. URL  
<<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/201984/aussenpolitik>> [Stand: 15.6.2021]

BPB (2019): Bundeszentrale für politische Bildung. Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern bei der Gesetzgebung. URL  
<<https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-demokratie/39356/kompetenzverteilung>> [Stand: 20.2.2021]

BPB (2020a): Bundeszentrale für politische Bildung. Mehrebenensystem. URL  
<<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17835/mehrebenensystem>> [Stand: 20.2.2021]

BPB (2020b): Bundeszentrale für politische Bildung. Politikverflechtung. URL  
<<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18023/politikverflechtung>> [Stand: 20.2.2021]

- BPB (2020c): Bundeszentrale für politische Bildung. Außenpolitik. URL <<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17124/aussenpolitik>> [Stand: 20.2.2021]
- BPB (2020d): Bundeszentrale für politische Bildung. Europa der Regionen. URL <<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17431/europa-der-regionen>> [Stand: 10.7.2021]
- BR (2016): „Zu Europa gibt es keine Alternative“: Edmund Stoiber feiert 75. Geburtstag. In: Bayerischer Rundfunk, 28.9.2016. URL <<https://www.br.de/nachricht/edmund-stoiber-geburtstag102.html>> [Stand: 10.7.2021]
- BR (2021): Bundesregierung. Klare Zuständigkeiten. URL <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klare-zustaendigkeiten-449710>> [Stand: 15.6.2021]
- BRT (2021a): Bundesrat. Die Zusammensetzung des Bundesrates. URL <<https://www.bundesrat.de/DE/bundesrat/verteilung/verteilung-node.html>> [Stand: 21.6.2021]
- BRT (2021b): Bundesrat. Aufgaben. Gesetzgebung. URL <<https://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/gesetzgebung-node.html>> [Stand: 21.6.2021]
- BRT (2021c): Bundesrat. Aufgaben. Europa-Angelegenheiten. URL <<https://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/mitwirkung-eu/mitwirkung-eu-node.html>> [Stand: 21.6.2021]
- BRT (2021d): Bundesrat. Europakammer. URL <<https://www.bundesrat.de/DE/bundesrat/europakammer/europakammer-node.html>> [Stand: 21.6.2021]
- BS (2021a): Bayerische Staatsregierung. Kabinett. URL <<https://www.bayern.de/staatsregierung/kabinett/>> [Stand: 20.6.2021]
- BS (2021b): Bayerische Staatsregierung. Ministerpräsident. URL <<https://www.bayern.de/staatsregierung/ministerpraesident/>> [Stand: 20.6.2021]
- BS (2021c): Bayerische Staatsregierung. Staatskanzlei. Aufgaben und Organisation. URL <<https://www.bayern.de/staatskanzlei/aufgaben-und-organisation>> [Stand: 20.6.2021]
- BS (2021d): Bayerische Staatsregierung. Staatskanzlei. Bayern in Prag. URL <<https://www.bayern.de/staatskanzlei/bayern-in-prag/>> [Stand: 15.4.2021]
- BS (2021e): Bayerische Staatsregierung. Bayern in Berlin. URL <<https://www.bayern.de/staatskanzlei/bayern-in-berlin/>> [Stand: 20.6.2021]
- BS (2021f): Bayerische Staatsregierung. Bund und Europa. URL <<https://www.bayern.de/politik/bund-und-europa/>> [Stand: 25.6.2021]
- BS (2021g): Bayerische Staatsregierung. Staatsministerin Melanie Huml. URL <<https://www.bayern.de/staatskanzlei/staatsministerin-melanie-huml/>> [Stand: 25.6.2021]

- BS (2021h): Bayerische Staatsregierung. Bayern in Brüssel. URL  
<<https://www.bayern.de/staatskanzlei/bayern-in-bruessel/>> [Stand: 25.6.2021]
- BS (2021i): Bayerische Staatsregierung. Bayern in der Welt. URL  
<<https://www.bayern.de/staatskanzlei/bayern-in-der-welt/>> [Stand: 20.7.2021]
- BS (2021j): Bayerische Staatsregierung. Bayern in Kiew. URL  
<<https://www.bayern.de/staatskanzlei/bayern-in-kiew/>> [Stand: 26.7.2021]
- BS (2021k): Bayerische Staatsregierung. Bayern in Addis Abeba. URL  
<<https://www.bayern.de/staatskanzlei/bayern-in-addis-abeba/>> [Stand: 26.7.2021]
- BS (2021l): Bayerische Staatsregierung. Die Welt in Bayern. URL  
<<https://www.bayern.de/staatskanzlei/die-welt-in-bayern/>> [Stand: 26.7.2021]
- BS (2021m): Bayerische Staatsregierung. Pressemitteilungen. Erste Auslandsreise führt nach Prag / Bayerns Europaministerin Melanie Huml: „Tschechien ist enger und wichtiger Partner“. URL  
<<https://www.bayern.de/erste-auslandsreise-fuehrt-nach-prag-bayerns-europaministerin-melanie-huml-tschechien-ist-enger-und-wichtiger-partner/>> [Stand: 26.7.2021]
- BSPD (2021): BayernSPD Landtagsfraktion. Bayerisch-tschechische Beziehungen – das ist jetzt zu tun. In: Pressekonferenz mit Markus Rinderspacher, MdL, Vizepräsident des Bayerischen Landtags, europapolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. URL  
<<https://bayernspd-landtag.de/workspace/media/static/pk-rinderspacher-14-05-2021-609e4b039ef5f.pdf>> [Stand: 26.7.2021]
- BSWLE (2021k): Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie. Auslandsrepräsentanzen. URL  
<<https://www.stmwi.bayern.de/internationalisierung/aktiv-im-ausland/auslandsrepraesentanz/>> [Stand: 26.7.2021]
- BTHA (2021): Bayerisch-Tschechische Hochschulagentur. Über uns. URL  
<<https://www.btha.cz/de/ueber-uns>> [Stand: 22.4.2021]
- BTM (2021): Bayern Tourismus Marketing. Unternehmen BayTM. URL  
<<https://erlebe.bayern/service/unternehmen-baytm/>> [Stand: 26.7.2021]
- BV (2013): Verfassung des Freistaats Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl. S. 991, 992, BayRS 100-1-I), die zuletzt durch Gesetze vom 11. November 2013 (GVBl. S. 638, 639, 640, 641, 642) geändert worden ist. URL:  
<<https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayVerf-47>> [Stand: 6.8.2021]
- BWW (2021): Delegation der Bayerischen Wirtschaft in der Tschechischen Republik. Über uns. URL  
<<https://www.bavariaworldwide.de/tschechien/ueber-uns/>> [Stand: 18.4.2021]
- BWW (2021): Bavaria World Wide. Freistaat Bayern Bayerisches Büro in Israel. URL  
<<https://www.bavariaworldwide.de/israel/home/>> [Stand: 26.7.2021]
- CB (2004): Heilmittel ‚Paradiplomatie‘. In: Cafebabel. URL  
<<https://cafebabel.com/de/article/heilmittel-paradiplomatie-5ae0049af723b35a145dad74/>> [Stand: 20.7.2021]

CSU (2021): CSU. Geschichte: Die 2000er: CSU. URL  
<<https://www.csu.de/partei/geschichte/die-2000er/>> [Stand: 10.7.2021]

DB (2016): Aktueller Begriff Industrie 4.0. In: Deutscher Bundestag. Wissenschaftliche Dienste Nr. 23/16, 26.9.2016. URL  
<<https://www.bundestag.de/resource/blob/474528/cae2bfac57f1bf797c8a6e13394b5e70/industrie-4-0-data.pdf>> [Stand: 10.8.2021]

DENIK (2014a): Do česko-německých vztahů se vrací normalita, píše v Německu. In: Deník, 4.7.2014. URL  
<[https://www.denik.cz/ze\\_sveta/nemecky-tisk-do-cesko-bavorskych-vztahu-se-vraci-normalita-20140704.html](https://www.denik.cz/ze_sveta/nemecky-tisk-do-cesko-bavorskych-vztahu-se-vraci-normalita-20140704.html)> [Stand: 27.7.2021]

DENIK (2014b): Bavorsko ještě letos otevře v Praze své zastoupení. In: Deník, 3.7.2014. URL  
<[https://www.denik.cz/z\\_domova/bavorsko-jeste-letos-otevre-v-praze-sve-zastoupeni-20140703.html](https://www.denik.cz/z_domova/bavorsko-jeste-letos-otevre-v-praze-sve-zastoupeni-20140703.html)> [Stand: 27.7.2021]

DESTATIS (2021): Statistisches Bundesamt. Europa: NUTS-Klassifikation. URL  
<[https://www.destatis.de/Europa/DE/Methoden-Metadaten/Klassifikationen/UebersichtKlassifikationen\\_NUTS.html](https://www.destatis.de/Europa/DE/Methoden-Metadaten/Klassifikationen/UebersichtKlassifikationen_NUTS.html)> [Stand: 18.7.2021]

DTIHK (2021a): Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer. Über uns. URL  
<<https://tschechien.ahk.de/ueber-uns>> [Stand: 18.4.2021]

DTIHK (2021b): Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer. Leitbild der DTIHK. URL  
<<https://tschechien.ahk.de/ueber-uns/leitbild-der-dtihk>> [Stand: 18.4.2021]

DTIHK (2021c): Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer. Vertretungen der DTIHK. URL  
<<https://tschechien.ahk.de/ueber-uns/vertretungen-der-dtihk>> [Stand: 18.4.2021]

DUD (2021): Duden. Die Region. URL  
<<https://www.duden.de/rechtschreibung/Region>> [Stand: 18.7.2021]

DW (2002): Euro-skeptiker Stoiber ist Kanzlerkandidat. In: Deutsche Welle, 12.1.2002. URL  
<<https://www.dw.com/de/euro-skeptiker-stoiber-ist-kanzlerkandidat/a-403342>> [Stand: 10.7.2021]

DW (2021): Deutsche Außenpolitik – wie könnte sie nach Merkel aussehen? In: Deutsche Welle, 26.2.2021. URL  
<<https://www.dw.com/de/deutsche-au%C3%9Fenpolitik-wie-k%C3%B6nnte-sie-nach-merkel-aussehen/a-56704299>> [Stand: 10.7.2021]

ES (2021): Eurostat. Ramon. Metadata. NUTS. URL  
<[https://ec.europa.eu/eurostat/ramon/nomenclatures/index.cfm?TargetUrl=LST\\_NOM\\_DTL&StrNom=NUTS\\_2021&StrLanguageCode=DE&IntPcKey=45750908&StrLayoutCode=HIERARCHIC](https://ec.europa.eu/eurostat/ramon/nomenclatures/index.cfm?TargetUrl=LST_NOM_DTL&StrNom=NUTS_2021&StrLanguageCode=DE&IntPcKey=45750908&StrLayoutCode=HIERARCHIC)> [Stand: 18.7.2021]

EU (2021): Europäische Union. Europäischer Ausschuss der Regionen. URL  
<[https://europa.eu/european-union/about-eu/institutions-bodies/european-committee-regions\\_de](https://europa.eu/european-union/about-eu/institutions-bodies/european-committee-regions_de)> [Stand: 25.6.2021]

FJS (2021): Franz Josef Strauß. Außenpolitik. URL <<https://www.fjs.de/der-politiker/politische-themen/aussenpolitik/>> [Stand: 10.7.2021]

GG (2020): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 2 Satz 2 des Gesetzes vom 29. September 2020 (BGBl. I S. 2048). URL <<https://www.bundestag.de/gg>> [Stand: 25.6.2021]

GIZ (2021): Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GmbH. Afrikanische Union. URL <<https://www.giz.de/de/weltweit/68537.html>> [Stand: 8.8.2021]

Grosser, Sebastian (2021): „Neustart“ für bayerisch-tschechische Beziehungen gefordert. In: Bayerischer Rundfunk 24, 18.5.2021. URL <<https://www.br.de/nachrichten/bayern/neustart-fuer-bayerisch-tschechische-beziehungen-gefordert,SXkgrbz>> [Stand: 27.7.2021]

GW (2018): Gabler Wirtschaftslexikon. Das Wissen der Experten. Föderalismus. URL <<https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/foederalismus-35960#references.>> [Stand: 20.2.2021]

HA (2016): Haufe. Föderalismusreform hat Gesetzgebung seit 2006 erleichtert. URL <[https://www.haufe.de/oeffentlicher-dienst/haushalt-finanzen/foederalismusreform-hat-gesetzgebung-seit-2006-erleichtert\\_146\\_373994.html](https://www.haufe.de/oeffentlicher-dienst/haushalt-finanzen/foederalismusreform-hat-gesetzgebung-seit-2006-erleichtert_146_373994.html)> [Stand: 20.2.2021]

HDBG (2021a): Haus der bayerischen Geschichte. Ludwig I. Die äußere Politik 1825-1848. URL <[https://www.hdbg.eu/koenigreich/index.php/themen/index/herrscher\\_id/2/id/23](https://www.hdbg.eu/koenigreich/index.php/themen/index/herrscher_id/2/id/23)> [Stand: 10.7.2021]

HDBG (2021b): Haus der bayerischen Geschichte. Bayerns diplomatische Vertreter bei den Staaten des Deutschen Bundes (um 1830/40). URL <[https://www.hdbg.eu/koenigreich/index.php/themen/index/herrscher\\_id/2/id/23](https://www.hdbg.eu/koenigreich/index.php/themen/index/herrscher_id/2/id/23)> [Stand: 10.7.2021]

HDBG (2021c): Haus der bayerischen Geschichte. Bayerns diplomatische Vertreter in Europa (um 1840). URL <[https://www.hdbg.eu/koenigreich/index.php/themen/index/herrscher\\_id/2/id/23](https://www.hdbg.eu/koenigreich/index.php/themen/index/herrscher_id/2/id/23)> [Stand: 10.7.2021]

ICV (2010): Petr Nečas jednal s bavorským premiérem Seehoferem. In: Informační centrum vlády, 20.12.2010. URL <<https://www.vlada.cz/cz/media-centrum/aktualne/petr-necas-jednal-s-bavorskym-premierem-seehoferem-79261/tmplid-560/>> [Stand: 27.7.2021]

IIB (2021): Invest in Bavaria. Über uns. URL <<https://www.invest-in-bavaria.com/so-helfen-wir/ueber-uns.html>> [Stand: 10.8.2021]

iROZHLAS (2019): Česká strana odřekla návštěvu bavorského premiéra Södera. Důvodem je pracovní vytížení Andreje Babiše. In: iRozhlas, 10.12.2019. URL <[https://www.irozhlas.cz/zpravy-domov/babis-bavorsko-soder-navsteva\\_1912101709\\_pj](https://www.irozhlas.cz/zpravy-domov/babis-bavorsko-soder-navsteva_1912101709_pj)> [Stand: 26.7.2021]

Messner, Dirk. *Ist Außenpolitik noch Außenpolitik ... und was ist eigentlich Innenpolitik? Die Transformation der Politik in der „Ära des Globalismus“* In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 118, 30. Jg., 2000, Nr.1, 123-150.

MZV (2014a): Generální konzulát České republiky v Mnichově. Otevření bavorského zastoupení v Praze. URL <[https://www.mzv.cz/munich/cz/bilateralni\\_vztahy/otevreni\\_bavorskeho\\_zastoupeni\\_v\\_praze.html](https://www.mzv.cz/munich/cz/bilateralni_vztahy/otevreni_bavorskeho_zastoupeni_v_praze.html)> [Stand: 15.4..2021]

MZV (2014b): Otevření bavorského zastoupení v Praze. In: Generální konzulát České republiky v Mnichově, 8.12.2014. URL <[https://www.mzv.cz/munich/cz/bilateralni\\_vztahy/otevreni\\_bavorskeho\\_zastoupeni\\_v\\_praze.html](https://www.mzv.cz/munich/cz/bilateralni_vztahy/otevreni_bavorskeho_zastoupeni_v_praze.html)> [Stand: 27.7.2021]

MZV (2018): Generální konzulát České republiky v Mnichově. Předseda vlády Andrej Babiš v Bayreuthu. URL <[https://www.mzv.cz/munich/cz/bilateralni\\_vztahy/predseda\\_vlady\\_andrej\\_babis\\_v\\_bayreuthu.html](https://www.mzv.cz/munich/cz/bilateralni_vztahy/predseda_vlady_andrej_babis_v_bayreuthu.html)> [Stand: 15.4..2021]

OG DBW (2021): Online-Gespräch mit Bernard Bauer, Wirtschaftsdelegierten des Freistaats Bayern in der Tschechischen Republik. 20.4.2021.

PL (2016): Premiér Sobotka jednal v Bavorsku s premiérem Seehoferem, navštívil i místo podpisu Mnichovské dohody. In: Parlamentní listy, 11.3.2016. URL <<https://www.parlamentnilisty.cz/zpravy/tiskovezpravy/Premier-Sobotka-jednal-v-Bavorsku-s-premierem-Seehoferem-navstivil-i-misto-podpisu-Mnichovske-dohody-425672>> [Stand: 26.7.2021]

PD (2017): Sobotku čeká šestá schůzka s bavorským premiérem. In: Pražský deník 3.5.2017. URL <[https://prazsky.denik.cz/zpravy\\_region/sobotku-ceka-sesta-schuzka-s-bavorskym-premierem-20170503.html](https://prazsky.denik.cz/zpravy_region/sobotku-ceka-sesta-schuzka-s-bavorskym-premierem-20170503.html)> [Stand: 26.7.2021]

Ringer, Margrit (2021): Bayerisch-tschechische Beziehungen: „Aus der Krise lernen“. In: Bayerischer Rundfunk 24, 29.3.2021. URL <<https://www.br.de/nachrichten/bayern/bayerisch-tschechische-beziehungen-aus-der-krise-lernen,ST2E6nt>> [Stand: 27.7.2021]

RL (2014): Rechtslexikon. Rahmengesetzgebung. URL <<http://www.rechtslexikon.net/d/rahmengesetzgebung/rahmengesetzgebung.htm>> [Stand: 20.6.2021]

RPI (2017): Bundespräsident Steinmeier in Prag. In: Radio Prag International, 12.9.2017. URL <<https://deutsch.radio.cz/bundespraesident-steinmeier-prag-8182178>> [Stand: 26.7.2021]

RPI (2018): Babiš zu Besuch in Deutschland: Treffen mit Merkel und Schäuble. In: Radio Prag International, 5.9.2018. URL <<https://deutsch.radio.cz/babis-zu-besuch-deutschland-treffen-mit-merkel-und-schaeuble-8151809>> [Stand: 10.8.2021]

SDZ (2020): Einreiseverbot: Söder sagt USA-Reise ab. In: Süddeutsche Zeitung, 12.3.2020. URL

<<https://www.sueddeutsche.de/bayern/einreiseverbot-soeder-sagt-usa-reise-ab-1.4842389>>  
[Stand: 10.7.2021]

SI BTHA (2021): Schriftliches Interview mit Radka Bonacková, Projektmanagerin der BTHA. Geführt am: 23.6.2021.

SI RFB (2021): Schriftliches Interview mit einem anonymen Mitarbeiter der Repräsentanz des Freistaats Bayerns in Prag. Geführt am: 4.5.2021.

SL (2019): Staatslexikon. Außenpolitik. URL  
<<https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Au%C3%9Fenpolitik>> [Stand: 22.4.2021]

SLG (2001a): Spektrum. Lexikon der Geographie. Region. URL  
<<https://www.spektrum.de/lexikon/geographie/region/6519>> [Stand: 18.7.2021]

SLG (2001b): Spektrum. Lexikon der Geographie. Regionalplanung. URL  
<<https://www.spektrum.de/lexikon/geographie/regionalplanung/6556>> [Stand: 18.7.2021]

ST (2019a): Statista. Fläche der deutschen Bundesländer (in Quadratkilometern) zum 31. Dezember 2019. URL  
<<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/154868/umfrage/flaeche-der-deutschen-bundeslaender/>> [Stand: 21.6.2021]

ST (2019b): Statista. Bevölkerung - Anzahl der Einwohner in den Bundesländern in Deutschland am 31. Dezember 2019. URL  
<<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/71085/umfrage/verteilung-der-einwohnerzahl-nach-bundeslaendern/>> [Stand: 21.6.2021]

STMIB (2021): Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration. Staatsgebiet. URL <<https://www.stmi.bayern.de/suv/bayern/gebiet/index.php>> [Stand: 26.7.2021]

StrGVV (2020): Bayerische Staatskanzlei. Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung. URL  
<<https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayStRGVV-1>> [Stand: 20.6.2021]

Řehák, Vilém. (2013). Paradiplomacie a hlavní město Praha. In: Politologický časopis/Czech journal of political science 1/2013 69-92. URL  
<[https://www.politologickycasopis.cz/userfiles/file/2013/1/Polcas\\_2013\\_1\\_pp\\_69\\_92.pdf](https://www.politologickycasopis.cz/userfiles/file/2013/1/Polcas_2013_1_pp_69_92.pdf)>  
[Stand: 10.7.2021]

TAZ (2016): Außenpolitik auf Bayerisch. In unverbrüchlicher Freundschaft. In: taz.de. URL <<https://taz.de/Aussenpolitik-auf-Bayerisch/!5345977/>> [Stand: 5.7.2021]

Thiele, Jan. (2003): *Außenpolitik von subnationalen Einheiten*. Dipl.-Arbeit Univ. Konstanz. URL  
<[https://www.researchgate.net/publication/30015145\\_Aussenpolitik\\_von\\_subnationalen\\_Einheiten](https://www.researchgate.net/publication/30015145_Aussenpolitik_von_subnationalen_Einheiten)> [Stand: 10.7.2021]

UR (2019): Universität Regensburg. Aufgaben, Kompetenzen und Leistungen. BAYHOST. URL <<https://www.uni-regensburg.de/bayhost/startseite/index.html>> [Stand: 22.4.2021]

VČR (2011): Tisková konference po jednání premiéra Petra Nečase s bavorským ministerským předsedou Horstem Seehoferem, 23. listopadu 2011. In: Vláda České republiky, 23.11.2011. URL <<https://www.vlada.cz/cz/media-centrum/tiskove-konference/tiskova-konference-po-jednani-premiera-petra-necase-s-bavorskym-ministerskym-predsedou-horstem-seehoferem--23-listopadu-2011-89812/>> [Stand: 27.7.2021]

VČR (2013): Premiér v Bavorsku: Budeme více spolupracovat. In: Vláda České republiky, 20.2.2013. URL <<https://www.vlada.cz/cz/media-centrum/aktualne/premier-v-bavorsku-budeme-vice-spolupracovat-103725/>> [Stand: 27.7.2021]

VČR (2018): Společné tiskové prohlášení bavorského ministerského předsedy Södera a předsedy české vlády Babiše. In: Vláda České republiky, 25.7.2018. URL <<https://www.vlada.cz/cz/media-centrum/aktualne/spolecne-tiskove-prohlaseni-bavorskeho-ministerskeho-predsedy-sodera-a-predsedy-ceske-vlady-babise--167717/>> [Stand: 27.7.2021]

VČR (2020a): ZRUŠENO 10. března 2020: Premiér Andrej Babiš se setká s bavorským ministerským předsedou Markusem Söderem. In: Vláda České republiky, 6.3.2020. URL <<https://www.vlada.cz/cz/media-centrum/ocekavane-udalosti/10--brezna-2020-premier-andrej-babis-se-setka-s-bavorskym-ministerskym-predsedou-markusem-soderem-180119/>> [Stand: 27.7.2021]

VČR (2020b): Premiér Babiš jednal o koronaviru s bavorským ministerským předsedou Söderem. In: Vláda České republiky, 4.11.2020. URL <<https://www.vlada.cz/cz/media-centrum/aktualne/premier-babis-jednal-o-koronaviru-s-bavorskym-ministerskym-predsedou-soderem-184721/>> [Stand: 27.7.2021]

WELT (2014): Die CSU-Hoffnungsträger für die Außenpolitik. In: WELT, 17.11.2014. URL <<https://www.vlada.cz/cz/media-centrum/ocekavane-udalosti/10--brezna-2020-premier-andrej-babis-se-setka-s-bavorskym-ministerskym-predsedou-markusem-soderem-180119/>> [Stand: 27.7.2021]

WK (2020): Wirtschaftskurier. Markus Söder: „Wir geraten international in immer mehr Abhängigkeiten“. URL <<https://www.wirtschaftskurier.de/titelthema/artikel/markus-soeder-interview-wir-geraten-international-in-immer-mehr-abhaengigkeiten.html>> [Stand: 10.7.2021]

## **Anlagen:**

**Anlage Nr. 1:** Schriftliches Interview mit dem anonymen Mitarbeiter der Bayerischen Repräsentanz in Prag, geführt am 4.5.2021.

### **1. Können Sie die Struktur der Repräsentanz beschreiben?**

Die Repräsentanz des Freistaats Bayern in der Tschechischen Republik ist eine Dienststelle der Bayerischen Staatskanzlei. Sie gehört dort in den Zuständigkeitsbereich von Melanie Huml, MdL, Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales und ist als Teil des Referats für mittel- und osteuropäische Länder in die Europaabteilung eingebunden. Die Repräsentanz ist mit dreieinhalb Stellen besetzt. Die dort Beschäftigten arbeiten alle komplett zweisprachig (Deutsch und Tschechisch).

### **2. Können Sie die wichtigsten Aufgaben der R. zusammenfassen und einige konkrete Beispiele hierfür aus den letzten Jahren nennen? Womit haben Sie sich in letzter Zeit beschäftigt?**

Die Bayerische Repräsentanz in Prag intensiviert im Auftrag der Bayerischen Staatsregierung die Beziehungen zwischen Bayern und Tschechien auf verschiedenen Ebenen. Über gemeinsame Projekte und Veranstaltungen bringt sie Menschen aus Bayern und Tschechien zusammen und bietet Unterstützung für den grenzüberschreitenden Austausch. Dazu gehören die Vermittlung und Vorbereitung politischer Kontakte ebenso wie die Vernetzung kultureller, wirtschaftlicher und bürgerschaftlicher Akteure und Initiativen.

Als „Schaufenster Bayerns“ informiert die Bayerische Repräsentanz in Prag die tschechische Öffentlichkeit über Bayern. Dies geschieht über Informations-, Begegnungs- und Diskussionsveranstaltungen, u.a. zu Themen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Bildung, Kultur oder Umwelt.

So organisierte die Repräsentanz gemeinsam mit weiteren Partnern eine große Expertenkonferenz zum Thema künstliche Intelligenz, eine Konferenz zu nachhaltigen Technologien soll im September folgen. Um Nachhaltigkeit im Lichte der Europapolitik und der aktuellen Pandemie ging es z.B. im letzten Herbst bei einer Online-Podiumsdiskussion zum Thema Europäischer Grüner Deal. Davor fanden ähnliche Veranstaltungen z. B. zu 30 Jahren offene bayerisch-tschechische Grenzen, zur regionalen Zusammenarbeit im vereinten Europa oder zu den Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten beiderseits der Grenze in Präsenzform in den Räumlichkeiten der Bayerischen Repräsentanz in der Prager Altstadt statt.

Die Repräsentanz bewirbt gemeinsam mit weiteren Partnern auch den bayerischen Hochschul- und Wissenschaftsstandort gegenüber tschechischen Interessierten und informiert z. B. über einen Hochschulinformationstag tschechische Schulen über die Studienmöglichkeiten in Bayern.

Ein weiteres Thema der Repräsentanz ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Naturschutz, z. B. die Zusammenarbeit der Nationalparke im Bayerischen bzw. im Böhmerwald. Dazu finden dann Informations- oder Ausstellungsprojekte in Bayerns Haus in Tschechien statt.

Auch kulturelle Veranstaltungen, wie Lesungen bayerischer Autoren, Ausstellungen bayerischer Künstler und Persönlichkeiten oder Konzerte verschiedener Genres gehören zum Tätigkeitsbereich der Bayerischen Repräsentanz in Prag.

Die Repräsentanz unterstützt zudem die Bayerische Staatsregierung mit fachlicher Expertise und Sachinformationen zu politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Tschechien.

Vor Ort ist die Bayerische Repräsentanz in Prag die erste Anlaufstelle für Institutionen sowie tschechische und bayerische Bürgerinnen und Bürger. Viele von Ihnen haben in den letzten Monaten darauf mit Fragen zur COVID-19-Pandemie zurückgegriffen. Die Repräsentanz vermittelt dann z.B. Ansprechpartner und Informationen zu den geltenden Reiserregeln und Quarantänevorschriften.

**3. Wie sieht bzw. sah die alltägliche Arbeit in der R. aus? Wie wurden typische Arbeitsabläufe durch die Corona-Pandemie beeinflusst?**

Die Arbeitsschwerpunkte der Bayerischen Repräsentanz in Prag liegen neben der Veranstaltungsorganisation in der Erstellung von Berichten, Recherchen und Analysen zu den grenzüberschreitenden Beziehungen und auf verschiedenen Verwaltungstätigkeiten.

Derzeit beeinflusst die COVID-19-Pandemie auch in der Repräsentanz den Alltag, ein Großteil der Arbeit findet im Home Office statt. Ein Thema sind die geltenden Regeln bei grenzüberschreitenden Reisen, auf die viele Menschen aus beruflichen, gesundheitlichen oder sozialen Gründen angewiesen sind. Der Informationsbedarf hierzu ist auf beiden Seiten groß und die Repräsentanz kann dabei als Schnittstelle fungieren.

Während der COVID-19-Pandemie bietet die Repräsentanz einige Veranstaltungsformate auch online an, z.B. in der Adventszeit mit einem Online-Weihnachtsprogramm für Kinder und Familien, der Beteiligung an einem Online-Filmfestival deutschsprachiger Filme in Tschechien oder einer virtuellen Rundreise zu interessanten Orten in Bayern. Im Mai werden außerdem zwei Online-Veranstaltungen mit Erfahrungsberichten zu bayerisch-tschechischen Austauschprogrammen stattfinden.

**4. Welche Ziele will die R. im Bereich der bayerisch-tschechischen Beziehungen erreichen?**

Mit der bayerischen Bayerische Repräsentanz in Prag verfolgt der Freistaat Bayern das Ziel, die Beziehungen Bayerns zu Tschechien auf allen Ebenen zu intensivieren, u.a. mit Regierungsorganisationen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft. Die Repräsentanz soll eine Anlaufstelle für verschiedene Institutionen sowie die Bürgerinnen und Bürger aus Bayern und Tschechien sein. Sie informiert die Öffentlichkeit über Bayern durch Konferenzen, Diskussionsforen und kulturelle Veranstaltungen. Zugleich ist sie eine Plattform des gegenseitigen Austauschs für bayerische und tschechische Bürger, Unternehmen und Organisationen.

**5. Wer ist Ihr Ansprechpartner in Bayern? An welches Ministerium der Bayerischen Staatsregierung sind Sie gebunden und welche Zuständigkeiten haben Sie?**

Informationen zur Einbindung der Bayerischen Repräsentanz in Prag in die Europaabteilung der Bayerischen Staatskanzlei ergeben sich aus Frage 1, zu den Zuständigkeiten aus 2,3 und 4.

6. **Auf ihrer Homepage stellt die Bayerische Staatskanzlei Folgendes fest: „Die Attraktivität und der Status des Freistaats Bayern überall auf der Welt sind zwei unverzichtbare Gründe für die bayerische Erfolgsgeschichte. Das Engagement Bayerns versteht sich dabei als Ergänzung und Bereicherung zur Außenpolitik des Bundes.“ (Quelle: <https://www.bayern.de/staatskanzlei/bayern-in-der-welt/>)**

**Inwieweit kann die Tätigkeit der R. ihrer Meinung nach also theoretisch als Teil einer (informellen) ‚Außenpolitik Bayerns‘ zumindest in Teilbereichen wie Politik und Kultur verstanden werden? Oder würden Sie sagen, dass Sie mit ihrer Tätigkeit die Außenpolitik Deutschlands unterstützen?**

Die Repräsentanz ist eine Dienststelle der Bayerischen Staatskanzlei und unterstützt deren Zusammenarbeit mit Tschechien vor Ort (auf eine politische Einschätzung wird verzichtet).

**Anlage Nr. 2:** Schriftlich verfasstes Online-Gespräch mit Bernard Bauer, Wirtschaftsdelegierten des Freistaats Bayern in der Tschechischen Republik, geführt am 20.4.2021.

**1. Können Sie die Struktur der Delegation der Bayerischen Wirtschaft in der Tschechischen Republik beschreiben? Welche Rechtsform hat die D.?**

Ja, danke. Also die Delegation gibt es hier seit 2007 und zwar ist diese Delegation wie an vielen Standorten weltweit, wo die Bayerische Wirtschaft auch die Vertretungen hat, in der bilateralen Handelskammer angesiedelt, d. h. in Tschechien in der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer oder der deutschen Auslandshandelskammer. Und hat hier im Prinzip die Vertretung durch eine Person und das bin ich, ich bin auch Geschäftsführer DTIHK und die Delegation ist bei der Kammer angesiedelt, weil sie natürlich über diese ganze Struktur der Kammer verfügen kann. Wir haben hier 42 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, hier in Prag im Büro, alles Experten aus den verschiedenen Branchen, die für die deutsch-bayerisch-tschechische Zusammenarbeit wichtig sind. Also dieses Büro ist integriert in der DTIHK.

**2. Können Sie die wichtigsten Aufgaben der D. zusammenfassen und einige konkrete Beispiele hierfür aus den letzten Jahren nennen? Womit haben Sie sich in letzter Zeit beschäftigt?**

Die Idee dieser Einrichtung, eines solchen Büros, ist, dass es in dem Gastland eine Person gibt, oder eine Struktur gibt, die den bayerischen Unternehmen hilft auf diesen Markt zu kommen. Das bedeutet, sie unterstützt mit Beratungen, mit Gesprächen, mit Informationen zur Lage des Landes aber auch mit konkreten Informationen zu Kooperationen mit tschechischen Unternehmern. Das ist der Hintergrund dieser Einrichtung hier. Also wir helfen bayerischen Firmen, wenn sie hier (in Tschechien) Geschäfte machen möchten oder hier investieren möchten und einen Standort suchen, Informationen brauchen zu Rechtsfragen oder zu Personalbeschaffung aber auch zu lokalen Lieferanten z.B. was auch immer wichtiger wird, in Tschechien ist ja ein Zuliefermarkt, auch für die deutsche Wirtschaft, mit ganz hervorragenden Unternehmen hier in Tschechien [...] die sehr gut ausgestellt sind und für die bayerische Wirtschaft von Interesse sind.

Wir betreuen hier auch alle bayerischen Investoren, die hier im Land. Viele sind in Westböhmen angesiedelt, in der Nähe von Grenze und haben dort Produktionsstandorte, wo sie inzwischen auch Hi-Tech-Produkte vertreiben, wo Forschung und Entwicklung angesiedelt wurde und dafür gibt es auch eine Zweigstelle der Kammer, oder der Bayerischen Vertretung in Pilsen. Gemeinsam mit der IHK aus Regensburg haben wir seit 2011 ein gemeinsames Büro in Pilsen, wo wir die Interessen der bayerischen Unternehmen ganz besonders wahrnehmen. Also sie sehen, es ist schon lang etablierte Infrastruktur hier im Land, die den bayerischen Firmen ganz konkret hilft, wenn sie Fragen zum Markteintritt, Investitionen aber auch andere Fragen, Rechtsfragen etc. haben.

**3. Wie sieht bzw. sah die alltägliche Arbeit in der D. aus? Wie wurden typische Arbeitsabläufe durch die Corona-Pandemie beeinflusst?**

Oh ja, die Pandemie hat zum einen jetzt nicht dazu beigetragen, dass die Unternehmen hier keine Beschäftigung haben, sondern sie sind genauso gut ausgelastet gewesen, bei dem industriellen Bereich vor allem, auch in der Pandemie-Zeit. Die Auftragsbüchern waren voll. Die Lieferketten Richtung Deutschland haben funktioniert. Sie sind nicht abgebrochen. Das ist das eine. Aber eine Hauptaufgabe, die auf die Delegation

zugekommen ist, ist die Grenze gewesen. Und zwar die Grenze nicht nur was den Warentransport angeht, die Fahrten mit LKWs von Tschechien nach Bayern sondern die Grenzproblematik für die vielen Pendler, nämlich 35 000 tschechische Bürger, die jeden Tag in Bayern arbeiten und Abends wieder nach Hause fahren. Das war das größte Problem, weil durch die verschärften Maßnahmen an der Grenze, d.h. Einreise von Tschechien nach Deutschland, oder von Deutschland nach Tschechien, wo die Einreisebestimmungen enorm verschärft wurden, gab es enormen Informationsbedarf. Wir haben teilweise 180 bis 200 Anrufe pro Tag gehabt. Und Firmen in Bayern, die gesagt haben: "Wir können nicht weiter arbeiten, wenn unsere tschechischen Kollegen nicht kommen können." Oder wenn Sie in die Quarantäne gehen müssen, wenn sie bei uns waren und für 2 Wochen ausfallen. Die Produktion stoppt. Das war ein massives Problem für uns, weil wir so bombardiert wurden mit Anfragen so, dass wir eine Hotline eingerichtet haben. 24 Stunden 7 Tage lang war das Telefon verbunden mit meinem Handy und mit dem meiner Kollegen. Wir wurden teilweise ganz früh Morgen bis abends in die Nacht angerufen von Unternehmen aber auch von Privatpersonen, die nicht wussten, wie sie ihre Arbeit nachgehen können. Da gab es zahlreiche Fragen, wer übernimmt die Kosten dafür, wenn jetzt sie z.B. nicht arbeiten können. Dafür gibt es Kurzarbeitergeld in Deutschland. Wenn sie in die Quarantäne gehen müssen, wenn sie zurückgehen zu ihren Familien nach Tschechien, bezahlt die Krankenkasse oder der Sozialsystem in Deutschland, in Bayern etc. etc. Es war sehr komplex.

**4. Ich setze voraus, dass Sie an das Bayerische Wirtschaftsministerium gebunden sind, stimmt das? Welche Zuständigkeiten haben Sie?**

Na ja ich bin der Delegierte der Wirtschaft mit dem Sitz in Deutsch-Tschechischen Kammer und meine Aufgabe ist, wie gesagt, die Unternehmen zu beraten beim Markteintritt, hauptsächlich Projekte zu bearbeiten, die interessant sind, grenzüberschreitend Bayern Tschechien, da geht es um Projekte, wie z.B. Kooperation im Bereich Industrie 4.0, es geht um Digitalisierung, Forschung und Entwicklung. All diese Zukunftsthemen die zwischen Bayern und Tschechien aktuell und wichtig sind zu fördern und zu bewahren. Das ist das. Und vor der Pandemie waren wir natürlich regelmäßig auch in München oder bei Unternehmen in Bayern und auch im Ministerium, wo wir abgestimmt haben, über die Jahresarbeit, die ansteht, welche Themen wir als Hauptthemen definieren in unserer Arbeit, also da gibt es eine klare Absprache mit den Verantwortlichen in Bayerischen Wirtschaftsministerium.

**5. Auf ihrer Homepage stellt die Bayerische Staatskanzlei Folgendes fest: „Die Attraktivität und der Status des Freistaats Bayern überall auf der Welt sind zwei unverzichtbare Gründe für die bayerische Erfolgsgeschichte. Das Engagement Bayerns versteht sich dabei als Ergänzung und Bereicherung zur Außenpolitik des Bundes.“ (Quelle: <https://www.bayern.de/staatskanzlei/bayern-in-der-welt/>)**

**Inwieweit kann die Tätigkeit der D. ihrer Meinung nach also theoretisch als Teil einer (informellen) ‚Außenpolitik Bayerns‘ zumindest in Teilbereich der Wirtschaft verstanden werden? Oder würden Sie sagen, dass Sie mit ihrer Tätigkeit die Außenpolitik Deutschlands unterstützen?**

Nein wir unterstützen keine Politik. Wir sind nicht politisch aktiv. Wir sind rein wirtschaftlich aktiv, d.h. wir fördern die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern, zwischen Bayern und Tschechien auf wirtschaftliche Ebene. Wir identifizieren die aktuellen Themen, die aktuellen Zukunftsthemen, die wichtig sind in der Zusammenarbeit, um diese Austausch zwischen Bayern und Tschechien zu fördern und

weiter auszubauen. Das ist unsere Aufgabe. Wir sind kein Teil einer Außenpolitik, sondern rein wirtschaftlich bezogen.

**Anlage Nr. 3:** Schriftliches Interview mit Radka Bonacková Projektmanagerin der Bayerisch-Tschechischen Hochschulagentur, geführt am 23.6.2021.

**1. Können Sie die Struktur der BTHA beschreiben?**

Die Bayerisch-Tschechische Hochschulagentur (BTHA) ist an das Bayerische Hochschulzentrum für Mittel-, Ost- und Südosteuropa (BAYHOST) mit Sitz an der Universität Regensburg angegliedert und fungiert als zentraler Ansprechpartner für alle Belange in der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Bayern und Tschechien im Hochschul- und Wissenschaftsbereich. Als Informations- und Kontaktstelle berät sie sowohl Lehrende, Forschende und Vertreter des Hochschulmanagements als auch Studierende.

Mit eigenen Förderprogrammen unterstützt die Bayerisch-Tschechische Hochschulagentur den Studierendenaustausch und Projekte in Lehre und Forschung, für die es keine ausreichenden anderen Finanzierungsmöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gibt.

Das Team der BTHA besteht aus einer Projektmanagerin (in Vollzeit), einer Referentin für Stipendienprogramme (seit April 2021, in Teilzeit), einer Sekretärin (in Teilzeit) und i.d.R. zwei Wissenschaftlichen Hilfskräften. Die Arbeitsverträge sind befristet und an die mehrjährige Projektförderung vonseiten des Freistaats Bayern gebunden. Das Team der BTHA ist mehrsprachig besetzt, um grenzüberschreitend agieren zu können (in Deutsch, Tschechisch und Englisch) und weist hohe Kompetenzen in Bezug auf die Hochschullandschaft in beiden Ländern auf.

Alle wesentlichen Entscheidungen werden von zwei Gremien getroffen bzw. genehmigt, die für BAYHOST und die BTHA zuständig sind und durch Vertreter von Universitäten, Hochschulen, Kunstakademien und wissenschaftlichen Einrichtungen, des StMWK, des Studentenwerks Niederbayern/Oberpfalz, des DAAD und weiterer (über)regionalen Organisationen besetzt werden (siehe <https://www.uni-regensburg.de/bayhost/gremien/index.html>).

Zur strukturellen Einbettung im Hochschulbereich und in der Region siehe Pt. 5.

**2. Können Sie die wichtigsten Aufgaben der BTHA zusammenfassen und einige konkrete Beispiele hierfür aus den letzten Jahren nennen? Womit haben Sie sich in letzter Zeit beschäftigt?**

Die BTHA unterstützt die Internationalisierung der bayerischen Hochschulen in Bezug auf Tschechien. Sie berät die bayerischen Hochschulen zur tschechischen Hochschul- und Forschungslandschaft und stellt ihnen geeignete Informationen über sie zur Verfügung.

Sie stellt für die bayerischen Hochschulen Kontakte zu geeigneten Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Tschechien her, die als Partner für den Austausch von Studierenden und für die Zusammenarbeit in Forschung und Lehre in Frage kommen. Sie begleitet neue Kooperationen und berät die Hochschulen bei der Entwicklung gemeinsamer Programme.

Sie berät die bayerischen Hochschulen über ihre eigenen Förderprogramme und führt diese an Förderprogramme anderer Einrichtungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene heran sowie an Förderprogramme, die von der tschechischen Seite

angeboten werden. Die BTHA steht dafür in regelmäßigem Austausch mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport der Tschechischen Republik. Bei der Hinführung an EU-Förderprogramme arbeitet die BTHA mit der Bayerischen Forschungsallianz und geeigneten Beratungsstellen zusammen.

Die BTHA pflegt Kontakte zu 25 öffentlichen sowie einigen privaten Hochschulen in Tschechien, angeführt durch die Karls-Universität und die Masaryk-Universität, aber auch zu zahlreichen Forschungsinstituten der renommierten Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik und zu den modernen, praxisorientierten Forschungseinrichtungen an den Universitäten in Prag, Brünn, Ostrau, Pilsen und Budweis. Die Kontaktpflege dient dazu, Kooperationsvorschläge von tschechischer Seite zu generieren und Informationen zu Projekten zu erschließen, die in Tschechien initiiert werden und an denen sich bayerische Hochschulen als Partner, z.B. in Konsortien für EU-Projekte, beteiligen können.

Weiterhin stellt die BTHA Informationen über bereits bestehende Partnerschaften und Projekte bereit und bietet ein Forum für den Erfahrungsaustausch zur bayerisch-tschechischen Hochschulzusammenarbeit.

Sie berät und informiert Studierende über Studien- und Forschungsmöglichkeiten in Tschechien bzw. Bayern und dazu passende Stipendienprogramme und fördert in geeigneter Form das Interesse am studentischen Austausch.

In den Jahren 2016 – 2020 gehörten zu den Arbeitsschwerpunkten der BTHA u.a. zahlreiche grenzüberschreitende Veranstaltungen wie große Hochschulforen oder regelmäßige Vernetzungstreffen von Hochschulrektoren, zielgruppenorientierte Infoveranstaltungen und Messestände, Präsentationen und Arbeitstreffen an Hochschulen und bei Kooperationspartnern in Bayern und Tschechien (siehe <https://www.btha.cz/de/veranstaltungen>).

Zudem unterstützte die BTHA im Rahmen von mehr als zehn strukturierten Stipendien- und Förderprogrammen verschiedene grenzüberschreitende Projekte in Forschung und Lehre sowie Mobilitäten und studentische Aufenthalte an bayerischen und tschechischen Hochschulen.

In den Jahren 2016 – 2020 vergab die Agentur über 260 Stipendien für Studienaufenthalte, Sommerschulen und Praktika in beiden Ländern. An den seit 2016 von der BTHA geförderten 221 Projekten nahmen fast 7.700 Studierende, Lehrende und Forschende teil. Die Bandbreite der Projekte schloss dabei so gut wie alle Fachbereiche ein und reichte von individuellen Forschungsarbeiten bis hin zu mehrjährigen Forschungsverbänden von mindestens vier Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen.

### **3. Wie sieht bzw. sah die alltägliche Arbeit in der BTHA aus? Wie wurden typische Arbeitsabläufe durch die Corona-Pandemie beeinflusst?**

Nach Ausbruch der Covid-19-Erkrankungen im Februar 2020 führten die pandemiebedingten Maßnahmen und Verordnungen in beiden Ländern, insbesondere die wiederholten einseitigen Grenzsicherungen sowie strenge Quarantäneeinreiseverordnungen für Reisende aus dem jeweiligen Nachbarland, zu einer Implosion der bayerisch-tschechischen Kooperationen nicht nur im Hochschulbereich.

Die BTHA wirkte diesem gleich im Sommer 2020 mit zwei Sonderausschreibungen zu digitalen Projekten in Forschung und Lehre sowie zu bayerisch-tschechischen Forschungsprojekten zur Covid-19-Pandemie und deren Folgen entgegen. Die Stipendien- und Förderprogramme wurden zudem weitmöglichst flexibilisiert, sodass beispielsweise Stipendien für die Teilnahme an Online-Sommerschulen (ohne reale Mobilität) erteilt werden konnten.

Über die gut besuchten Internetseiten der BTHA wurde stets zu aktuellen Informationen der deutschen und tschechischen Ministerien, Gesundheitsämter und Landesvertretungen verlinkt und über die wachsende Anzahl von Online-Veranstaltungen im Hochschulbereich beiderseits der Grenze informiert.

Im Gegenzug zu den pandemiebedingten Verhinderungen und aufgrund der notwendigen Absage des 5. Bayerisch-Tschechischen Hochschulforums als der größten für 2020 geplanten Veranstaltung der BTHA wurden im Sommer und Herbst 2020 für die zweisprachigen Internetseiten unter [www.btha.de](http://www.btha.de) und [www.btha.cz](http://www.btha.cz) neue öffentlichkeitswirksame Formate zur Vernetzung und Information im Hochschulbereich entwickelt und veröffentlicht:

- animierte Numbercloud mit Ergebnissen der BTHA aus den Jahren 2016 – 2020 (GIF-Image, Deutsch/Tschechisch)
- Online-Interviews mit vier bayerischen Projektleitern der von BTHA geförderten Projekte und ihren tschechischen Partnern zur Entstehung der Zusammenarbeit, zu Vorteilen und Hürden der grenzüberschreitenden Kooperation und zu weiteren gemeinsamen Planungen (MP4-Format, OmU, Deutsch/Tschechisch)
- 25 Projektposter mit allgemein verständlichen zweisprachigen Informationen zum geförderten Projekt, den beteiligten Projektpartnern und den bisherigen Projektergebnissen (PDF, Deutsch/Tschechisch bzw. Deutsch/Englisch)
- neue und aktualisierte Good Practice-Beispiele zu 36 der bis 2020 geförderten bayerisch-tschechischen Projekte in Forschung und Lehre sowie 41 Erfahrungsberichte von Stipendiaten der BTHA-Programme zu Studienaufenthalten, Sommerschulen und Praktika im Nachbarland (Berichte, Publikationen, Fotos und Links; Deutsch/Tschechisch/Englisch)

Siehe auch Zahlen, Graphiken und Übersichten im Tätigkeitsbericht der BTHA für das Jahr 2020 unter [https://www.btha.cz/images/inhalt/ueber-uns/btha/BTHA\\_Ttigkeitsbericht\\_2020.pdf](https://www.btha.cz/images/inhalt/ueber-uns/btha/BTHA_Ttigkeitsbericht_2020.pdf)

#### **4. Welche Ziele will die BTHA im Bereich der bayerisch-tschechischen Beziehungen erreichen?**

An den rund 120 Hochschulpartnerschaften und einer Vielzahl gemeinsamer Forschungsprojekte in allen Fachrichtungen lässt sich ablesen, dass sich Tschechien und Bayern im Wissenschaftsbereich sehr gut ergänzen. Besonders deutlich wird dies u.a. in Feldern wie der Nanotechnologie und Neuen Materialien, Medizin und Gesundheitswissenschaften, Energietechnik und IT. Dies wird nicht zuletzt durch den stark ausgeprägten und strukturell verwandten Industriesektor Bayerns und

Tschechiens bedingt. Als Nachbarländer stehen Tschechien und Bayern vor gemeinsamen Herausforderungen im Bereich der Digitalisierung und der Mobilität, des Gesundheitswesens und der demographischen Entwicklung. In besonderem Maße betrifft dies den gemeinsamen Grenzraum, der durch eine stärkere Zusammenarbeit im Bildungsbereich zu einem weiterhin attraktiven und zukunftsfähigen Lebensraum jenseits der Metropolregionen werden kann. Die tschechischen und bayerischen Hochschulen, die komplementäre Kompetenzen und technische Ausstattung besitzen, können zur Lösung der gemeinsamen Herausforderung beitragen und die ausgeprägte wirtschaftliche Zusammenarbeit durch die Ergebnisse ihrer Forschung und die Ausbildung von Fachkräften weiter befördern.

Vielen Studierenden in Bayern ist Tschechien als Nachbarland, abgesehen von kürzeren touristischen Aufenthalten, relativ unbekannt, was eng damit zusammenhängt, dass an den Schulen in der Regel keine Tschechisch-Kenntnisse und auch kaum landeskundliche Kenntnisse zu Tschechien vermittelt werden. Jedoch sind auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Bayern oft nur lückenhaft über die Arbeit ihrer tschechischen Kollegen und die Forschungsinfrastruktur in Tschechien informiert. Dies steht in einem deutlichen Gegensatz zum Wissen über deutsche Nachbarländer wie z.B. Frankreich.

Die Bayerisch-Tschechische Hochschulagentur wirkt mit ihrer Arbeit diesen teils historisch begründeten Lücken, die mit den einschneidenden pandemiebedingten Veränderungen noch vertieft werden durften, zusammen mit weiteren deutsch-tschechischen Organisationen kontinuierlich entgegen und stellt das geknüpfte Netzwerk und das grenzüberschreitende Knowhow den jeweiligen Entscheidungsträgern beratend zur Verfügung.

**5. Wer ist Ihr Ansprechpartner in Bayern? An welches Ministerium der Bayerischen Staatsregierung sind Sie gebunden und welche Zuständigkeiten haben Sie?**

Die Bayerisch-Tschechische Hochschulagentur wurde im Jahr 2016 auf der Grundlage des Entwicklungsgutachtens für den bayerisch-tschechischen Grenzraum aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat ins Leben gerufen und wird ab 2021 vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst getragen, in dessen fachlicher Zuständigkeit die BTHA aufgebaut wurde. Die BTHA arbeitet im Auftrag des StMWK und übernimmt auf der Arbeitsebene auch einige Aufgaben, die mit bilateral abgeschlossenen Vereinbarungen dem StMWK zufallen.

Ergänzend wird aufgrund hoher Nachfrage von bayerischen und tschechischen Hochschulen nach gemeinsamen wissenschaftlichen Projekten ein bilaterales Förderprogramm aus Mitteln der Bayerischen Staatskanzlei unterstützt (voraussichtlich noch bis Ende 2024), welches zum gleichen Anteil auf tschechischer Seite vom MŠMT finanziert wird.

Im Auftrag des StMWK vertritt die Projektmanagerin der BTHA den Hochschulbereich auch bei den regelmäßigen Sitzungen der Bayerisch-tschechischen

grenzüberschreitenden Arbeitsgruppe mit Vertretern verschiedener Ministerien und grenzregional relevanter Organisationen aus Bayern und Tschechien.

Die BTHA baut das Netzwerk zwischen Bayern und Tschechien im Bereich der Hochschulen und der Wissenschaft stets aus und kooperiert dabei insbesondere mit folgenden Partnern:

- Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst des Freistaats Bayern sowie Ministerstvo školství, mládeže a tělovýchovy České republiky (auf Arbeitsebene)
  - Repräsentanz des Freistaats Bayern in der Tschechischen Republik, Deutsche Botschaft Prag (Wissenschaftsreferat) sowie Generalkonsulat der Tschechischen Republik in München (Wissenschaftsbereich und grenzregionale Fragen)
  - Universität Bayern e.V., Hochschule Bayern e.V. sowie Česká konference rektorů
  - Akteure im Bereich der Hochschulen, der Wissenschaft und der Wissenschaftsförderung, wie z.B. Bayerische Forschungsallianz, DAAD-Informationszentrum Prag, DZS Prag, BayBIDS, Collegium Carolinum, Bohemicum, Europaregion Donau-Moldau u.a.
  - bayerische und tschechische Hochschulen auf allen Ebenen: Studierende, Lehrende, wissenschaftliche Mitarbeiter, Forschungsreferate, Akademische Auslandsämter, Vertreter der Hochschulleitungen usw.
6. **Auf ihrer Homepage stellt die Bayerische Staatskanzlei Folgendes fest: „Die Attraktivität und der Status des Freistaats Bayern überall auf der Welt sind zwei unverzichtbare Gründe für die bayerische Erfolgsgeschichte. Das Engagement Bayerns versteht sich dabei als Ergänzung und Bereicherung zur Außenpolitik des Bundes.“** (Quelle: <https://www.bayern.de/staatskanzlei/bayern-in-der-welt/>)

**Inwieweit kann die Tätigkeit der BTHA bzw. BAYHOST ihrer Meinung nach also theoretisch als Teil einer (informellen) ‚Außenpolitik Bayerns‘ zumindest in Teilbereichen wie Kultur, Hochschulwesen oder Wissenschaft verstanden werden? Oder würden Sie sagen, dass Sie mit ihrer Tätigkeit die Außenpolitik Deutschlands unterstützen?**

Wie unter Pt. 1 und 5 bereits ausgeführt, ergänzt die Bayerisch-Tschechische Hochschulagentur seit 2016 die vorhandenen institutionellen Strukturen auf Landes- und Bundesebene um weitere Angebote, die gezielt auf die Unterstützung bayerischer Hochschulen bei ihrer Zusammenarbeit mit Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen in Tschechien sowie auf den von Bund und Ländern gewünschten verstärkten internationalen Austausch von Studierenden und Forschenden ausgerichtet sind. Dabei stand in den Jahre 2016 – 2020 auch die Weiterentwicklung der Grenzregionen insbesondere in den Regierungsbezirken Oberpfalz, Niederbayern und Oberfranken mit ihren grenzüberschreitenden Verflechtungen im Fokus.

Damit überschneidet sich die Arbeit der BTHA nicht mit den Kernthemen der bundesdeutschen Außenpolitik (siehe <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen>), wenn auch diese mittelbar auch immer wieder zum Thema der bayerisch-tschechischen Forschungsprojekte und Studierendenaustausche werden können.

Vielmehr unterstützt die Bayerisch-Tschechische Hochschulagentur durch ihre Arbeit im Auftrag des StMWK die „dritte Säule der deutschen Außenpolitik“ im Bereich der Wissenschaft, der Hochschulbildung und des akademischen Austausches (siehe <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/grundprinzipien/216474>) auf der Landesebene im Hinblick auf die lange gemeinsame Grenze zum Nachbarland Tschechien mit ihren grenzregionalen Schwerpunkten. In der Bundesrepublik Deutschland ist Bildung bekanntlich Ländersache, die Hochschulbildung und die Wissenschaft tragen jedoch zugleich mitentscheidend zur internationalen und europäischen Zusammenarbeit bei.